

**6. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 24. März 2022,
digitale Sitzung
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 23.15 Uhr**

Anwesend sind: 40 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Simon Bloch, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Fürst, 4. Urs Knapp, 5. Dr. David Plüss,
6. Simone Sager, 7. Deny Sonderegger, 8. Markus Wyss, 9. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Florian Eberhard, 3. Anna-LeaENZler, 4. Lea Jäggi,
5. Daniela Minikus, 6. Luc Nünlist, 7. Luisa Segessenmann

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Beat Felber, 2. Muriel Jeisy, 3. Thomas Kellerhals

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig, 2. Manfred Schoger

Grüne Olten:

1. Gian Baumann, 2. Manuela Höfler, 3. Lukas Lütolf, 4. Martin Räber,
5. Yael Schindler Wildhaber

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Robin Kiefer, 3. Ursula Rüegg, 4. Philippe Ruf, 5. Marc Winistörfer

Junge SP Region Olten:

1. Simea Fürst, 2. Cécile Send

Olten jetzt!:

1. Salome Kisker, 2. Daniel Kissling, 3. Tobias Oetiker, 4. Laura Schöni, 5. Denise Spirig,
6. Seu-Jhing Tang

Stadtrat:

Thomas Marbet, Stadtpräsident
Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport
Marion Rauber, Direktion Bau
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Thomas Küng, Leiter Direktion Bildung und Sport
Kurt Schneider, Leiter Direktion Bau
Kristine Sprysl, Leiterin Direktion Soziales
Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent
Urs Tanner, Leiter Direktion Finanzen und Dienste (bis 23.00 Uhr)

Vorsitz: Florian Eberhard

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
- * 1a Überparteiliche Fraktionserklärung
- * 1b Dringlicher Auftrag Philippe Ruf (SVP) betr. Temporäre Anpassung auf ‚Taxe 2‘ für konzessionierte Taxis/Frage der Dringlichkeit
- * 1c Überparteilicher, dringlicher Auftrag Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Prüfung Markthalle und Haus der Fotografie für Olten – anstelle eines neuen Kunstmuseums/Frage der Dringlichkeit
- * 1d Fraktionserklärung SVP betr. Abstimmungszeitung
2. Gemeindeparlament/Demission
3. Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentsmitglieds
4. Budget, Version 2.0/Genehmigung
5. Pädagogischer ICT Support (PICTS), wöchentliche Entlastungslektionen/Genehmigung
- * 5a Dringlicher Auftrag Philippe Ruf (SVP) betr. Temporäre Anpassung auf ‚Taxe 2‘ für konzessionierte Taxis/Beantwortung
- * 5b Überparteilicher, dringlicher Auftrag Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Prüfung Markthalle und Haus der Fotografie für Olten – anstelle eines neuen Kunstmuseums/Beantwortung
6. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 6.1. Vorschlag gem. Art. 16 der GO, Stefan Hagmann & Yolanda Stampfli und Mitunterzeichnende betr. Schöngrundquartier: Mehr Sicherheit im Strassenverkehr – Schaffung von Begegnungszonen
 - ** 6.2. Auftrag Bartolomeo Vinci (CVP/EVP/glp) betr. Lademöglichkeiten für Elektroautos erweitern
 - ** 6.3. Auftrag Raphael Schär-Sommer (Fraktion Grüne) betr. Verband Schweizerische Gasindustrie (VSG)
 - ** 6.4. Auftrag Martin Räber (Fraktion Grüne) Betr. Nachhaltige Beschaffung
 - ** 6.5. Auftrag Martin Räber (Fraktion Grüne) betr. Keine zusätzlichen Anschlusskosten durch energetische oder umwelttechnische Sanierung
 - ** 6.6. Interpellationen 1 - 3 Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Kunstmuseum

- ** 6.7. Auftrag Christine von Arx (SP) betr. Vollständige Publikation Rechtssammlung
- ** 6.8. Überparteiliche Interpellation Marc Winistörfer (SVP), Urs Knapp (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Notschlafstelle neben Frohheimschulhaus und Pauluskirche
- ** 6.9. Auftrag Manfred Schoger (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Abstimmung der Stundenpläne von Kindergarten und Primarschule
- ** 6.10. Auftrag Manfred Schoger (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Digitales Baugesuch
- ** 6.11. Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Abstimmungsversprechen einhalten, Nettokosten der Museen senken!
- ** 6.12. Überparteilicher Auftrag Yael Schindler (GO) und MU betr. Ortsbildschutz und Klimaschutz vereinbaren
- ** 6.13. Überparteilicher Auftrag Tobias Oetiker (OJ) und MU betr. Schaffung Migrationsbeirat (MBR)
- ** 6.14. Auftrag Fraktion CVP/EVP/glp, Muriel Jeisy (CVP) und MU betr. Baugesuchsverfahren für Kleinstvorhaben wie Velounterstände vereinfachen
- ** 6.15. Überparteiliche Interpellation Tobias Oetiker (OJ) und MU betr. Kosten bei der Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse
- ** 6.16. Interpellation Fraktion FDP, Nico Zila und MU betr. Entwicklungsgebiet Hammer / Rötzmatt und Personenunterführung OSW mit SBB koordinieren

- * Ergänzung Traktandenliste
- ** aus Zeitgründen verschoben

* * *

Parlamentspräsident Florian Eberhard begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Florian Eberhard:

Vorstösse/Eingang

- Interpellation Robin Kiefer (SVP) betr. «Klumpenrisiko» bei Steuersubjekten/Förderung des Wirtschaftsstandorts Olten
- Dringlicher Auftrag Philippe Ruf (SVP) betr. Temporäre Anpassung auf Taxe 2 für konzessionierte Taxis
- Dringlicher überparteilicher Auftrag betr. Prüfung Markthalle und Haus der Fotografie für Olten anstelle eines neuen Kunstmuseums
- Interpellation Cécile Send (JSP) betr. Obdachlosigkeit in der Stadt Olten und Sozialregion
- Auftrag Fraktion SP/Junge SP betr. Markthalle in Olten
- Auftrag Olten jetzt! betr. Unterstützung für das Haus der Fotografie
- Kleine Anfrage Fraktion CVP/glp/EVP «Bis wann ist die Ausrüstung der konzessionierten Oltner Taxis mit Funkfernbedienung abgeschlossen»?
- Parlamentarischer Auftrag betr. Offenlegung des Stimmverhaltens des Gemeindeparlaments
- Auftrag Fraktion SP/Junge SP betr. Gespräch mit der Bürgergemeinde Olten
- Auftrag Fraktion SP/Junge SP betr. Ergänzung des Geschäftsreglements/Abschreibung von Aufträgen

* * *

Auftrag Grüne betr. VSG

Die Grünen haben ihren Auftrag betr. Verband Schweizerischer Gasindustrie abgeändert. Ich denke, er ist ebenfalls verschickt worden.

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. März 2022

Prot.-Nr. 48

Gemeindeparlament/Demission

Für das Gemeindeparlament ist eine Demission zu verzeichnen:

Mit Mail vom 12. Januar 2022 demissioniert Myriam Frey Schär (Grüne) als Mitglied des Gemeindeparlamentes per 31. Januar 2022.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Myriam Frey Schär (Grüne) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Myriam Frey Schär (Grüne) genehmigt.

Mitteilung an:
Frau Myriam Frey Schär, Tellstrasse 24, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten
Lohnbuchhaltung

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. März 2022

Prot.-Nr. 49

Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentsmitgliedes

Gemäss Art. 18 der Gemeindeordnung ist ein freiwerdender Parlamentssitz neu zu besetzen. Durch den Rücktritt von Myriam Frey Schär ist ein Sitz der grünen Partei frei geworden. Gian Baumann (Grüne/Junge Grüne) hat sich bereit erklärt, das Mandat als ordentliches Mitglied des Gemeindeparlamentes anzunehmen.

Parlamentspräsident Florian Eberhard begrüsst Gian Baumann. Er verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“

Gian Baumann legt hierauf mit den Worten „ich gelobe es“ das Gelöbnis ab. Damit ist er vereidigt.

Parlamentspräsident Florian Eberhard: Gian, herzlich willkommen, alles Gute und viel Energie und Freude in Deinem neuen Amt.

Mitteilung an:

Herr Gian Baumann, Mattenweg 34, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. März 2022

Prot.-Nr. 50

Überparteiliche Fraktionserklärung betr. Krieg in der Ukraine

Manfred Schoger: Es war absehbar und doch wollte niemand wirklich dran glauben. Am 24. Februar 2022 hat die russische Regierung einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen. Unter völlig realitätsfremden, vorgeschobenen Gründen hat das Regime eine Invasion in die Ukraine begonnen, in ein Land, welches die gleichen Grundwerte vertritt wie wir – Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung. In den letzten Tagen häufen sich Bilder und Geschichten von zivilen Opfern. Es erreichen uns Bilder von sich unter Beschuss befindlichen Wohngebieten, von zerbombten Spitälern und von verletzten Kindern. Familienmitglieder verlieren den Kontakt zueinander. Man liest Berichte, über die Bevölkerung von mehreren Grossstädten, die seit Tagen bei Minustemperaturen kein Gas für die Heizung oder kein Trinkwasser mehr hat. Die Vorräte in den Läden sind erschöpft und auf Flüchtlinge wird gezielt das Feuer eröffnet. Es herrschen Zustände, welche man sich in seinen schlimmsten Träumen nicht erahnen kann. Wir, das Oltner Gemeindeparlament, treten für den Frieden in Europa ein und verurteilen als demokratische Vertretung der Oltner Bevölkerung die Kriegshandlungen in der Ukraine aufs Schärfste. Wir rufen alle Menschen, die einen Einfluss auf die aggressiven Kriegshandlungen haben auf, diese sofort zu beenden. Europa ist in dieser Zeit zusammengewachsen. Innert kürzester Zeit wurden, mit der Hilfe von allen europäischen Ländern, in der infrastrukturschwachen Grenzregion zwischen Polen und der Ukraine Zeltstädte hochgezogen. Die über die Grenze kommenden, völlig übermüdeten Frauen und Kinder, standen unzählige Stunden bei Minustemperaturen am Grenzübergang, können sich in den Zeltstädten mit Überlebensdecken, Lebensmitteln oder Gratis-SIM-Karten eindecken, bevor ihre Reise im Bus, Zug oder Auto weitergeht. Vielen Leute bleiben in der Grenzregion, einige jedoch ziehen weiter. Auch in Olten gibt es Menschen aus der Ukraine, die Schutz suchen. In einer solchen Situation ist es nur richtig, dass auch Hilfe aus Olten für die hilfsbedürftigen Personen angeboten wird. Innert kürzester Zeit, direkt nach dem Kriegsausbruch, haben sich spontan viele Solidaritätskundgebungen gebildet. Auf dem Stadthaus weht als Sofortmassnahme die ukrainische Fahne, die Stadtkirche wurde mit den ukrainischen Nationalfarben beleuchtet und kurzerhand wurde eine Solidaritätskundgebung mit den von der russischen Invasion betroffenen Menschen organisiert. Wir danken dem Oltner Stadtrat sowie allen Organisatorinnen und Organisatoren für diese rasch umgesetzten Zeichen der Solidarität mit den Menschen in der Ukraine. Es blieb aber nicht bei diesen Gesten, welche für die Moral der ukrainischen Bevölkerung zweifellos heben. Kurz darauf gab es verschiedene Spendenaktionen von Leuten, die Lebensmittel, Hygieneartikel, Geld und vieles mehr gesammelt haben, um es dort einsetzen zu können, wo es am dringendsten benötigt wird. Auch der Stadtrat betont, dass Olten bereit ist, seinen Beitrag an die Bewältigung der anstehenden Flüchtlingskrise zu leisten und hat schnell reagiert. In der Zwischenzeit bereitet sich die Sozialregion Olten auf die kurzfristige Aufnahme von über 100 ukrainischen Flüchtlingen vor. Es werden Wohnungen gesucht oder Dolmetschende aufgeboten, um die Integration in unsere Gesellschaft möglichst schnell vorwärtszubringen. Kürzlich wurde eine Fachstelle Integration geschaffen, bei welcher man sich für weitere Auskünfte melden kann. Wir alle sind gefordert uns solidarisch zu verhalten und allen betroffenen Menschen durch unseren persönlichen Beitrag zu helfen. Die oben genannten, vorbildlichen Aktionen sind nur ein paar Beispiele. Der Kanton Solothurn hat zu diesem Zweck im Internet auch eine Informationsseite aufgeschaltet (so.ch/krieg-in-der-ukraine), über welche alle Hilfsangebote gebündelt werden. Oltnerinnen und Oltner finden auf dieser Homepage Links auf Adressen, wo zum Beispiel Privatunterkünfte angemeldet

werden können. Jede Hilfe ist wichtig. Selbst eine kleine finanzielle Unterstützung über Spenden hilft den Menschen. Wir alle können unser Umfeld auf die notwendige Hilfe aufmerksam machen und durch gute Beispiele zum Handeln motivieren. So können unsere Kräfte dort gezielt eingesetzt werden, wo sie am meisten benötigt werden. Ein Zusammenstehen in diesem Sinne heisst aber nicht nur gemeinsam helfen, sondern auch niemanden, unabhängig von dessen Herkunft oder kulturellem Hintergrund, auszuschliessen und zu diskriminieren. Das Oltner Gemeindeparlament dankt der Oltner Bevölkerung und dem Oltner Stadtrat für jede Hilfe und Unterstützung für die geflüchteten Menschen, die schon geleistet wurde oder in Zukunft noch geleistet werden. Merci vielmals.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. März 2022

Prot.-Nr. 51

Dringlicher Auftrag Philippe Ruf (SVP) betr. Temporäre Anpassung auf ‚Taxe 2‘ für konzessionierte Taxis/Frage der Dringlichkeit

Philippe Ruf: Die Dringlichkeit ist gegeben, weil das Problem jetzt auftaucht und nicht zu einem späteren Zeitpunkt, weil wir die Problematik durch den furchtbaren Krieg, der ausgebrochen ist, haben. Entsprechend müssten wir dies jetzt auch behandeln. Merci.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Der Stadtrat hat auch zu diesem Auftrag die Antworten parat. Wir müssen sie natürlich auch bereit haben, weil das Parlament jeden Vorstoss dringlich behandeln kann. In diesem Sinne müssen wir sie auch immer vorbereiten. Die Antworten sind parat, und wir verschliessen uns dieser Diskussion natürlich nicht und wehren uns auch nicht gegen die Dringlichkeit.

Christian Ginsig: Die SVP reicht aktuell auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene diverseste Benzinvorstösse ein. Trotz der Vorstossflut, die hier in diversen Parlamentsbetrieben stattfindet, erachtet aber die CVP/EVP-glp-Fraktion dies trotzdem als sinnvoll, jetzt zum Thema Benzin und Taxitaxen kurz sprechen zu können und wir unterstützen die Dringlichkeit einstimmig.

Nico Zila: Florian, ich halte mich an Deinen Wunsch, nur zur Dringlichkeit zu sprechen. Die FDP sieht die Notwendigkeit, heute über dieses Thema zu diskutieren. Wir befürworten die Dringlichkeit.

Cécile Send: Auch wir von der jungen SP und SP sehen durchaus, dass das Thema bezüglich Erhöhung von Benzinpreisen und die Folgen ein dringliches Thema darstellt und sind natürlich auch vom tragischen Krieg in der Ukraine geschockt und uns dessen Folgen bewusst. Deshalb sehen wir die Dringlichkeit dieses Auftrags ebenfalls.

Beschluss

Mit 38 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:
Direktionsleiter entsprechende Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. März 2022

Prot.-Nr. 52

Überparteilicher, dringlicher Auftrag Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Prüfung Markthalle und Haus der Fotografie für Olten – anstelle eines neuen Kunstmuseums/Frage der Dringlichkeit

Philippe Ruf: Die Dringlichkeit sehen wir in diesem Fall, weil wir bald über den Kredit des Kunstmuseums abstimmen werden. Entsprechend macht es Sinn, dass wir diesen Auftrag jetzt besprechen, damit wir auch die Möglichkeit haben, dies zeitgerecht mit einer möglichen Abstimmung über den Kredit für das Kunstmuseum zu koordinieren, weil dies ein essentieller Bestandteil des ganzen Auftrags ist. Ich denke, man darf bei der Dringlichkeit sicher auch Kritik üben im Sinne von wieso kommt dies erst jetzt? Da bin ich sicher mitschuldig. Wieso diskutiert man dies erst jetzt? Die Idee geistert schon seit längerem herum. Ich darf hier aber sicher auch sagen, dass ich schon vor längerer Zeit, als noch Martin Wey Stadtpräsident war, mit ihm eine längere Sitzung darüber hatte und er mir auch versichert hat, das kommt vor das Volk und dann werden wir dies zuerst diskutieren. Das war ja nicht der Fall. Deshalb haben wir gemerkt, dass wir spätestens jetzt darüber reden müssen. Aus diesem Grund ergibt sich auch die Dringlichkeit, dass wir dies jetzt behandeln müssen, weil die Kausalität natürlich effektiv mit diesem Kredit für das Kunstmuseum gegeben ist. Danke vielmals.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Der Stadtrat hat die Antworten zum entsprechenden Auftrag parat. Damit kann auch eine Diskussion zum Kunstmuseum, und darum geht es wahrscheinlich auch hauptsächlich, ermöglicht werden. Ungeachtet dessen sind wir der Ansicht, dass es eigentlich der falsche Auftrag zum falschen Zeitpunkt ist, weil der Prozess zur baulichen und inhaltlichen Erneuerung des Kunstmuseums gut und korrekt aufgegleist und auch vom Parlament bestätigt wurde. Aber noch einmal: Es geht ja darum, ob die Diskussion ermöglicht werden soll. Ihr wollen wir uns stellen können. Deshalb wehren wir uns auch nicht gegen die Dringlichkeit.

Dr. Christine von Arx, Fraktion SP/Junge SP: Wir haben im September 2020 einstimmig über den Standort und das Raumprogramm des Kunstmuseums abgestimmt und damit auch über die Nutzung dieser zwei Liegenschaften Kirchgasse 8 und 10. Gleichzeitig haben wir ein Kostendach dieser 14 Millionen Franken festgelegt. In der Folge hat es einen Projektwettbewerb gegeben, aus dem ein Siegerprojekt hervorgegangen ist. Das wird im Moment gerade überarbeitet. Im Sommer wird unser Parlament über einen Projektierungskredit befinden und auch wieder über eine mögliche Abgabe der Liegenschaft Nummer 8 im Baurecht. Dieser Auftrag steht jetzt gerade ein wenig quer in der Landschaft und ist je nach Optik zu früh oder zu spät. Im Moment kann man erst wieder eingreifen, wenn der Projektierungskredit kommt. Dann hat man auch halbwegs ein Projekt, über das man diskutieren kann. Zurzeit sind es einfach alles Theorien, was das Siegerprojekt und auch was die neuen Forderungen angeht. Sollte dieser Projektierungskredit abgelehnt werden, ist das Fenster wieder für alle möglichen neuen Vorschläge offen, die man dann einbringen kann. Wir bitten Euch deshalb, die Dringlichkeit abzulehnen, und wir haben auch etwas Bedenken wegen der Qualität der Diskussion, wenn man die Antworten nicht seriös prüfen kann, mit niemandem darüber reden kann und sich dies auch nicht länger durch den Kopf gehen lassen kann. Es ist ein zu wichtiges Thema, als dass wir dies einfach so auf die Schnelle abhandeln.

Lukas Lütolf: Ich halte mich kurz. Für uns als grüne/junge grüne Fraktion ist die Dringlichkeit gegeben, weil wir uns ja jetzt beim Kunstmuseum und Investorenwettbewerb mitten in diesem laufenden Prozess befinden. Wir finden, dass der Stadtrat uns hier eine sehr ausführlich informierende Rückmeldung zur Verfügung gestellt hat, und sind eigentlich überzeugt, dass wir heute Abend eine fundierte Diskussion führen können. Wir werden für Dringlichkeit stimmen.

Beat Bachmann: Die CVP/EVP/glp-Fraktion ist wegen der erwähnten Abstimmungen auch einstimmig für die Dringlichkeit dieses Prüfungsauftrags. Merci.

Daniel Kissling, Olten jetzt!: Wir halten den Vorstoss als ziemlich misslungen. Aber gerade auch deshalb wollen wir ihn behandeln, damit sich die Diskussion wieder um das drehen kann, was sie sollte und damit auch die Themen, die angesprochen werden, die wir als wichtig empfinden, so diskutiert werden können, wie es ihnen gebührt, nämlich einzeln und nicht in einer unsinnigen Verbindung zueinander.

Nico Zila: Im Unterschied zu meinem Vorredner ist die FDP sehr wohl der Ansicht, dass die verschiedenen aufgeworfenen Themen Kunstmuseum, Haus der Fotografie, Markthalle, andere mögliche Nutzungen dieser beiden Gebäude Kirchgasse 8 und 10 einen inneren Zusammenhang haben. Der Stadtrat hat mehrfach in Aussicht gestellt, den Projektierungskredit für den Neubau des Kunstmuseums an der Kirchgasse 10 in diesem Sommer, sprich im Mai oder im Juni, ins Gemeindeparlament zu bringen. Sollen bis dahin valable Alternativen geprüft werden, so muss diese Arbeit jetzt erfolgen. Die FDP unterstützt die Dringlichkeit, auch aus einem zweiten Grund. Es ist so, dass es ja ein Prozess ist, der fortlaufend auch neue Ergebnisse mit sich bringt. Ich glaube, wir alle oder viele von uns haben nicht vorausgesehen, dass bei diesem Wettbewerb kein einziges der jurierten Projekte das von uns als Gemeinderat vorgegebene Kostendach einhalten kann. Es gibt gewiss auch andere Vorbehalte gegen das Siegerprojekt des Wettbewerbs, dies im Wissen, dass es aktuell überarbeitet wird. Das bietet doch auch eine neue Ausgangslage, um über andere Lösungen zu diskutieren. Die FDP ist für die Dringlichkeit.

Beschluss

Mit 38 : 2 Stimmen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:
Stadtkanzlei, Andrea von Känel

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. März 2022

Prot.-Nr. 53

Fraktionserklärung SVP betr. Abstimmungszeitung

Philippe Ruf: Ich bringe diese Fraktionserklärung ein, und es werden im Folgenden, wenn wir in der Eintretensdebatte zum Budget sprechen werden, bestimmt auch die Freisinnigen, Grünliberalen, die Mitte und die SVP Olten noch einmal auf das Ganze eingehen. Ich nütze die Fraktionserklärung, weil uns vorher leider keine Stellungnahme gewährt wurde. In der Abstimmungszeitung zum Budget 2022 vom 13. Februar 2022 kamen leider nur die Befürworter zu Wort. Es ist bekannt, dass wir ein obligatorisches Referendum hatten. Das heisst, wir, die genannten Parteien, die gegen das Budget waren, sind nicht Referendumsführer gewesen. Das heisst, man kann durchaus auch so argumentieren, dass man sagt, okay, Ihr habt nicht das Referendum ergriffen. Ihr seid nicht die Referendums-ergreifer. Deshalb dieser Part dort. Dann sind doch Sachen geschehen, und da spreche ich jetzt den Stadtrat an, mit der Stadtkanzlei, die hier mitformuliert hat, die dann nicht in Ordnung waren. Die Abstimmungszeitung wurde an alle Oltnerinnen und Oltner verschickt, und sie hat jegliche Sachlichkeit vermissen lassen. Das Fehlverhalten hat eigentlich mit der Titelseite angefangen, wo man ein paar ganz fancy, schöne Projekte aufgezeigt hat, und man muss doch zugeben, dass es nachher sehr irreführend war, weil sie auch klar suggeriert haben, das ist mit dem Budget 2022 möglich, und wenn Ihr nein sagt, ist es nicht möglich. Wie wir eigentlich hier alle wissen, ist es sehr wohl möglich, auch die fancy Sachen, die vorne abgebildet waren, vor allem das Schulhaus Kleinholz, umzusetzen, auch ohne Steuererhöhungen, so wie das Budget damals vorlag. Des Weiteren muss man durchaus auch beachten, und ich habe gesehen, dass dies auch die NOZ relativ gut recherchiert hatte, dass man bei anderen obligatorischen Referenden im Kanton sehr fair voring und Pro- und Kontra zu Wort kommen liess. Dies wurde sehr vorteilhaft und eigentlich auch fair gemacht. Aber wie gesagt, hat dies der Oltner Stadtrat bei uns nicht zugelassen. Nur zu Eurer Information: Ich habe mich auch im Voraus bei der Stadtkanzlei gemeldet und gefragt, ob wir wenigstens gegenlesen oder einen Input bringen dürfen. Ebenfalls ging in der Abstimmungszeitung auch vergessen, wie die Abstimmung damals war, dass wir dort 20 : 20 hatten und das Budget damals durch den Stichentscheid von Florian angenommen wurde. Dieser Teil hat in der Abstimmungszeitung nicht Platz gefunden. Dort hat die Zeitung auch wieder relativ vorteilhaft recherchiert. Wenn man im Leitfaden für Gemeindeverwaltungen zur Durchführung von Abstimmungen und Urnenwahlen nachliest, ist dort auch klar gesagt, dass 'Auffassungen wesentlicher Minderheiten einzubeziehen sind; insbesondere bei umstrittenen Geschäften sind Pro- und Kontra -Argumente aufzuführen'. Wir sind eigentlich überzeugt, dass es, wenn man die Abstimmungszeitung anschaut, ganz klar nicht gemacht wurde. Der Stadtrat hat hier unseres Erachtens sehr unspornlich agiert. Die Abstimmung ist jetzt vorbei. Ihr wisst alle, wie sie herausgekommen ist. Aber ich glaube und kann mich erinnern, als der Stadtrat das letzte Mail gesagt hat, wir wollen wieder näher zusammenarbeiten und wollen das Parlament und den Stadtrat näherbringen, wenn Ihr jetzt 50 %, die hier sind, so umgeht, ist es sehr unspornlich. Ich denke, es ist auch wichtig, dass wir Euch dies hier so mitteilen. Diskutiert doch das Ganze noch einmal und nehmt vielleicht auch selbstkritisch mit, wie Ihr hier vorgegangen seid. Wir und auch diverse Einwohnerinnen und Einwohner haben dies gar nicht goutiert. Merci.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. März 2022

Prot.-Nr. 54

Budget 2022, Version 2.0/Genehmigung

Das Budget 2022 wurde am 13. Februar 2022 an der Urne abgelehnt. Hauptgrund für die Ablehnung des Budget 2022 dürfte die vom Parlament beschlossene diversifizierte Steuererhöhung sein.

Der Stadtrat hat die Verwaltung beauftragt, ein neues Budget 2022 zu erstellen. Dabei hat er den Fokus der Planung auf folgende Punkte gelegt:

- Überprüfung der geplanten Investitionen 2022 auf Auslösbarkeit
- Mitberücksichtigung von Verschiebungen aus dem Jahre 2021 aus der Investitionsrechnung
- Offensichtliche technische Anpassungen von Sach- und Transferaufwand > 10'000 Franken
- Mitberücksichtigung eines Steuerfuss von 108% sowohl für juristische als auch natürliche Personen
- Spezialrechnungen (Sozialregion, Führungsstab, Regionaler Zivilschutz) werden aufgrund der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden nicht angepasst.

Das bisherige Budget sah einen Gewinn von 577'800 Franken in der Erfolgsrechnung sowie Nettoinvestitionen von 18'526'000 Mio. Franken vor.

Mit dem nun vorgelegten Budget werden anstelle der für das Jahr 2022 geplanten 18.526 Mio. Franken Nettoinvestitionen 18.312 Mio. Franken ausgelöst. Der Grund für die sehr tiefe Abweichung besteht darin, dass gewisse Projekte unabhängig von der Budgetablehnung bereits zuvor beschlossen worden waren und sich im Bau befinden. Zudem werden Projekte bei welchen es im Jahr 2021 zu Verzögerungen kam, dem Geldfluss entsprechend noch im Budget 2022 mitberücksichtigt. Aus verzögerten Projekten 2021 werden rund 1.44 Mio. Franken im Jahr 2022 veranschlagt, was Nettoinvestitionen von 18.312 Mio. Franken ergibt.

Die nun vorliegende Erfolgsrechnung schliesst unter Berücksichtigung von Steuerfüssen von 108% für natürliche Personen und von 108% für juristische Personen mit einem Verlust von 1'629'840 Franken ab. Massgebend für den neuen Saldo ist fast ausschliesslich der Steuerertrag.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen nach der Ablehnung des ersten Budgets 2022 ein revidiertes Budget 2022 mit dem Antrag auf Genehmigung.

1. Ausgangslage

Nachdem das Budget 2022 am 13. Februar 2022 an der Urne abgelehnt worden ist, hat der Stadtrat die Verwaltung beauftragt, das Budget 2022 neu zu erarbeiten. Massgebend sind die in der Einleitung erwähnten Punkte.

2. Ergebnisse auf einen Blick

2.1. Ergebnisse der Erfolgsrechnung und der Spezialfinanzierungen

Bei einem Aufwand von 109'302'740 Franken (ohne interne Verrechnungen) und einem Ertrag von 107'672'900 Franken ergibt sich ein **Verlust von 1'629'840 Franken**.

2.2. Ergebnis der Investitions-Rechnung

Die Nettoinvestitionen im Jahr 2022 betragen neu 18.312 Mio. Franken und sind netto 0.214 Mio. Franken tiefer als der vom Parlament genehmigte Investitionssaldo von 18.526 Mio. Franken. Rund 0.95 Mio. der im Jahr 2022 geplanten Investitionen werden nicht mehr ausgelöst, aus dem Jahr 2021 werden rund 1.44 Mio. Franken im Jahr 2022 fertig realisiert und verbucht werden. Eine Liste mit den Veränderungen befindet sich im Anhang.

2.3. Gestufter Erfolgsausweis

Der gestufte Erfolgsausweis zeigt einen betrieblichen Verlust von 6.124 Mio. Franken. Das Finanzierungsergebnis bestehend aus Finanzaufwand (Bsp. Zinsen und Aufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen) sowie Finanzertrag (Bsp. Zinserträge, Miet- und Beteiligungserträge) weist einen Gewinn von 3.135 Mio. Franken aus. Das Betriebs- und das Finanzergebnis ergeben das operative Ergebnis. Dieses weist somit einen Verlust von 2.489 Mio. Franken aus. Das a.o. Ergebnis, welches die Auflösung 1/5 der Neubewertungsreserve aus der Umstellung von HRM2 im Jahr 2016 zeigt, weist einen Erfolg von 1.359 Mio. Franken aus. Das Jahresergebnis weist einen Verlust von 1.13 Mio. Franken aus.

Einwohnergemeinde der Stadt Olten

Gestufter Erfolgsausweis in TCHF

2022 VJ, VVJ, BUD, IST

	R2020	B2021	B2022	Δ B/B	Δ %
-30 Personalaufwand	-40'996	-41'512	-41'677	165	0%
-31 Sachaufwand	-15'373	-16'119	-16'166	48	0%
-33 Abschreibungen	-6'934	-7'683	-7'828	145	2%
-35 Einlage Fonds / SF	-1'564	-1'236	-1'098	-138	-11%
-36 Transferaufwand	-41'223	-40'173	-41'575	1'402	3%
-39 interne Verrechnungen	-8'153	-8'635	-8'640	6	0%
Total betrieblicher Aufwand	-114'243	-115'358	-116'985	1'627	1%
+40 Fiskalertrag	73'808	66'637	70'527	3'890	6%
+41 Konzessionsertrag	1'746	1'958	1'880	-78	-4%
+42 Entgelte	14'496	15'137	14'927	-209	-1%
+43 Verschiedene Erträge	3	12	12	0	0%
+45 Entnahme Fonds / SF	293	477	205	-272	-57%
+46 Transferertrag	14'757	14'103	14'670	567	4%
+49 interne Verrechnungen	8'153	8'635	8'640	6	0%
Total betrieblicher Ertrag	113'256	106'958	110'861	3'903	4%
Ergebnis aus betr. Tätigkeit	-987	-8'400	-6'124	2'276	27%
-34 Finanzaufwand	-1'156	-1'006	-959	-47	-5%
+44 Finanzertrag	4'711	4'234	4'094	-140	-3%
Ergebnis aus Finanzierung	3'555	3'228	3'135	-93	-3%
Operatives Ergebnis	2'568	-5'172	-2'989	2'183	42%
-38 a.o Aufwand	-212	0	0	0	0%
+48 a.o Ertrag	701	1'430	1'359	71	5%
a.o Ergebnis	489	1'430	1'359	-71	5%
Jahresergebnis	3'057	-3'742	-1'630	2'112	56%

Tabelle: Gestufter Erfolgsausweis

3. Abweichung zum ersten Budget

Ziel des Stadtrates ist es, die Leistungen für die Einwohner/innen der Stadt Olten möglichst schnell wieder uneingeschränkt anzubieten. Eine neue Variante des Budgets 2022 wird dem Gemeindeparlament daher bereits am 24. März 2022 unterbreitet. Die Vorbehandlung in der Finanzkommission fand am 7. März 2022 statt. Zur Budgetearbeitung wurden die Abschlussarbeiten 2021 unterbrochen.

Die Überarbeitung des Budgets bezieht sich deshalb hauptsächlich auf die Investitionen sowie den Steuerfuss. Einige technische Anpassungen wurden ebenfalls mitberücksichtigt.

Sonderposition Steuern

Bei den natürlichen Personen gibt es im Bereich der Quellensteuern Verschiebungen von Quellenbesteuerten, welche durch Einreichung einer nachträglichen Steuererklärung in die ordentliche Steuerpflicht übergehen (nachträglich ordentliche Veranlagungen NOV). Bei den natürlichen Personen wäre es ohne Verschiebungen aufgrund der Steuersatzreduktion gegenüber der ersten Budgetversion von 110% auf 108% zu einem Einnahmerrückgang um

950'000 Franken gekommen; gemäss dem fast abgeschlossenen Veranlagungsstand wird davon der grösste Teil durch voraussichtlich rund 700'000 Franken Mehreinnahmen kompensiert. Auch bei den juristischen Personen darf trotz Ausfall durch die Steuersatzreduktion gegenüber der ersten Budgetversion von 118% auf 108% um rund 1,1 Mio. Franken aufgrund von Zuzügen und Wegzügen lediglich mit Mindererträgen von rund 400'000 Franken gerechnet werden. Ein Teil von zugezogenem Steuersubstrat wird jedoch nicht in der Schweiz erzielt, weshalb unter der Kontoposition 9100.3631.00 pauschale Steueranrechnung der Rückfluss an andere Steuerbehörden gezeigt wird.

Position	B2022 alt	B2022 neu	ΔB/B	Bemerkungen
Einkommens- /Vermögenssteuern NP	52'613	52'463	-150	Verschiebung aus Quellensteuer, Basis IST 2019
Quellensteuern	2'900	2'800	-100	Verschiebung an Einkommenssteuer (NOV) Mutationen, Gegenposition
Gewinn- und Kapitalsteuern JP	13'700	13'300	-400	pausch. Steueranrechnung 9100.3631.00
Kapital-/Grundstückgewinnsteuern	1'322	1'277	-45	Steuerfussanpassung 110% auf 108%

Gegenüber dem ersten Budget ergeben sich somit in der gestuften Erfolgsrechnung folgende Änderungen:

Einwohnergemeinde der Stadt Olten

Gestufferter Erfolgsausweis in TCHF

2022 BUD alt, neu

	B2022 _{alt}	B2022 _{neu}	Δ B/B	Δ %	Bemerkungen
-30 Personalaufwand	-41'677	-41'677	0	0%	
-31 Sachaufwand	-16'352	-16'166	-185	-1%	Wegfall Schülerlager
-33 Abschreibungen	-7'813	-7'828	16	0%	Veränd. Investitionen
-35 Einlage Fonds / SF	-1'097	-1'098	1	0%	
-36 Transferaufwand	-40'046	-41'575	1'529	4%	Pausch. Steueranrechn.
-39 interne Verrechnungen	-8'640	-8'640	0	0%	
Total betrieblicher Aufwand	-115'624	-116'985	1'360	1%	
+40 Fiskalertrag	71'221	70'527	-694	-1%	Steuerfuss, Mehrertrag JP
+41 Konzessionsertrag	1'880	1'880	0	0%	
+42 Entgelte	15'033	14'927	-106	-1%	Elternbeiträge Lager
+43 Verschiedene Erträge	12	12	0	0%	
+45 Entnahme Fonds / SF	205	205	0	0%	
+46 Transferertrag	14'716	14'670	-46	0%	Lagerbeiträge, CO2-Abg.
+49 interne Verrechnungen	8'640	8'640	0	0%	
Total betrieblicher Ertrag	111'708	110'861	-847	-1%	
Ergebnis aus betr. Tätigkeit	-3'917	-6'124	-2'207	-56%	
-34 Finanzaufwand	-959	-959	0	0%	
+44 Finanzertrag	4'094	4'094	0	0%	
Ergebnis aus Finanzierung	3'135	3'135	0	0%	
Operatives Ergebnis	-781	-2'989	-2'207	-283%	
-38 a.o Aufwand	0	0	0	0%	
+48 a.o Ertrag	1'359	1'359	0	0%	
a.o Ergebnis	1'359	1'359	0	0%	
Jahresergebnis (+ Gewinn/-Verlust)	577	-1'630	-2'207	382%	

4. Ergebnisse der Rechnungen mit Spezialfinanzierungen

7201 Abwasserentsorgung

Das Budget 2022 weist einen Überschuss von 833'700 Franken aus. Dieser Betrag wird als Einlage ins Eigenkapital der Abwasserversorgung ausgewiesen. Der operative Cashflow der Abfallrechnung beträgt 1'320'700 Franken und kann die geplanten Investitionen im Bereich Abwasser von rund 1'980'000. Franken nicht decken.

7301 Abfallbeseitigung

Der Bereich Abfall weist für das Jahr 2022 einen Überschuss von 186'300 Franken aus. Der operative Cashflow beträgt 267'500 Franken und kann die geplanten Investitionen von 150'000 Franken decken.

5. Investitionsbudget

Der grosse Teil der geplanten Investitionen kann bei einer Genehmigung des Budget 2022 im März 2022 der grösste Teil weiterhin ausgelöst werden.

Einwohnergemeinde der Stadt Olten

Veränderungen Investitionen in TCHF
2022 BUD

<u>Investitionstyp</u>	<u>Betrag</u>
Nettoinvestitionen bisher	18'526
IT-Mittel (Umsetzung IT-Strategie)	-44
Sanierung Fernwärmeverbund	-200
Sanierung Kindergarten Bannfeld	-300
Schule Frohheim, Sanierung, Erweiterungsbau	-250
Sport, Sanierung Fussball-Platz, Landhockey-Kunstrasen	750
Sanierung Panoramastrasse (Strasse und Abwasser)	630
Erschliessung Olten SüdWest Erste Etappe (Strasse und Abwasser)	-600
Kleinholz Erschliessung zweite Etappe	-10
Sanierung Sonnegg- Sälistrasse- Dreitannenstrasse	-200
Fustlighaldestrasse, Verlängerung Erschliessungsstrasse	60
Entwicklung Schützenmatt	-50
Total Nettoinvestitionen	18'312

6. Kennzahlen

Im Anhang zum Budget 2022 sind drei Seiten mit Finanzkennzahlen angehängt. Gemäss Gemeindegesetz § 136 sind für die Steuerung resp. für die Ergreifung von Massnahmen zur Steuerung des Finanzhaushaltes lediglich zwei Vorgaben massgebend:

Eigenkapital/ Bilanzfehlbetrag (§136 Abs. 2 GG):

Ist das Fremdkapital höher als die Aktiven, spricht man von einem Bilanzfehlbetrag. Ein solcher ist spätestens 5 Jahre nach dessen Entstehung abzutragen. Das Abtragen ist durch Überschüsse in der Erfolgsrechnung zu eliminieren.

Im Budget 2022 müssen keine Massnahmen zur Erfüllung dieser Vorgabe getroffen werden.

Nettoverschuldungsquotient (§ 136 Abs. 3 GG)

Wenn der gewichtete Nettoverschuldungsquotient eine Vorgabe von 150% überschreitet, so wird die Gemeinde in ihren Investitionstätigkeiten beschnitten. Der Selbstfinanzierungsgrad aller Investitionen muss dann 80% betragen. Der für das Jahr 2022 massgebende Quotient ist jener, welcher im Rechnungsjahr 2020 ausgewiesen wird. Er beträgt 40.1%. Für das Jahr 2022 ist die Vorgabe über die maximale Neuverschuldung (Schuldenbremse § 136 Abs. 3 Gemeindegesetz) eingehalten und es ist somit keine Beschränkung bezüglich der Investitionen nötig.

7. Zusammenfassung

Das neue Budget 2022 weist gegenüber dem ersten Budget aufgrund des Verzichts einer Steuerfussanpassung sowie diversen Mutationen eine Verschlechterung von rund 2.2 Mio. Franken aus.

Die Selbstfinanzierung (Finanzierungsmöglichkeit der Investitionen aus der Erfolgsrechnung) beträgt mit dem neu vorgelegten Budget rund 6.38 Mio. Franken (ursprüngliches Budget 2022: 8.35 Mio. Franken). Die Nettoinvestitionen von 18.31 Mio. Franken können damit zu einem grossen Teil nicht gedeckt werden. Zur Finanzierung der vorgesehenen Investitionen wird die Stadt Fremdkapital im Umfang von 12.0 Mio. Franken aufnehmen müssen. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 34.9% (ursprüngliches Budget 2022: 45.0%).

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Finanzkommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Luisa Segessenmann: Die Finanzkommission durfte das Budget 2.0 an der Sitzung vom 7. März besprechen. Der Stadtrat hat bei der Überarbeitung des Budgets richtig Gas gegeben, um dem Parlament möglichst rasch eine neue Vorlage präsentieren zu können, und schon eine Woche nach der Budgetabstimmung vom 14. März hat der Stadtrat eine neue Budgetvariante beschlossen und sie der Finanzkommission am 22. März elektronisch zukommen lassen. Wir möchten an dieser Stelle der ganzen Verwaltung und insbesondere der Finanzdirektion für die schnelle Aufstellung des neuen Budgets zugunsten einer möglichst raschen Beendigung der budgetlosen Zeit danken. Der Fokus des Stadtrats lag bei der Überarbeitung klar auf der erneuten Prüfung der bisherigen Investitionspositionen. Gewisse Projekte, die aus dem Jahr 2021 ins 2022 verschoben wurden, werden neu berücksichtigt. Die Positionen, die durch die budgetlose Zeit nicht mehr 2022 ausgelöst werden können, oder der Ausführungsplan Verzögerungen hat, wurden auf 2023 verschoben. Bei den Investitionsdetailblättern wurde nur das Budgetjahr 2022 korrigiert. In der Erfolgsrechnung wurden alle Bereiche, bei denen andere Gemeinden involviert sind, wie zum Beispiel die Sozialregionen, nicht angefasst. Die Personalkosten haben sich auch nicht verändert und die Sach- und Transferkosten wurden aus Effizienzgründen angesichts der zeitlichen Dringlichkeit nur bei wesentlichen Abweichungen ab Fr. 10'000.— pro Konto angepasst. Es ist bereits jetzt zu erwarten, dass es dann im Rahmen der Jahresabrechnung 2022 bei einzelnen Konti, insbesondere beim Sachaufwand, zu Abweichungen kommen wird und das Resultat deshalb besser ausfallen dürfte als aktuell budgetiert. Die wesentlichen Anpassungen sind im Bereich der Steuern erfolgt. Da wurde der Steuerfuss neu auf den bisher geltenden 108 % belassen. Der Stadtrat rechnet damit, dass es, gestützt auf die neuesten Zahlen bei den natürlichen Personen, trotz des tieferen Steuerfusses zu weniger Steuereinnahmefällen kommen wird als ursprünglich angenommen. Es gibt eine neue Verschiebung von quellenbesteuerten Personen hin zu ordentlich besteuerten Personen. Der Stadtrat rechnet damit, dass die Mindereinnahmen bei natürlichen Personen gegenüber der letzten Planung, die jetzt doch auch schon fast ein Jahr her ist, statt der erwarteten Fr. 950'000.— nur noch Fr. 250'000.— betragen. Ein wenig komplizierter scheint es bei den juristischen Personen zu sein. Wie wir alle aus der Presse erfahren haben, gibt es juristische Personen, die wegziehen, aber auch solche, die zuziehen. Zuzüger bewirken, dass der ausgewiesene Steuerbetrag sogar leicht steigt. Bei den zugezogenen Unternehmen wird aber ein Teil des Ertrags aufgrund des fehlenden Doppelsteuerabkommens im Ausland besteuert. Der Teil des Steuerertrags, der im Ausland besteuert werden muss, ist im Aufwandkonto separat aufgeführt worden, was zu einer deutlichen Verschlechterung der

Situation führt. Die Mitglieder der Finanzkommission haben diverse Fragen, insbesondere zu den Verschiebungen von Investitionen auf das Folgejahr, gestellt, und es ist klar, dass uns die nicht getätigten Ausgaben später einholen werden. Die offenen Fragen wurden von der Finanzverwaltung aufgenommen und zeitgerecht beantwortet. Die Finanzkommission empfiehlt dem Gemeindeparlament einstimmig, die Beschlüsse auf Seite 14 anzunehmen. Merci vielmals.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Luisa hat das Wesentliche eigentlich gesagt. Anfangs Februar haben wir allen Direktionen den Auftrag gegeben, die Investitionen, die wir 2022 geplant haben, auf die Auslösbarkeit zu überprüfen. Wir haben ihnen gesagt, sie sollen die Verschiebungen aus dem Jahr 2021, die 2022 gemacht werden, auch berücksichtigen. Beim Sachaufwand haben wir gesagt, sie sollen die Positionen, die über Fr. 10'000.— abweichen, auch mitberücksichtigen und beim Transferaufwand die Positionen ab Fr. 20'000.—. Als die Zahlen zurückgekommen sind, haben wir das Budget aufgrund des Steuerfusses von 108 % erarbeitet und haben bei den Steuern auch den neuesten Veranlagungsstand berücksichtigt, der bei den natürlichen Personen zu diesen Mehrerträgen führt. Luisa hat einen der Gründe genannt, die Verschiebung von Quellenbesteuerten in ordentliche Besteuerung. Bei den juristischen Personen hatten wir das Glück, dass insbesondere eine Firma im Dezember 2020 nach Olten gezogen ist, die doch recht erheblich Steuern zahlt. Wie es Luisa auch schon gesagt hat, weil sie im Ausland Steuern zahlt, muss man einen Teil dieses Steuerertrags zurückfliessen lassen. Ihr seht dies auf Seite 10 bei der Position pauschale Steueranrechnung, wo der Betrag von bisher Fr. 26'000.— auf 1,3 Millionen Franken steigt. Das ist der Grund, weshalb man dies zurückzahlen muss. Eine Woche nach der Abstimmung haben wir das Budget bereits behandelt und haben geschaut, dass die budgetlose Zeit möglichst kurz bleibt. Wir haben es auch relativ in die Finanzkommission gebracht, und sie hat das Budget gut geheissen. Insofern bitte ich das Parlament, das Budget auch gut zu heissen. Ich wäre froh, wenn man nicht wieder, wie letztes Mal, jede einzelne Position behandeln müsste. Merci vielmals.

Urs Knapp: Die FDP-Fraktion akzeptiert die Version 2 des Budgets 2022 in der vorliegenden Form und den Beschlussanträgen gemäss Seite 14 des vorliegenden Berichts zustimmen. Unsere Gedanken zum vorliegenden Budget möchte ich in drei Kapitel gruppieren: Woher kommen wir? Wo stehen wir heute? Wohin gehen wir? Wo kommen wir her? Das Parlament hat am 24. November 2021 nur mit Stichentscheid des Präsidenten ein Budget mit massiven Steuererhöhungen genehmigt. Alle Mitglieder der bürgerlichen Parteien, von SVP bis EVP, wehrten sich in der Parlamentsdebatte vergeblich gegen Steuererhöhungen auf Vorrat und stimmten Nein. Doch die Stichentscheids-Mehrheit wollte die Steuern erhöhen, obwohl die Wirtschaft und Gesellschaft immer noch unter den Unsicherheiten der Pandemie leiden und obwohl die Rechnung 2021, wie man damals schon gesehen hat, um viele Millionen besser abschliessen wird als budgetiert. Eine solche Finanzpolitik lässt sich der Bevölkerung nicht vermitteln, sagten wir schon am 24. November 2021. Und das Volk gab uns am 13. Februar 2022 Recht, mit einem klaren Nein zum Budget 2022. Der Abstimmungskampf in den Wochen vor dem 13. Februar war intensiv und auch emotional. Die unterschiedlichen Ansichten sind deutlich aufeinandergeprallt. Trotzdem haben wir im Rückblick diese Diskussionen weitgehend als angemessen empfunden. Wir waren überzeugt, dass die Stimmberechtigten mit diesen vielen Informationen in die Lage kamen, sich damit eine eigene Meinung bilden. Ein kleiner Wermutstropfen in dieser Meinungsbildung war sicher die Abstimmungszeitung des Stadtrates. Philippe Ruf hat es vorhin in seiner Erklärung gesagt. Auch die FDP ist der Meinung, so wie sie gestaltet war, war es mehr eine Kampfschrift als eine neutrale Information, und wir hoffen hier wirklich stark, dass sich der Stadtrat bei zukünftigen Abstimmungen auf die Fakten konzentrieren wird und alle Stimmen so zu Wort kommen, dass man sich eigenständig ein Urteil bilden kann. Wo stehen wir heute? Wir stellen fest, dass das vorliegende Budget dem Volkswillen entspricht. Die Finanzverwaltung unter der Leitung von Urs Tanner hat unmittelbar nach dem 13. Februar eine Budget Version 2.0 erarbeitet, das den Volkswillen gut reflektiert. Dafür möchten wir ihm und seinem ganzen Team ganz herzlich danken. Es ist nicht selbstverständlich, dass es so schnell ging. Aber ich glaube, es ist im Interesse der Stadt und der Bevölkerung und uns allen, dass wir jetzt einem Budget zustimmen und wir die

budgetlose Zeit schon nach kurzer Zeit beenden können. Die wesentlichen Änderungen sind kurz erwähnt worden. Es sind keine Steuererhöhungen sowie punktuelle Aktualisierung in der Erfolgsrechnung und in der Investitionsrechnung aufgrund neuer Erkenntnisse. Und dies nur bei Beträgen über 10'000 Franken pro Position. Ihr seht dies alles auf den Seiten 9 bis 13 im Bericht. Das Budget Version 2.0 ist logischerweise näher an der Realität als das Budget Version 1.0, weil das erste Budget im August/September 2021 erarbeitet wurde. Heute wissen wir einfach schon viel mehr und können auch genauer budgetieren. Aber auch dieses Budget ist nur ein Budget, und es wird weitere Änderungen geben, weil Ausgaben nicht mehr notwendig sind oder weil neue Ausgaben kommen, weil Projekte nicht oder nur teilweise realisiert werden können oder weil die Einnahmen mehr oder wenige stark fließen. Das Budget rechnet mit einem Ausgabenüberschuss von 1,6 Millionen Franken, was weniger als 1,5 % des Gesamtaufwands entspricht. Wir können also eigentlich von einer «roten Null» sprechen. Diese «rote Null» kann sich bis Ende 2022 auch zu einer «schwarzen Null» entwickeln. Das lässt sich auch aufgrund der Erfahrungen aus früheren Jahren klar sagen. Wir haben wahrscheinlich letztlich ein ausgeglichenes Budget, vielleicht sogar ein Budget mit einem kleinen Überschuss. Wohin gehen wir? Die Arbeiten für das Budget 2023 werden schon in wenigen Wochen beginnen. Der Stadtrat wird, wie er dies üblicherweise tut, Ende April/Anfang Mai mit den Budgetvorgaben den Startschuss geben. Ob er die kantonale Abstimmung vom 15. Mai abwartet oder nicht, wissen wir nicht. Vielleicht kann nachher noch jemand vom Stadtrat etwas dazu sagen. Die FDP-Fraktion hat eine ganz klare Erwartung an den Stadtrat. Die Ausgaben im Budget 2023 sollen sich an den vorhandenen finanziellen Möglichkeiten orientieren. Nach dem klaren Ergebnis der Abstimmung vom 13. Februar wäre es nicht opportun, wenn der Stadtrat nur wenige Monate später erneut an der Steuerschraube drehen möchte. Wir empfehlen dem Stadtrat jedoch, dass er in den nächsten Monaten auch neue Möglichkeiten zur Finanzierung ernsthaft prüft. Was möglich ist, zeigt zum Beispiel ein Blick auf die städtischen Grundstücke. Die Stadt verfügt über ein respektables Portfolio von Grundstücken. Nicht alle sind heute optimal genutzt. Ich möchte dies an einem krassen Beispiel zeigen, krass nach meiner Meinung, dem Gebiet westlich der Baslerstrasse vom Stadtpark bis fast zur City-Kreuzung. Das sind drei Grundstücke. Sie gehören alle der Stadt. Sie bestehen aus einem grossen Parkplatz, praktisch an der City-Kreuzung, und zwei Gebäuden, eines relativ alt, das andere auch nicht sehr neu, die nicht optimal genutzt werden. Ein privater Besitzer würde so ein Filetstück im Stadtzentrum besser nutzen wollen und zwar im Interesse der Stadt. Er würde einen Immobilienentwickler beauftragen, ein konkretes Projekt zu erarbeiten und zeigen, wie man dieses Gebiet entwickeln könnte – zum Wohle der Stadt und auch aus finanziellen Gründen. Der Lohn für die Stadtkasse könnte, wenn man bescheiden denkt, eine Netto-Rendite von 3% sein, wahrscheinlich wäre sie höher, 5%. Das heisst, nach Abzug aller Kosten würden Beträge in Millionenhöhe da sein, in einer städtischen Liegenschaft, die Jahr für Jahr fließen und für andere Investitionen genutzt werden können. Aus diesem Grund regen wir an, dass der Stadtrat wirklich auch andere Möglichkeiten zur Verbreiterung der finanziellen Basis unterstützen und suchen wird, und wir unterstützen diesen Weg zum Wohle der ganzen Stadt Olten sehr gerne. Besten Dank.

Marc Winistörfer, SVP-Fraktion: Vorab möchte ich Urs Tanner und seinem Team für die rasche Arbeit und sehr saubere Ausarbeitung des Budgets 2.0 danken. Ich kann mir vorstellen, dass es eine ziemliche Fleissarbeit war, dies in kurzer Zeit zusammenzustellen, was viele Überstunden verlangt hat. Ein grosser Dank auch als Mitglied der FIKO für die guten und fundierten Auskünfte, die er uns geben und uns das Budget 2.0 auch erklären konnte. Das ist wirklich à la bonne heure. Jetzt inhaltlich zum Budget: Man muss schon sagen, dass man auf Goethe's Faust verweisen kann. „Das steh' ich nun ich armer Tor und bin so klug als wie zuvor“. Jetzt sind wir nämlich genau gleich weit wie wir im November schon waren. Wir haben einen Antrag der FIKO zum Steuerfuss, der 108/108 % beibehalten bedeutet. Diesmal ist er einstimmig. Das letzte Mal war er 5 : 4. Wir haben zwischenzeitlich eine sehr emotionale zeitaufwändige und auch teilweise gehässige Abstimmung und Abstimmungskampagne hinter uns. Diese hätten wir uns auch sparen können, wenn man von Anfang an auf die 108 % eingelenkt hätte und nicht plötzlich mit einem solchen Schnellschuss von 118/110 gekommen wäre. Von daher muss man sagen, dass es einmal zu begrüssen ist, dass jetzt auch die ehemaligen Steuererhöhungsbefürworter gesehen

haben, dass es eben nicht nötig ist, die Steuern zu erhöhen, um ein sauberes Budget, das auch eine nachhaltige Ausfinanzierung erlaubt, zu haben. Man hat während des Abstimmungskampfs viel über die budgetlose Zeit gehört. Wir haben es vorhin auch noch einmal gehört. Die budgetlose Zeit, die es gab, die es gibt, und die budgetlose Zeit, die es gab und immer noch gibt, hat aus meiner Sicht einige Erkenntnisse gebracht. Erste Erkenntnis ist für uns von der SVP, dass die Stimmbevölkerung ganz klar entschieden hat, dass Steuererhöhungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht in Frage kommen. Wir haben rund 56 % Nein-Stimmen, 55,9 und irgendetwas. Das sind mehr als 2019. Mehr Leute als 2019 haben in diesem Jahr gesagt, wir wollen keine Steuererhöhung. Ich glaube, das muss man ernst nehmen. Das muss man nicht nur in diesem Jahr ernst nehmen. Das sollte man vielleicht auch im Hinterkopf behalten. Wir werden im Herbst das nächste Mal ein Budget traktandiert haben, voraussichtlich im November. Ich habe das Gefühl, auch dann sollte man sich dieses Resultat noch einmal zu Gemüte führen, gerade wenn man immer die Tendenz hat, Steuern erhöhen zu wollen, dass die Bevölkerung dies einfach nicht goutiert. Das haben wir jetzt relativ klar gesehen. Positiv ist zu erwähnen, dass der Stadtrat dies jetzt auch eingesehen hat. Auch die FIKO hat es einstimmig so gesehen, dass Steuererhöhungen im jetzigen Zeitpunkt nicht notwendig und weder erforderlich noch politisch opportun sind. Es ist zu hoffen, dass diese Erkenntnis und Einsicht auch ein wenig anhalten, dass man vielleicht auch einmal die Ausgaben in den Fokus rückt. Dieser Punkt ist aus unserer Sicht auch zu kritisieren. Der Stadtrat hat wirklich verpasst, auf der Ausgabenseite die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Wir von der SVP hätten eigentlich erwartet, dass nach diesem klaren Votum der Bevölkerung der Stadtrat sich auch dort noch einmal hinterfragen und überlegen würde, was man priorisieren müsste, wo es möglicherweise Ausgaben hätte, die man einfach zurückstellen könnte oder auf die man verzichten müsste. Politik ist kein Wunschkonzert, sondern es geht darum, das Mögliche zu machen. Aus unserer Sicht besteht in diesem Punkt sicher noch Lernbedarf. Wie gesagt werden wir im November die nächste Chance haben zu zeigen, dass wir lernfähig sind. Der Stadtrat hat dies auch. Wir hoffen, dass es im November ein Umdenken gibt, dass man auch die Ausgabenseite noch einmal kritischer anschaut. Eine weitere Erkenntnis der letzten Wochen und Monate, dieser „budgetlosen“ Zeit ist, dass man kein Budget hatte, aber man musste schlicht und ergreifend auf fast nichts verzichten. Die Schreckensszenarien, die teilweise vor allem von den Budgetbefürwortern im Abstimmungskampf gezeichnet wurden, sind einfach nicht eingetreten. Auch hier sollte man vielleicht das nächste Mal ehrlich sein und den Leuten sagen, dass das Referendum per se nicht zum Untergang führen und auch nicht irgendwie dazu führen wird, dass Olten verlottert und damit nachher nicht noch Abstimmungskampf zu betreiben, dass man dies den Referendumsbefürwortern, den Budgetgegnern, irgendwie an den Kopf wirft. Wir sehen auch, dass wir letztlich immer noch hohe Nettoinvestitionen haben. Sie sind nur ganz leicht tiefer. Sie sind von 18,52 auf 18,31 Millionen gesunken. Positiv zu erwähnen ist, Urs Knapp hat es bereits gesagt, dass wir auf der Einnahmenseite trotz Verzicht auf die Steuererhöhungen eigentlich ein sehr gutes Resultat haben. Die Prognose ist deutlich besser als letztes Mal, und wir sind näher daran. Man kann davon ausgehen, dass die jetzige Prognose auch realitätsnäher sein wird. Dies zur Kenntnis genommen, sollte man sich, auch wieder mit Blick auf November, überlegen, ob man vielleicht nicht auch dort ein wenig abrüstet und immer wir müssen unbedingt mehr Steuern erheben, damit wir auch mehr Einnahmen haben, um die vermehrten Ausgaben finanzieren zu können, widerlegt auch so etwas die These, die vor allem von links gekommen ist und in den November-Sitzungen mehrfach erwähnt wurde. Man kann es im Protokoll nachlesen. Summa summarum: Die SVP-Fraktion nimmt dieses Budget zur Kenntnis. Wir werden auch zustimmen. Wir werden ohne Änderungsanträge zustimmen. Ich kann Benvenuto Savoldelli ein wenig beruhigen. Es wird nicht wieder zahlreiche Anträge von uns geben. Es wird von uns de facto keine geben. Trotzdem ist es uns ein Anliegen, dass man das Budget jetzt auch ohne grosse Verlängerung verabschieden kann. Das ist auch ein Anliegen von uns, auch wenn man jetzt gesehen hat, dass die Konsequenzen des budgetlosen Zustands relativ gering sind. Trotzdem würden wir auch den anderen Fraktionen nahelegen, dass sie in diesem Fall auf Änderungsanträge verzichten und man es möglichst rasch verabschieden kann. Wir haben heute Abend noch weitere Geschäfte. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Martin Räber, Fraktion Grüne: Zuerst einmal herzlichen Dank an die Finanzdirektion für das neue Budget. Es ist in sehr kurzer Zeit erstellt worden. Das ist eine ausserordentliche Leistung. Das Budget hat jetzt eine Verschlechterung von 2,2 Millionen gegenüber der ersten Version. Das bedeutet letztendlich, dass der Selbstfinanzierungsgrad von 45 auf 35 % sinkt, was wiederum heisst, dass wir letztendlich die Investitionen, die man jetzt tätigt, zu zwei Dritteln mit Krediten finanzieren müssen. Das ist aus unserer Sicht jetzt, wo es teurer wird und die Zinsen wohl eher am Steigen sind, keine vorausschauende Finanzpolitik. Rückblickend auf die Abstimmung möchte ich noch einmal auf zwei Punkte eingehen, die mir in der Diskussion um die Steuererhöhung schon noch wichtig erscheinen. Ein Punkt sind die Folgen der Steuererhöhung für die Unternehmen und der andere die Auswirkung der STAF, die auch thematisiert wurde. Zum ersten Punkt, die Auswirkungen für die Unternehmer und Unternehmerinnen möchte ich kurz Rolf Schmid zitieren. Ein Interview war am 26. Februar im OT veröffentlicht. Darin hat er die Bedeutung der Unternehmenssteuern stark relativiert. Er hat gesagt, ein Unternehmen, das sich in Olten niederlassen wird, tut dies prioritär nicht aus steuerlichen Überlegungen. Weiter hat er gesagt, es geht vor allem um das Gesamtpaket, die gute Erreichbarkeit oder Entwicklungsmöglichkeiten einer Firma. Das ist eben auch unsere Sicht, wie wir dies bezüglich Steuererhöhung oder letztendlich Bedeutung der Steuern sehen. Der zweite Punkt mit der STAF: Die Befürworter der Steuererhöhung haben gesagt, dass eine moderate Mehrbelastung der Unternehmen, und es ist eine moderate Mehrbelastung, es ist sehr wenig Geld, das die Unternehmen mehr zahlen müssen, die Auswirkungen der STAF ein wenig kompensieren würden. Darauf wurde von Budgetgegnern behauptet, dass die STAF sogar zu einer Mehrbelastung von Firmen führen würde, weil im Kanton gleichzeitig die Abschreibungssätze reduziert wurden. Dass dies wichtig ist, zeigen jetzt die Zahlen. Sie sind inzwischen verfügbar. In Olten führt die STAF gemäss Urs Tanner bei juristischen Personen im Jahr 2020 gegenüber 2019 zu 28 % Mindereinnahmen. Das hat nichts mit Covid zu tun. Das gab es damals noch nicht. Unsere Idee war, mit einer moderaten Mehrbelastung der Unternehmen diesem Effekt etwas entgegenzuwirken. Das hat dies bei Weitem nicht kompensiert. Aber es ist wesentlich weniger. Aber diese Chance hat Olten jetzt leider verpasst. Ich halte mich kurz. Zurück zum aktuellen Budget: Die grüne Fraktion spricht sich für das neue Budget aus, und wir werden auch keine weiteren Änderungsanträge einbringen. Ich danke dem Stadtrat und der Steuerverwaltung nochmals für die rasche Ausarbeitung.

Sieu-Jhing Tang, Olten jetzt!: Ich halte mich bewusst auch sehr kurz, weil schon sehr, sehr viel gesagt wurde. Wir von Olten jetzt! möchten uns natürlich auch herzlich bei Urs Tanner und seinem Team für die ausserordentlich schnelle Aufbereitung dieses revidierten Budgets bedanken. Wir bedauern es nach wie vor sehr, dass das vorherige Budget nicht angenommen wurde, respektieren aber selbstverständlich diesen Entscheid der Oltnen Bevölkerung. Wir werden uns jedoch nach wie vor sehr stark für eine attraktive Stadt einsetzen und dem revidierten Budget auch einstimmig zustimmen. Danke.

Muriel Jeisy: Auch die CVP/EVP/glp-Fraktion unterstützt einstimmig die Beschlussesanträge, die wir jetzt neu in der Version 2 des Stadtrats erhalten haben, und danken ihm, dass er diesen Volksentscheid rasch aufgenommen und in diesem Sinne umgesetzt hat. Dem ganz herzlichen Dank an Urs Tanner und sein Team möchten wir uns hier natürlich auch anschliessen, die schnell und pragmatisch reagiert, aus unserer Sicht mit Aktualisierungen die richtigen Prioritäten gesetzt haben und sich auf die grösseren Brocken konzentriert haben, damit wir heute darüber abstimmen dürfen und möglichst schnell wieder ein Budget haben, das im Sinne der Oltnen Bevölkerung ist. Auch uns ist natürlich eine attraktive Stadt sehr wichtig. Aber wie wir hier auch schon gemerkt haben, ohne noch im Detail noch einmal auf alles einzugehen, ist es nicht allein davon abhängig. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass man die Bevölkerung ernst nimmt, vielleicht auch einmal auf uns, die Mitte, hört, wenn man Bedenken äussert, dass eine solche Version vor dem Volk nicht gerade gute Chancen haben könnte, so wie man dies beurteilt, und nicht das Gefühl hat, man hat die besseren Ideen und Kompromisse, die sich dann leider wirklich als Schnellschüsse herausstellen und eine budgetlose Zeit bescheren, die eigentlich niemand gewollt hätte. Schöner wäre es, wenn man dies künftig vermeiden könnte und wir schon im Parlament, wir, die wir ja eigentlich die Oltnen Bevölkerung repräsentieren, auch unsere

Verantwortung wahrnehmen und einen Entscheid fällen können, der vor dem Volk dann auch effektiv Stand hält. In diesem Zusammenhang hoffe ich wirklich nicht mehr, dass es wieder zu einer solchen Abstimmung kommt, möchte aber gleichwohl noch kurz darauf eingehen, dass es uns bei der Abstimmungszeitung auch gestört hat, insbesondere das Foto vorne zum neuen Bahnhofplatz. Damit hat für uns das Budget 2022 eigentlich wirklich noch nicht zu tun. Wir haben ja gehört, dass er sich zeitlich eher noch einmal weiter verzögert. Auch wir erwarten eine ausgewogene, faire Darlegung, nicht nur eine Stadtratsmeinung in einer solchen Abstimmungszeitung, sondern gerade, wenn es so umstritten ist, wie es eben im letzten November war, dass man wirklich auch alle Facetten abbildet. Merci.

Daniela Minikus, Fraktion SP/Junge SP: Bei der neuen Budgetvorlage zeigt sich, dass der Spielraum deutlich kleiner geworden ist, und es hat sich in der Vergangenheit bereits abgezeichnet, dass auf der Kostenseite ziemlich geschraubt wurde. Ein erneuter budgetloser Zustand für Olten wäre nicht gut und es würden wieder etliche Kräfte verpufft werden. Sagen wir es so. Mit der Frage der Anerkennung, einer positiven Entwicklung für die Stadt Olten, nehmen wir die neue Budgetvorlage, Version 2.0, so dass die finanzielle Situation dieser Gemeinde stabilisiert werden kann, obwohl, und das möchten wir noch einmal erwähnt haben, mit deutlicher Mehrheit im Parlament, dem Schulhaus und dem Ländiweg zugestimmt wurde. Wir sind überrascht und gleichzeitig auch enttäuscht, dass die Politik zu Investitionen zustimmen kann, ohne dass sie über längerfristige Finanzierungen, die bereits aufgelegt sind, nachhaltig nachdenken möchte. Trotz allem werden in Zukunft für diese Stadt mehr Aufgaben finanziert werden müssen. An dieser Tatsache müssen wir uns weiter orientieren, und mit der jetzigen Ausgangslage wird man sich auf eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung einlassen müssen. Wir stimmen diesem Budget zu, auch wenn bei einer Steuererhöhung die Auswirkung für den Steuerzahler minim spürbar geworden wäre. Davon sind wir nach wie vor überzeugt. Aber für Olten hat dies eine massive Entspannung gegeben. Auf die Erkenntnis, dass sich Olten einer strukturellen Herausforderung oder anders formuliert in einer Veränderung befindet, werden wir von der jungen SP und SP weiterhin einlassen, daran festhalten, und wir bleiben bestimmt und weiterhin zielorientiert. Wir erwarten von den oppositionellen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, dass eine verantwortungsvolle Haltung eingenommen wird und die Kontinuität für eine gute Stadtentwicklung, an der die Stadt seit Jahren arbeitet, festgehalten werden kann. Merci vielmals.

Luc Nünlist: Danke, Urs, für Deine Ausführungen. Ich freue mich natürlich immer sehr, wenn ich höre, wie Parkplätze als Filetstücke entwickelt und zu mehr entwickelten Gebieten aufgewertet werden könnten. Was man aber in diesem Hintergrund schon ein wenig sehen muss, was Du ansprichst, ist eigentlich eine Schöpfung der Rechnung durch Entwicklung von Liegenschaften durch Private. Die Logik, die dahintersteht, ist, dass Private eher im Sinne der Stadt eine Entwicklung vornehmen würden als die Stadt selber. Das verstehe ich nicht. Du bringst auch krasse Beispiele und sagst, ja, wir haben einen Ort am Stadteingang. Ich möchte keine krasse Beispiele dagegen bringen. Die Stadt ist einfach voll. Ihr kennt alle Beispiele, wie fehlgeschlagene Privatisierungen durchgeführt und die Hoffnungen und das Vertrauen für das Gemeinwohl wirklich in einem verblendet gutgläubigen Glauben an Private übertragen wurden, statt selber strategische Verantwortung zu übernehmen. Für die notwendigen werterhaltenden Investitionen oder eben das Abstossen von Filetstücken schön die Bilanz nur kurzfristig und steht in einem krassen Gegensatz zur weitsichtigen strategischen Entwicklung des Gemeinwohls. Wenn die Stadt wie ein Unternehmen geführt werden soll, so wie es die Bürgerlichen ab und zu suggerieren, möchte ich mich davon distanzieren, müsste sie sich aber auch von dieser Logik verabschieden. Natürlich hat eine Stadt namentlich auch andere Aufgaben, und diese dürfen wir gerade für die Behandlung des Budgets nicht vergessen. Das ist ein anderer Auftrag als private Entwicklungen, Service public, Infrastruktur, Sportanlagen, Bildungsinstitutionen, Sicherheit und zum Beispiel öffentliche WCs. Abschliessend möchte ich aber gleichwohl noch danken, vor allem der Finanzdirektion für die rasche Ausarbeitung dieses Budgets, und gleichzeitig noch einen Wunsch anbringen. Wenn die FIKO dieses Budget behandelt und eine umfassende Beurteilung vornehmen sollte, wäre es doch auch wichtig und förderlich, dass mehr als ein Stadtrat an der Sitzung anwesend sein könnte, damit man auch Fragen an die

entsprechenden Direktionen stellen könnte, Antworten gleich direkt hat und dies dann auch so wahrnehmen kann. Merci vielmals.

Beschlüsse

5. Mit 27 : 0 Stimmen bei 13 Enthaltungen wird der Steuerfuss auf 108 % für juristische und 108 % für natürliche Personen festgelegt.
6. Einstimmig
1. Einstimmig
2. Einstimmig
3. Einstimmig
7. Einstimmig
8. Einstimmig
9. Einstimmig
10. Einstimmig

Hundesteuer: Einstimmig

Schlussabstimmung

Einstimmig wird das Budget genehmigt.

Mitteilung an:
Direktion Finanzen und Dienste

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. März 2022

Prot.-Nr. 55

Pädagogischer ICT-Support (PICTS), wöchentliche Entlastungs- lektionen/Genehmigung

Für den Betrieb der Schule Olten ist eine zeitgemässe ICT-Infrastruktur und ein effizienter Support grundlegend. Eine zielgerichtete Kompetenzerhaltung und -erweiterung in Methodik, Didaktik und Pädagogik im Kontext neuer digitaler Technologien ist für die Lehrpersonen zukunftsweisend.

Das aktuelle kantonale Impulsprogramm setzt klare Schwerpunkte bei der Verbesserung der personellen Strukturen. Daraus resultiert eine nachhaltige konzeptionelle, inhaltliche und organisatorische Klärung der Personal- und Unterrichtsentwicklung.

Zur Förderung der Digitalisierung ist im Rahmen des kantonalen Impulsprogramms die Subventionierung des pädagogischen ICT-Supports (PICTS) durch den Kanton vorgesehen. Die zu schaffenden Pensen der PICTS werden mittels Staatsbeitrag subventioniert.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Management Summary

Die Schule Olten hat sich der Herausforderung der Digitalisierung rechtzeitig angenommen. Mit einer Projektorganisation und einer 5-Jahresplanung konnten in den vergangenen Jahren mit hoher politischer Akzeptanz und entsprechend finanzieller Unterstützung geeignete infrastrukturelle und technische Grundlagen geschaffen werden. Darauf baut ein Aus- und Weiterbildungsprogramm für Lehrpersonen und der tägliche Unterricht auf.

Mit dem Ausbau der technischen Infrastruktur auf das heutige Mengengerüst wurden die entsprechenden **Ressourcen für den technischen ICT-Support (FLS/TICTS, MDM und Lehreroffice)** aufgebaut. Die Kosten belaufen sich aktuell **auf jährlich total ca. 120'000 Franken.**

Der **Auf- und Ausbau der ICT-Infrastruktur der Schule Olten** wird mit den jährlichen Mitteln in der Höhe von **180'000 Franken aus der Investitionsplanung** geleistet. Es stehen im Vollausbau per 2025 den rund 1'850 Usern zirka 1'500 Endgeräte für den Schul- und Unterrichtsbetrieb zur Verfügung.

Für den Betrieb der Schule Olten ist eine zeitgemässe ICT-Infrastruktur und ein effizienter Support grundlegend. Eine zielgerichtete Kompetenzerhaltung und -erweiterung in Methodik, Didaktik und Pädagogik im Kontext neuer digitaler Technologien ist für die Lehrpersonen zukunftsweisend. Das aktuelle kantonale Impulsprogramm setzt klare Schwerpunkte bei der Verbesserung der personellen Strukturen. Daraus resultiert eine nachhaltige konzeptionelle, inhaltliche und organisatorische Klärung der Personal- und Unterrichtsentwicklung.

Zur Förderung der Digitalisierung ist im Rahmen des kantonalen Impulsprogramms neu die Subventionierung des pädagogischen ICT-Supports (PICTS) durch den Kanton vorgesehen. Die zu schaffenden Pensen der PICTS werden mittels Staatsbeitrag subventioniert.

Jährlich wiederkehrende Bruttokosten in der Höhe von Fr. 178'600.00 für Entlastungslektionen für pädagogischen ICT-Support (PICTS) für Primar- und Sekundarschule werden ab 1. August 2022 genehmigt.

1. Ausgangslage

Digitalisierung der Bildung

Schulen stehen vor der Herausforderung, Kinder und Jugendliche mit dem Wissen von heute auf eine Welt von morgen vorzubereiten. Was heute oder morgen digitalisiert oder vernetzt werden kann, wird früher oder später realisiert. Vernetzte digitale Daten in jedem Lebensbereich, der tägliche und immer umfassendere Umgang mit diesen Daten oder die damit einhergehenden Tools, Funktionen und Kompetenzen werden das Bildungswesen weiter verändern oder prägen.

Es geht heute längst nicht mehr um die Auseinandersetzung «Pädagogik vor Technik» oder «Technik vor Pädagogik». Es geht um zukünftige Kompetenzen und um das adäquate Lehren und Lernen im digitalen Zeitalter. Welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, damit die positiven Aspekte der Digitalisierung in die Schule und den Unterricht einfließen können?

Herleitung und politischer Auftrag

Im Jahr 2008 führte der Kanton Solothurn in der Lektionentafel eine Wochenlektion für informatische Bildung von der 3. Klasse der Primarschule bis zur 3. Klasse der Sekundarstufe I ein. Ein ICT-Konzept mit den Bereichen Anwendungskompetenzen und Medienbildung dienten als Grundlage.

2015 kam explizit der Bereich „Informatik“ als didaktisches Handlungsfeld hinzu. Die Broschüre „Informatische Bildung – Regelstandards für die Volksschule“ bildete den Referenzrahmen. Die Schulträger setzen die Regelstandards seit Schuljahr 2017/18 um.

Der Legislativplan 2017-2021 der Solothurner Regierung enthielt das Ziel, die «Informatische Bildung auszubauen». Auf die Digitalisierung sollte mit einer «Digitalen Schulwende» geantwortet werden, die beispielsweise «alle Schüler und Schülerinnen von der dritten Primarschulklasse bis Ende der Sekundarstufe I mit einem eigenen mobilen Computer nach den Vorgaben der Schulstufe als persönliches Schulmaterial ausrüstet».

Die bisherigen Regelstandards „Informatische Bildung“ sollten die Basis für die Umsetzung des Lehrplan 21 darstellen. Die bisherigen Erkenntnisse und der erreichte Zwischenstand zeigen nun auf, dass ein weiteres Impulsprogramm nötig ist, um die „Digitale Schulwende“ weiter voranzubringen.

Impulsprogramm „Digitale Schulwende – für den Arbeitsmarkt von morgen“

Der Kanton Solothurn will den digitalen Wandel auf allen Bildungsstufen fördern. Der Regierungsrat hat dazu am 1. März 2021 das Impulsprogramm 2021–2025 verabschiedet und das Impulsprogramm mit entsprechenden Leitlinien zur Umsetzung gestartet. Grundlage des Impulsprogramms bilden der Legislativplan und die Standortstrategie 2030 der Solothurner Regierung.

Der Kanton Solothurn will ein **zeitgemässes, qualitativ hochstehendes und arbeitsmarktorientiertes Bildungssystem** auf allen Schulstufen sicherstellen. Mit dem Impulsprogramm werden wichtige Schritte zur Umsetzung dieser Zielvorgaben unternommen.

Die Schulen sollen die neuen Technologien nutzbringend und datenschutzkonform einsetzen, sowie Schülerinnen und Schüler optimal auf die zukünftigen Anforderungen einer digitalisierten Gesellschaft und Wirtschaft vorbereiten.

Um dies zu ermöglichen, müssen die Lehrpersonen **pädagogische** und **technologische** Innovationen aus dem Bereich Bildung und Digitalisierung in ihre Arbeit integrieren. Dabei werden sie von den zuständigen Institutionen und Behörden aktiv unterstützt.

Technologische Zielsetzungen

Die Bildungsinstitutionen verfügen über die notwendigen Kompetenzen und Mittel, um adäquat auf Bedürfnisse im Zuge der Digitalisierung **agieren** zu können. Sie setzen auf medienbruchfreie digitale Formate, welche den reibungslosen rechtskonformen Austausch im Netzwerk von Schule, Gesellschaft und Wirtschaft fördern.

Gemäss Schulgesetzes sind die Einwohnergemeinden verantwortlich für die Beschaffung und den Unterhalt der Lehrmittel und der Schuleinrichtungen. Zur Schuleinrichtung gehören auch die technische bzw. digitale Ausstattung und die damit verbundenen Supportleistungen innerhalb der Schule.

Um digitale Medien im Unterricht und in der Schulorganisation einsetzen zu können, sind Infrastruktur und Gerätepark den Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrpersonen in funktionstüchtiger und in bedarfsgerechter Menge zur Verfügung zu stellen und durch den technischen Support (TICTS) zu pflegen.

Pädagogische Zielsetzungen

Eine digitale Ausstattung bzw. digitale Medien führen nicht automatisch zu einer Verbesserung des Unterrichts. Verschiedene pädagogisch-didaktische Aspekte müssen berücksichtigt werden, damit mit der technischen Ausrüstung auch die gewünschte Wirkung erzielt werden kann.

Bisherige anwendungsorientierte Vorstellungen wurden dem Stellenwert der informatischen Bildung in der heutigen Informationsgesellschaft nicht wirklich gerecht. Die informatische Bildung im heutigen Verständnis des Lehrplan 21 ist als interdisziplinäres Themengebiet zu verstehen, bestehend aus den drei Bereichen **Medien-, Informatik- und Anwendungskompetenz** – kurz MIA-Kompetenzen genannt.

Personelle Zielsetzungen

Lehrpersonen benötigen die erforderlichen Kompetenzen, um Medien und Informatik im Unterricht, zur eigenen Arbeitsorganisation, zur Kooperation im Schulteam, zur Kommunikation mit Eltern, Schülerinnen und Schülern einsetzen zu können. Der Erwerb, die Vertiefung und der Erhalt dieser Kompetenzen ist zu einem lebenslangen und eigenverantwortlichen Lernprozess geworden, der durch gezielte Beratung, Aus- und Weiterbildung gestützt wird.

Aktueller Stand der Schule Olten

Projektstrukturen

Die Schule Olten hat sich der Herausforderung der Digitalisierung rechtzeitig angenommen. Mit einer Projektorganisation und einer 5-Jahresplanung konnten in den vergangenen Jahren mit hoher politischer Akzeptanz und entsprechend finanzieller Unterstützung geeignete infrastrukturelle und technische Grundlagen - und darauf aufbauend ein Aus- und Weiterbildungsprogramm für Lehrpersonen geschaffen werden.

Alle involvierten Parteien (Stadtrat, Parlament, Direktionsleitung, Schulleitungskonferenz, Projektleitung, Projektgruppe, Standortleitungen, TICTS und die Lehrerschaft) wurden in Bezug auf ihre Verantwortung und Aufgaben partizipativ in die Planung, Umsetzung und Auswertung der Projektschritte entlang der kantonalen Strategien mit einbezogen.

Die Projektorganisation „Informatische Bildung“ hatte einen hohen Einfluss auf die Schulorganisation Olten. Im Rahmen des vorausschauenden, breit abgestützten und

schrittweisen Projektprogramms wurden die Elemente Ausbildung, Weiterbildung und Unterrichtsumsetzung, sowie konzeptionelle Grundlagen, Hardwarebeschaffung, Softwarekomponenten und Unterhalt aufeinander abgestimmt und kontinuierlich im Schulalltag implementiert. Durch die schrittweise und auf 5-Jahre ausgelegte Einführung in das Projekt konnte die Lehrerschaft grundsätzlich für die „Informatische Bildung“ gewonnen werden. Sämtliche Lehrpersonen haben vier Ausbildungshalbtage absolviert und besuchen jährlich zwei Weiterbildungshalbtage.

Die Schule Olten hat sich als „Profilschule“ für Informatische Bildung im Kanton beworben und ist im entsprechenden Netzwerk involviert. 2019 wurde die Schule Olten von der PH FHNW für ihr Gesamtkonzept bei der Umsetzung des Bildungsauftrags im Bereich „Informatische Bildung“ mit dem smart@media Preis ausgezeichnet.

ICT-Infrastruktur der Schule Olten

Alle Schulanlagen sind mit dem schuleigenen Serversystem vernetzt, mit WLAN und LAN ausgestattet und gleichzeitig nach hohen technischen und pädagogischen Standards vor den Gefahren des Internets geschützt. Als Endgeräte im Unterricht kommen Tablets und Notebooks zum Einsatz. An der Sekundarschule wird mit interaktiven Wandtafeln mit Präsentationssoftware und integrierten Bildschirmen gearbeitet. An der Primarschule kommen Beamer und Visualizer zum Einsatz.

IST-Situation 2020

Über die ganze Schule gesehen stehen den Schülerinnen und Schülern (SuS) rund 850 Tablets sowie den Lehrpersonen 150 Tablets und 200 Notebooks als Endgeräte zur Verfügung. Die Verteilung der Geräte ist je nach Stufe unterschiedlich. An der Sekundarschule hat jede Schülerin und jeder Schüler ein eigenes Tablet (1:1-Computing). Im Zyklus 2 teilen sich zwei SuS ein Tablet. In den altersgemischten 1./2. Klassen haben vier SuS ein Tablet und den altersgemischten Kindergärten stehen jeweils 3 Geräte zur Verfügung. Dies entspricht einem ungefähren, durchschnittlichen Verteilungsverhältnis von 1:2 was 1 Gerät pro 2 SchülerInnen entspricht. Damit sind die strategischen Zielsetzungen des Kantons noch nicht erreicht.

SOLL-Situation 2025 (geplant)

Ab der 3. Primarklasse soll der Anspruch an ein 1:1-Computing für die Schülerinnen und Schüler mit den jährlichen Mitteln von **180'000 Fr. aus der Investitionsplanung** in den Jahren 2023, 2024 und 2025 erreicht werden. Es stehen den prognostizierten 1'650 SuS und 200 Lehrpersonen der Volksschule rund 1'500 Tablets zur Verfügung.

Damit lassen sich die nationalen und kantonalen Entwicklungsschwerpunkte der „Informatischen Bildung“ auf Volksschulstufe umsetzen und ausbauen. Nun steht mit der Schaffung personeller pädagogischer Ressourcen der nächste Entwicklungsschritt an.

Aktuelle personelle ICT-Ressourcen

Im Rahmen der Projektplanung und mit dem Ausbau der technischen Infrastruktur auf das heutige Mengengerüst wurden gleichzeitig die entsprechenden Ressourcen für den technischen ICT-Support ausgebaut. Die Kosten für den technischen Support ergeben sich aus den internen technischen ICT Supportern (FLS/TICTS, MDM, Lehreroffice) mit ca. 55'000 Franken Besoldung sowie aus den externen Partnern mit ca. 65'000 Franken Dienstleistungen pro Jahr. Somit kostet der technische ICT-Support aktuell **jährlich total ca. 120'000 Franken**.

Die Organisation und eingesetzten Ressourcen können als effektiv und effizient beurteilt werden. Im Rahmen dieses Budgets stehen je nach Komplexität der unterschiedlichen Problemstellungen im Betrieb entsprechend kostensensitive und effiziente interne und externe Ressourcen zur Verfügung:

Interner 1st-Level Support

Die Firstlevelsupporter (FLS) sind digital affine Lehrpersonen, die grundlegende technische Fragen oder Problemstellungen vor Ort im Schulhaus niederschwellig klären und lösen. Die FLS werden im Rahmen ihres Pensums als Lehrperson in Lektionen angestellt. Den Schulen stehen aktuell 10 Entlastungslektionen FLS pro Woche zur Verfügung:

- Bannfeld: 2 Wochenlektionen
- Hübeli: 1 Wochenlektion
- Bifang: 2 Wochenlektionen
- Säli: 2 Wochenlektionen
- Frohheim: 3 Wochenlektionen

Die Kosten für die total 10 Lektionen betragen rund 42'500 Franken.

Externer 2nd-Level Support

Für komplexe fachliche Problemstellungen aus den Bereichen Netzwerk, Betriebssystem- und Softwareumgebung steht eine externe Firma mit einem Leistungsauftrag mit einem Kostendach von ca. 50'000 Fr. pro Jahr auf Abruf und nach Aufwand zur Verfügung.

Externer 3rd-Level Support

Für den hybriden Einsatz von Apple-Geräten im Windows-Umfeld steht eine externe Firma im Rahmen eines Leistungsauftrags mit einem Kostendach von ca. 15'000 Franken pro Jahr auf Abruf und nach Aufwand zur Verfügung.

Internes Mobile Device Management

Für den Support bei den bestehenden Apple-Geräten werden analog der FLS-Idee interne und speziell dafür ausgebildete Spezialisten im Umfang von 2 Lektionen im Mandat eingesetzt. Die Kosten dieser Supportleistung betragen rund 8'500 Franken.

Software-Support LehrerOffice

Für den Support bei der bestehenden Fachapplikation LehrerOffice wird ebenfalls ein Mandat im Umfang von 1 Lektion an interne und speziell dafür ausgebildete Spezialisten vergeben. Die Kosten dieser Supportleistung betragen rund 4'250 Franken.

2. Erwägungen

Die klare Strategie des Kantons, die gesellschaftliche Akzeptanz und die vorhandene institutionelle Unterstützung durch die FHNW (imedias) und durch die externen IT-Partner, sowie die Zusammenarbeit mit anderen Schulen haben zur gelingenden Entwicklung und Umsetzung der IT-Projekte bei den Schulen Olten beigetragen. Der Stand der Schule Olten darf als beispielhaft bezeichnet werden und bietet gleichzeitig eine ideale Ausgangslage für eine weitere, nachhaltige und zukunftsgerichtete Entwicklung.

Herausforderungen

Die Weiterentwicklung der bisher klar strukturierten Ausbildungen (Grundlagen) und Weiterbildung (Vertiefung und Anwendung) der Lehrpersonen in Richtung von personalisierten und individualisierten **Weiterbildungs-Modulen** steht an. Die unterschiedlichen Anforderungen der Schulstufen und Fachbereiche, aber auch die Heterogenität der digitalen Kompetenzen und der pädagogischen Vorstellungen bezüglich Informatischer Bildung innerhalb der Lehrerschaft müssen berücksichtigt werden können.

Für die Schule als Organisation sind somit zeitgemässe **Infrastruktur und effizienter Support** grundlegend; eine **zielgerichtete Kompetenzerweiterung in Methodik, Didaktik und Pädagogik** im Kontext neuer digitaler Technologien jedoch zukunftsweisend. Die

Startimpulse gemäss kantonalem Impulsprogramm setzen klare Schwerpunkte bei der Verbesserung der personellen Strukturen - und daraus resultierend - bei der nachhaltigen **konzeptionellen, inhaltlichen und organisatorischen Klärung** der Personal- und Unterrichtsentwicklung.

Vorbereitung auf anstehende Arbeiten

Verschiedene Teile eines Medien- und Informatikkonzeptes wurden von schulinternen Spezialisten aus der Projektorganisation (Schulleitungen und Firstlevel-Supporter) im Rahmen von Ausbildungen erarbeitet. Der Übergang von der Projektorganisation in den Regelbetrieb verlangt jedoch **umfassendere und konkretere Konzepte für den Kompetenzaufbau und –erhalt bei Lehrenden und Lernenden, für die Unterrichtsentwicklung sowie für die pädagogische Umsetzung im Unterricht**. Die bisher eingesetzten Personalressourcen reichen für diese konzeptionellen Weiterentwicklungen und den Regelbetrieb nicht aus. Der Ausbau des pädagogischen ICT-Supports (PICTS) an der Schule Olten stellt somit eine entscheidende Gelingensbedingung für die zukünftige „Informatische Bildung“ dar, welche mit diesem Bericht und Antrag vor der politischen Legitimation steht.

Aufbau geeigneter Fachpersonen

Die bisherigen TICTS leisteten bereits grundlegenden pädagogischen Support, was jedoch zu unbefriedigenden Belastungen und gleichzeitig unbefriedigenden Resultaten in beiden Disziplinen führte. Künftig sollen die Aufgaben- und Einsatzbereiche geklärt und das Personal in den entsprechenden Funktionen adäquat ausgebildet sein.

Eine spezifisch auf die Oltner Infrastruktur und Anforderungen zugeschnittene Konzeptionsarbeit und Schulung des Personals durch externe Leistungserbringer wäre organisatorisch aufwändig, unflexibel, unpraktisch und dürfte enorme Kosten verursachen. Gleichzeitig würde der Kompetenzaufbau ausserhalb der eigenen Schulorganisation stattfinden.

Darum wurden 2019/20 fünf Lehrpersonen intern rekrutiert, welche sich für eine Ausbildung als PICTS interessierten. Gleichzeitig wurden die entsprechenden Ausbildungsplätze für die drei Semester dauernde CAS PICTS Weiterbildung der PH Zürich in Kooperation mit der FHNW reserviert und der Budgetprozess eingeleitet. Seit dem Februar 2021 befinden sich alle 5 designierten PICTS-Lehrpersonen in Ausbildung und schliessen diese voraussichtlich Mitte 2022 rechtzeitig für einen möglichen Einsatz im Schuljahr 2022/23 ab.

Die ausgewählten Lehrpersonen haben sich in den vergangenen zwei Schuljahren bereits in der Projektgruppe „Informatische Bildung“ wesentlich eingebracht und werden auch die Einführung des PICTS an den Schulen Olten eng begleiten.

Zielbild

Verschiedene Standortbestimmungen und Analysen haben gezeigt, dass der vermehrte Einsatz von PICTS an der Schule Olten ein echtes Bedürfnis bei den Lehrpersonen darstellt. Der Bedarf an pädagogischem Support ist erwiesen, damit die vorhandene Infrastruktur wirkungsvoll eingesetzt und der Unterricht im Rahmen der Informatischen Bildung kompetent und attraktiv gestaltet werden kann. Mit der adäquaten Unterstützung scheinen die vom Lehrplan vorgegebenen Zielformulierungen realisierbar.

Ziel ist es, dass sich mindestens 2 Lehrpersonen pro Standort die Aufgaben aus den Bereichen PICTS und TICTS teilen und sich somit gegenseitig beraten und stellvertreten können. Alle mandatierten Mitarbeitenden bilden sich bedarfsorientiert extern weiter und bringen ihr Wissen in die Kollegien an den Standorten ein. Damit stellt die Schule Olten den Wissenstransfer von extern sowie die interne Aus- und Weiterbildung sicher.

Politische Vorgaben

Zur Förderung der Digitalisierung wird im Rahmen des kantonalen Impulsprogramms «Bildung und Digitalisierung» (RRB Nr. 2021/251) neu die Subventionierung des pädagogischen ICT-Supports (PICTS) durch den Kanton vorgesehen (RRB Nr. 2021/1392). Die Lektionen bzw. Pensen der PICTS werden mittels Staatsbeitrag subventioniert. Die aktuelle kantonale Regelung gilt vorerst für die Legislaturperiode 2021 bis 2025.

Die Voraussetzungen für die Subventionierung durch den Kanton sind:

- Für die PICTS bestehen vertragliche Anstellungen an der Schule.
- Pro Schule kann maximal ½ Lektion pro bewilligter Abteilung (Klasse) eingereicht werden.
- Idealerweise verfügen die PICTS über eine entsprechende Weiterbildung (bspw. CAS PICTS, CAS «Medien und Informatik» oder CAS «Digitale Transformation in der Schule unterrichten»)
- Die Umsetzungshilfe für ein Pflichtenheft «Informatische Bildung» liegt vor und beschreibt die Aufgaben, Verantwortungen und Kompetenzen der Rollen Schulleitungen, PICTS und TICTS. Die Ausgestaltung liegt in der Kompetenz der Schulträger.

Rollenbild, Aufgaben und Stellenprofil

Ab 1. August 2022 soll nach 5 Jahren Projektbetrieb und Aufbau die „Informatische Bildung“ in den Normal- beziehungsweise Regelbetrieb überführt werden. Den PICTS kommt dabei eine zentrale Rolle bei folgenden Aufgaben zu:

Konzeption

- Erarbeitung eines pädagogischen ICT-Konzeptes zur Nutzung digitaler Medien im Unterricht (Bedarfsabklärung, Konzepterarbeitung, Evaluation)
- Zusammenführen bestehender und zukünftiger Teilkonzepte zu einem umfassenden Medien- und Informatikkonzept (Beschaffung, Betrieb und Support, Nutzung, Wissensmanagement (Erwerb, Entwicklung, Erhalt und Transfer), technische und didaktisch-methodische Umsetzung im Unterricht - Klärung von Kultur und Haltung)
- Mitarbeit bei der Präzisierung der Stellenbeschriebe der beteiligten Stakeholder

Wissenstransfer

- PICTS machen relevante Informationen den unterschiedlichen Akteuren (Schulleitungen, Behörden, Kollegium, Eltern u.a.) zugänglich.
- Konzipierung, Erarbeitung, Organisation von schulinternen Aus- und Weiterbildungs-Modulen
 - Umsetzung gemäss Lehrplan Informatische Bildung
 - Bedienung vorhandener Hard- und Software im schulischen Kontext
- Organisation und Durchführung von schulinternen Aus- und Weiterbildungs-Modulen an allen Schulstandorten
- Erstellung von Weiterbildungsprogrammen für das Schuljahr 2022/23 und folgende
- Beratung und Unterstützung von Lehrpersonen in pädagogischen Fragestellungen
- Medienprojekte in den Klassen initiieren, unterstützen und koordinieren

Organisationsentwicklung

- Initiieren, koordinieren und umsetzen von Projekten zur Evaluation, Beschaffung, Einführung und Pflege digitaler Lernmedien und im Bereich Informatische Bildung
- Aufbau und Erhalt von ICT-Fachkompetenzen (Externe Schulungen, Tagungen, Studium Fachliteratur und Fachpublikationen, Netzwerkpflge u.a.).
- Mitgestaltung und Einrichtung von Arbeits- und Webplattformen (z.B. Office365)
- Erstellen, einführen und konsolidieren von schulischen Benutzungsordnungen, Verhaltensregeln und Vereinbarungen.

Pensenplanung

Für die Ausgestaltung der Pensen der PICTS orientiert sich die Schule Olten an den Empfehlungen und Richtlinien des Kantons. Die Verteilung aufgrund der kantonalen Vorgaben führt zu einer Anzahl einsetzbarer Wochenlektionen pro Standort auf Basis der effektiven Abteilungen (Klassen).

Die Schulen Olten beantragen die maximalen Werte im Wissen, dass die Pensen in der Praxis schrittweise aufgebaut werden, jedoch aktuell auch ein hoher Initialaufwand geleistet werden muss. Zusätzlich werden auch die rund 50 Lehrpersonen der Musikschule von Dienstleistungen aus dem Themenbereich der PICTS profitieren können.

Standort	Abteilungen	Wochenlektionen
Bannfeld	16	7.0 (von 8.0)
Hübeli	11	5.0 (von 5.5)
Bifang	16	7.0 (von 8.0)
Säli	23	10.0 (von 11.5)
Frohheim	20	10.0 (von 10.0)
Projekte*		4.0
Total	86	43.0

*In der Projektleitung Informatische Bildung und in Absprache mit der Direktionsleitung und der Schulleitungskonferenz hat man sich geeinigt, dass rund 1 Wochenlektion pro Standort für Projekte reserviert und somit semester- oder schuljahresweise temporär vergeben werden soll.

3. Finanzielle Auswirkungen

Der Kanton gibt die durchschnittlichen Standardkosten für eine wöchentliche Entlastungslektion auf Stufe **Primarschule mit 4'003 Franken** und auf Stufe **Sekundarschule mit 4'641 Franken** an. Der Kanton übernimmt davon den Anteil von 38% und die Stadt Olten 62% der anfallenden Kosten.

Budget 2022

Ab 1. August 2022 bis 31. Dezember 2022 (5 Monate) sollen 43 Wochenlektionen eingesetzt werden, um den Regelbetrieb zu starten und sicherzustellen.

Die PICTS an der Primarschule werden in der Lohnklasse 18 besoldet:
33 Lektionen x 4'003 Franken / 12 Mt. x 5 Mt. = 55'041 Franken

Die PICTS an der Sekundarschule werden in der Lohnklasse 21 besoldet:
10 Lektionen x 4'641 Franken / 12 Mt. x 5 Mt. = 19'338 Franken

Das Budget 2022 der Stadt Olten wird mit einem Nachtragskredit zur Lancierung der PICTS-Pensen für 5 Monate in der Höhe von 74'379 Franken Bruttokosten belastet. Der Kanton übernimmt 38% der Kosten.

Die Nettoausgaben 2022 für die Stadt Olten betragen 46'115 Franken.

Budget 2023

Die PICTS an der Primarschule werden in der Lohnklasse 18 besoldet:
33 Lektionen x 4'004 Franken = 132'099 Franken

Die PICTS an der Sekundarschule werden in der Lohnklasse 21 besoldet:
10 Lektionen x 4'641 Franken = 46'410 Franken

Ab 2023 wird das Budget der Stadt Olten mit Bruttokosten in der Höhe von 178'509 Franken belastet. Der Kanton übernimmt 38% der Kosten.

Die Nettoausgaben ab 2023 für die Stadt Olten betragen jährlich 110'676 Franken.

Beschlussesantrag:

I.

1. Jährlich wiederkehrende Bruttokosten in der Höhe von Fr. 178'600.00 für Entlastungslektionen für pädagogischen ICT-Support (PICTS) für Primar- und Sekundarschule werden ab 1. August 2022 genehmigt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff I./1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Stadtrat Nils Loeffel: Wie wir im Bericht und Antrag, den Ihr alle zugestellt erhalten habt, bereits ausführlich dargelegt haben, sind die Schulen Olten, was die informatische Bildung angeht, sehr gut unterwegs. In den letzten Jahren ist viel in die Infrastruktur, aber auch bereits einiges in die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen investiert worden. Die Grundlage von all dem ist ein Fünfjahresplan, der in den Schulen Olten erarbeitet wurde. Dieser Plan sorgt erstens dafür, dass die notwendige Infrastruktur für eine umfassende informatische Bildung zur Verfügung steht. Zweitens werden die notwendigen Ressourcen für die informatische Bildung bei den Lehrpersonen aufgebaut. Dazu gehört die Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer, aber auch der technische Support, der von Lehrpersonen wahrgenommen wird und so schnell und einfach vor Ort gewährleistet werden kann. Die ganze Entwicklung der informatischen Bildung wird auch vom Kanton forciert. Aufgrund der aktuellen Kenntnisse über den Zwischenstand der informatischen Bildung in den Schulen im Kanton Solothurn hat der Regierungsrat am 1. März 2021 das Impulsprogramm «Digitale Schulwende für den Arbeitsmarkt von morgen» verabschiedet. Das Programm sieht vor, dass die informatische Bildung in den Jahren 2021 bis 2025 im Kanton Solothurn spezifisch gefördert wird. Ein Teil dieser Förderung ist, dass der Kanton seit Sommer 2021 den sogenannten pädagogischen ICT-Support subventioniert. Pro Schule kann maximal eine halbe Lektion pro Klasse pro Woche beantragt werden. Der Kanton übernimmt 38 % der Kosten für diese Lektionen. Der pädagogische ICT-Support ist dabei eine Ergänzung zum bereits bestehenden technischen Support. Das konntet Ihr alles auch im Bericht und Antrag nachlesen. Er hat zum Ziel, die Lehrpersonen bei der Einbindung der technischen Hilfsmittel im Unterricht zu unterstützen. Dabei geht es aber eben nicht darum, technische Fragen zu klären, sondern es soll eine methodische und didaktische Unterstützung gewährleistet sein. Die Schule Olten war auf das Schuljahr 2021/22 noch nicht für die Einführung dieser PICTS noch nicht bereit. Sonst wären wir im letzten Jahr schon mit einem solchen Antrag gekommen. Es mussten zuerst noch gewisse konzeptionelle Grundlagen erarbeitet werden. Die Weiterbildungen der Lehrpersonen mussten angegangen werden. Vor allem musste aber auch geklärt werden, wie und wo diese PICTS effektiv

eingesetzt und verteilt werden sollen. Im Antrag habt Ihr gesehen, dass wir für die Schulen Olten die maximal mögliche Anzahl an PICTS-Lektionen. Das heisst, wir haben im Schuljahr 2022/23 86 Klassen in den Schulen Olten. Das gibt 43 Wochenlektionen PICTS. Diese werden auf die einzelnen Standorte gemäss Klassenzahl verteilt. Vier Lektionen pro Woche werden aber von allen Standorten für die Umsetzung von standortübergreifenden Projekten freigestellt. Für die Schule Olten ist die Einführung dieser PICTS-Lektionen für die Weiterentwicklung der informatischen Bildung extrem wichtig. Wir würden uns deshalb sehr freuen, wenn das Parlament diesen Antrag unterstützen würde und wir ab dem Schuljahr 2022/23 mit den PICTS starten könnten. Merci vielmals.

Nico Zila: Die Geschäftsprüfungskommission hat diese Vorlage aus der Direktion Bildung und Sport diskutiert, hinterfragt, und ich nehme es vorweg, am Ende einstimmig unterstützt. Entlang den Ausführungen des Bildungsdirektors ist es auch für die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission klar, dass den Investitionen in die Hardware und den technischen ICT-Support an den Oltnen Schulen jetzt ein dritter Schritt folgen soll und muss, nämlich eine Investition in die pädagogische Begleitung der Umsetzung im Unterricht. Die Oltnen Lehrpersonen haben aufgrund ihrer biografischen Daten, auch aufgrund ihrer persönlichen Interessen einen sehr unterschiedlichen Anlaufweg zum Einsatz von Informatikmitteln im Unterricht. Das ist legitim und selbstverständlich und der Unterstützungsbedarf ist deshalb auch sehr individuell. Massenabfertigungen in der Weiterbildung von Lehrpersonen sind gerade im Bereich der Informatik sicher nicht zielführend. Nils Loeffel hat erwähnt, dass der Kanton Solothurn für die laufende Legislatur ein ambitioniertes Impulsprogramm auf die Beine gestellt hat und sich die Stadt Olten diesem in vollem Umfang anschliessen möchte. Die GPK begrüsst diese Positionierung auf dem Bildungsmarkt. Die Stadt Olten hat seit vielen Jahren eine hervorragende Stellung in verschiedenen pädagogischen Fragen. Dass wir uns jetzt darauf konzentrieren wollen, ist in der Geschäftsprüfungskommission einhellig unterstützt worden. Ambitioniertes Impulsprogramm tönt so nach einem politischen Schlagwort. Ganz konkret sieht es so aus, dass jedes Kind in der Stadt Olten in Zukunft ab der dritten Klasse eine Eins-zu-Eins-Ausstattung mit einem Endgerät, mit einem Tablet haben wird. Das ist auch im Vergleich mit anderen Gemeinden und anderen Kantonen doch eine gute Ausgangslage. Diese wollen wir nützen und eben auch pädagogisch diese Unterstützung bieten. Verschiedene Fragen zur Umsetzung dieses Konzepts sind in der GPK auch diskutiert worden, sei es zur Versicherung der Geräte, die auch in die einzelnen Haushaltungen nach Hause gehen, es kann immer etwas passieren, zur Anstellung der Lehrpersonen anhand ihrer Einstufung aufgrund der Bildungsstufe, auf der sie unterrichten. Ihr konntet dem Bericht und Antrag entnehmen, dass die PICTS-Personen unterschiedlich entlohnt und vom Kanton auch unterschiedlich subventioniert werden, je nachdem, ob sie an der Primarschule oder an der Sekundarschule unterrichten. Dort hätte es vermutlich in der Umsetzung auch andere Lösungen gegeben. Nicht zuletzt auch die Fragen nach der Messbarkeit der Zielvorgaben an die Lehrpersonen, die hier eine Zusatzfunktion einnehmen. Wir sind aber überzeugt, dass die paar Fragezeichen, die noch im Raum stehen, einer erfolgreichen Umsetzung nicht im Weg stehen sollen. Die GPK stimmt dem Antrag des Stadtrates deshalb einstimmig zu und dankt der Direktion Bildung und Sport für diesen ausführlichen Bericht.

Simon Bloch, FDP-Fraktion: Ich kann mich kurz fassen und mich sowohl dem Stadtrat als auch der GPK anschliessen, die diese Ausführungen bereits zutreffend formuliert haben bzw. hat der Stadtrat zum Antrag schon sehr ausführlich Stellung genommen. Ich bin auch der Meinung bzw. die FDP-Fraktion ist auch der Meinung, dass die zeitgemässe ICT-Infrastruktur heutzutage einfach extrem wichtig ist. Sie ist unerlässlich und selbstverständlich auch der Support für die ICT-Infrastruktur. Sonst nützt es natürlich nichts. Wie gesagt, ich halte mich kurz. Es gibt aus unserer Sicht keine Gründe, die gegen den Antrag des Stadtrates sprechen würden. Es gibt auch keine Alternativen dafür. Deshalb wird die FDP-Fraktion einstimmig für den Antrag des Stadtrates stimmen. Besten Dank.

Thomas Kellerhals, CVP/EVP/glp-Fraktion: Im Moment finden in der Schule wirklich riesige Veränderungen statt. Die Digitalisierung stellt ganz neue Anforderungen an das System Schule, sei es an die Schülerinnen und Schüler, an die Lehrerinnen und Lehrer, aber

auch an die gesamte Schulleitung. So grosse Veränderungen, wie sie im Moment stattfinden, hat es vielleicht seit der Erfindung der Schiefertafel nicht mehr gegeben. Man könnte möglicherweise sogar von einem Paradigmenwechsel sprechen. Technologische Ausrüstung zu haben, ist das Eine. Aber ohne angemessene pädagogische Begleitung ist dies eigentlich verschwendetes Geld oder kann dann sogar kontraproduktiv werden, nämlich dann, wenn es den Schülern und Lehrern «ablöscht», weil sie einfach nicht genügend unterstützt werden. In diesem Sinne ist für unsere Stadt die Digitalisierung auch ein zweischneidiges Schwert, weil Kosten und Aufwand sicher steigen werden. Aber nichts destotrotz ist es auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz unglaublich wichtig, dass wir unsere Jugend so rasch und gut als möglich an die neuen technologischen Möglichkeiten heranführen können. Die Digitalisierung wird sicher das bestimmende Thema in unserer Gesellschaft sein und ist es eigentlich bereits jetzt. Somit unterstützen wir die Stossrichtung der Stadt, hier gut fundierte Pflöcke einzuschlagen, als eine gute und proaktive Haltung. Es wäre falsch, jetzt so lange zu warten, bis uns das Wasser bildlich gesprochen praktisch bis zum Hals steht und wir wieder einen Schritt im Rückstand sind, statt, wenn wir dies jetzt angehen, eigentlich bereits einen Schritt voraus. Olten braucht attraktive Schulen, und dies sehen wir als ein sehr wichtiges Mosaikstückchen dazu. Die ganze Fraktion CVP/EVP/glp wird daher den Antrag des Stadtrates unterstützen.

Robin Kiefer, SVP-Fraktion: Die Digitalisierung ist ein grosses Thema, das uns alle schon seit längerer Zeit beschäftigt und auch in Zukunft ein relevantes Thema bleiben wird. Es ist klar, dass die Digitalisierung viele Veränderungen mit sich bringt, einen gewissen Aufwand fordert, bis die Umsetzung bewältigt ist und die Digitalisierung ihre vielfältige Nutzung ausspielen kann. Die SVP-Fraktion sieht die Digitalisierung aber eben nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Chance. Gerade im Bereich der Bildung kann die Digitalisierung die Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen vorbereiten und ihnen nützliche Fähigkeiten für die Arbeitswelt mit auf den Lebensweg geben. Aus diesem Grund steht die SVP-Fraktion diesem Auftrag grundsätzlich auch positiv gegenüber. Nachdem man in den vergangenen Jahren die ICT-Infrastruktur in Form von Tablets und Notebooks angeschafft hat und einen entsprechenden technischen ICT-Support aufgebaut hat, steht jetzt als drittes Element der pädagogische ICT-Support zur Förderung der Digitalisierung vor der Tür. Es ist aus unserer Sicht klar ersichtlich, dass es, um die bestehenden infrastrukturellen und technischen Elemente effizient und wirkungsvoll nutzen zu können, noch ein zusätzliches Element im pädagogischen Bereich braucht. Bei den vorgelegten Konzepten mit dem pädagogischen ICT-Support ist aus unserer Sicht eine gute Lösung geschaffen worden, um die Digitalisierung zu fördern und die Schülerinnen und Schüler sowie insbesondere die Lehrkräfte unterstützen und schlussendlich die kantonalen Vorgaben im Bereich Digitalisierung erfüllen zu können. Insbesondere finden wir es eine gute Sache, dass mit dem pädagogischen ICT-Support eine interne Lösung gefunden wurde. Im Gegensatz zu einer externen Lösung kann somit das gesammelte Wissen intern behalten und weitergegeben werden. Bei uns in der Fraktion wurden jedoch noch ein paar kritische Fragen aufgetaucht. Einerseits wurde die unterschiedliche Entlohnung der Primar- und Sekundarschulstufe mit den Lohnklassen 18 respektive 21, ersichtlich auf Seite 8 des Antrags, angesprochen, mit dem Hintergrund, ob es bei diesen Stellen, wo ja eigentlich auf Primar- sowie auf Sekundarstufe ähnliche Aufgaben anfallen, nicht sinnvoller gewesen wäre, eine einheitliche Entlohnung zu wählen und die entsprechenden Personen zum Beispiel direkt bei der Stadt anzustellen. Andererseits wurde noch diskutiert, inwiefern die entsprechenden Lektionen und Stunden der Lehrpersonen, die jetzt neu als sogenannte PICTS amten, durch neue Lehrkräfte kompensiert werden müssen und ob diese Kompensierung so einfach möglich ist. Alles in allem findet die SVP-Fraktion den pädagogischen ICT-Support grundsätzlich eine gute Sache und auch eine Chance für den Bildungsstandort Olten und wird dem Auftrag mehrheitlich zustimmen.

Lea Jäggi: Auch wir von der jungen SP und SP sind geschlossen dafür, den Antrag erheblich zu erklären. Wir sehen als wichtigen Schritt, die Schulen in der Entwicklung der Digitalisierung zu unterstützen. Es braucht auch in unseren Augen einen effizienten Support, um die Lehrpersonen an den Oltnen Schulen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Technische Geräte allein nützen den Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen nicht viel. Es

braucht pädagogisches Fachwissen der Lehrpersonen, um die Handlungskompetenz von Schülerinnen und Schülern im Bereich der Medien und Informatik korrekt vermitteln zu können. Deshalb sage ich auch gar nicht viel mehr. Wir sind sehr erfreut über den Schritt, den der Stadtrat für die Oltner Schulen leisten möchte, und unterstützen dies einstimmig.

Lukas Lütolf: Das Wichtigste einmal vorweg: Die grüne/junge grüne Fraktion wird dem Antrag des Stadtrats für die wöchentlichen Entlastungslektionen des pädagogischen ICT-Supports zustimmen. Wie von den Vorrednerinnen und Vorrednern bereits erwähnt, sehen auch wir die unverzichtbare Wichtigkeit einer qualitativ hochstehenden und altersgerechten pädagogischen Betreuung und Erziehung für die Schülerinnen und Schüler auf allen Stufen in Bezug auf die Digitalisierung mit all ihren Möglichkeiten, Chancen und Gefahren. Wir leben in einer Zeit, in der man sich der Digitalisierung nicht mehr entziehen kann, und dementsprechend ist es wichtig und lobenswert, dass die Stadt Olten in diesem Bereich der Bildung in die Volksschule investiert und jetzt, wo wir, salopp gesagt, die Hardware haben, auch anfangen, dementsprechend mit diesen Materialien zu arbeiten. Bezüglich der Hardware hat die damals getroffene Wahl für doch eher teure Apple-Geräten mit der damit verbundenen Abhängigkeit des Betriebssystems in der Fraktion für leichte Irritationen gesorgt. Sie sind zwar nicht Teil des vorliegenden Antrags. Das wissen wir. Uns war aber trotzdem eine kurze Erwähnung wichtig, gerade auch in den aktuellen, wieder sehr präsenten Diskussionen über die Cyber-Sicherheit. Grundsätzlich finden wir aber die Variante, dass bereits eingestellte Lehrpersonen die entsprechende Zusatzausbildung machen können oder bereits gemacht haben, um als PICTS den Dienst aufnehmen zu können, sehr zielführend und effizient. Wir sind auch überzeugt, dass die PICTS einen guten Job machen werden, sowohl in den Konzeptualisierungen als auch bei den modularen Weiterbildungen, und hoffen, dass damit die Oltner Volksschule mit nach wie vor sehr rasanten Entwicklungen im Bereich der digitalen Möglichkeiten möglich mithalten kann und den Oltner Schülerinnen und Schülern so eine umfassende und verantwortungsbewusste Bildung ermöglichen. Danke.

Tobias Oetiker, Olten jetzt!: Wir haben schon Fr. 300'000.— gesprochen, die wir jedes Jahr in Hardware und technischen ICT-Support investieren. Es geht jetzt noch darum, dass wir die guten Voraussetzungen, die in der Schule hardware- und softwaremässig bestehen, pädagogisch auch wirklich zu Boden bringen. Dafür braucht es diesen pädagogischen ICT-Support von Fr. 180'000.—. Dieser trägt dazu bei, dass wir den Nutzen auch wirklich kriegen, die Wirkung dieser Investitionen, die wir ja schon länger beschlossen haben. Wir von Olten jetzt! sagen zu diesem Kreditantrag ganz klar ja.

Beschluss

Mit 38 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Jährlich wiederkehrende Bruttokosten in der Höhe von Fr. 178'600.00 für Entlastungslektionen für pädagogischen ICT-Support (PICTS) für Primar- und Sekundarschule werden ab 1. August 2022 genehmigt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff I./1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport, Thomas Küng
Direktion Finanzen, Urs Tanner
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. März 2022

Prot.-Nr. 56

Dringlicher Auftrag Philippe Ruf (SVP) betr. Temporäre Anpassung auf ‚Taxe 2‘ für konzessionierte Taxis/Beantwortung

Mit Mail vom 14. März 2022 hat Philippe Ruf (SVP) folgenden Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat Oltens wird gebeten, umgehend zu erlassen, dass konzessionierte Taxis die permanente Anwendung der ‚Taxe 2‘ (entspricht der aktuellen Nachttaxen zwischen 20.00 und 6.00 Uhr / Sonn- und allg. Feiertagen von CHF 4.-/km) vornehmen dürfen. Der Stadtrat behält die Kompetenz, bei sinkenden Benzinpreisen auf ein vertretbares Niveau im Ermessen des Stadtrates die Anwendung der geltenden Taxe wieder anzupassen.

Begründung des Auftrags

Aufgrund der aktuellen Situation, mitunter verursacht durch den Krieg Russlands in der Ukraine, können Taxibetriebe kaum verkraftbar den Geschäftsbetrieb aufrechterhalten, da Benzinpreise bekanntlich eine starke Preiserhöhung erfahren haben.

Bereits mit der durchgehenden Anwendung der erwähnten Taxe kann dem Preisdruck wenigstens teilweise entgegengewirkt werden. Für die Stadt Olten und Steuerzahlenden resultieren dadurch keine Mehrkosten; sie werden verbrauchergerecht anfallen. Durch die finanzielle Entlastung können damit hoffentlich Arbeitsplätze und Dienstleistungen in unserer Stadt erhalten bleiben, sodass nicht nur dem Gewerbe geholfen ist, sondern vor allem den Einwohnerinnen und Einwohnern der Region/Stadt Olten, die Taxis nutzen (müssen).»

- - - -

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Aufgrund der Tariffestlegung können im konzessionierten Taxiwesen höhere Gestehungskosten nicht einfach auf die Kundschaft abgewälzt werden; auch im privaten Transportgewerbe ist dies nur möglich, sofern keine Tarife im Voraus vereinbart wurden. Auch können nicht wie beim Öffentlichen Verkehr höhere Abgeltungen durch die öffentliche Hand geltend gemacht werden. Durch einen partiellen Eingriff beim Taxigewerbe drohen aber neue Ungerechtigkeiten zu entstehen: So würden auch die wachsende Zahl von Haltern von Elektrotaxis von einer Tariferhöhung profitieren, ohne in gleichem Ausmass betroffen zu sein. Auch Dienstleistungen wie beispielsweise die Spitex können vereinbarte Wegpauschalen nicht kurzfristig und einseitig anpassen. Und auch die Pendlerinnen und Pendler mit Privatautos sind von den Preiserhöhungen bei den Treibstoffen betroffen, ohne einen Ausgleich zu erhalten, der allenfalls auf der Ebene der Treibstoffpreise generell und übergeordnet erfolgen müsste.

Eine befristete Aufhebung der Tarifobergrenze würde zwar eine Anpassung der Taxipreise erlauben, aber die Transparenz für die Kundinnen und Kunden aufheben, indem eine Übersicht über die verschiedenen Preise vor Ort nicht vorhanden wäre.

Es ist zudem nicht unproblematisch, bei Gebühren und Tarifen auf temporäre Entwicklungen zu reagieren. Bei einer Anpassung gegen oben müssten zudem auch die Bedingungen festgelegt werden, unter denen auch wieder eine Anpassung gegen unten erfolgen müsste. Schliesslich gilt es festzuhalten, dass die Abstufung zwischen Tagestaxen und (höheren) Nachttaxen auf die Zusatzbelastung durch Nachtarbeit Rücksicht nimmt. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass diese Abstufung beibehalten werden soll – allenfalls auf einem höheren Preisniveau.

Die Tarifgestaltung liegt in der Zuständigkeit des Stadtrates. Dieser betrachtet das konkrete vorgeschlagene Vorgehen aus den genannten Gründen nicht als taugliches Instrument für die aktuelle Problemstellung und empfiehlt daher den Auftrag nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Philippe Ruf: Danke, dass Ihr diesen Auftrag dringlich erklärt habt. Ich denke, wir müssen jetzt kurz darüber reden. Einen Punkt hat Christian Ginsig gleich anfänglich angesprochen. Vor allem aus meiner Partei auf nationaler Ebene, und wir hatten es vorgestern im Kantonsrat, auch zum Benzin, was Christian Ginsig angesprochen hatte. Die Einen oder Anderen von Euch hier kenne ich ein wenig besser. Ihr wisst es. Das ist ganz sicher nicht meine Motivation. Das ist kein Benzinpreis-Vorstoss, sondern ich habe ihn wirklich im Fokus auf das Gewerbe eingereicht. Es soll auch nicht langfristig der Benzinpreis angepasst sein, sondern temporär, weil das Gewerbe jetzt halt darauf angewiesen ist. Wie können wir hier unterstützen? Das war auch die Überlegung, und deshalb war ich mit den Taxi-Unternehmen in Kontakt. Sie haben im Moment enorm hohe Kosten, und wir müssen sehen, dass die konzessionierten Taxis auch einen gewissen Auftrag erfüllen. Das heisst, sie sind auch zu den Zeitpunkten vor Ort, wenn es für sie nicht lukrativ ist. Sie sind auch dort, damit man zu allen Zeiten ein Taxi vor Ort am Bahnhof findet und nicht nur, wenn es gerade extrem viele Leute hat und es lukrativ ist, wo man schnell die Leute «abgrasen» und viel Geld verdienen kann, sondern sie stehen auch dort, wenn es weniger lukrativ ist, und ich glaube, man darf dem so sagen, sie erfüllen einen gewissen Service public. Entsprechend dem, was ich vorhin wegen der Benzinpreise gesagt habe, finde ich, dass dies weder der Staat noch irgendjemand, der das Taxi nicht nutzt, zahlen müssen sollte und wenn die Preise beim Benzin so erhöht werden, die Verbraucherinnen und Verbraucher auch direkt mittragen sollen. Wenn man dies durch diesen Vorstoss temporär für die Einzelverbraucher macht, ist dies keine riesige Anpassung. Hingegen für das Taxi als Ganzes ist es dann pro Kilometer natürlich extrem kumuliert und macht schon etwas aus, wenn man hier, so lange die Preise so explodiert sind, um einen kleinen Anteil erhöht und die Taxen anpassen würde, so dass die Taxis und das Gewerbe, das wir haben, die Kleinunternehmer, in diesen für sie schwierigen Zeiten auch überleben können, nachdem sie natürlich durch Corona schon sehr, sehr gebeutelt wurden. Vielleicht gleich noch eine Frage: Thomas hat diesen Vorstoss bereits umfangreich beantwortet. Er schreibt auch, dass man natürlich irgendwo eine Ungerechtigkeit schafft. Diesen Punkt sehe ich weniger signifikant, weil wir hier von einem spezifischen Gewerbebranchen sprechen, der enorm betroffen ist und für uns wirklich auch Service public erfüllt. Hingegen erkenne ich an, was wir auch im Vorfeld auch schon kurz ein wenig besprochen hatten, dass ich mit dem grossen zweiten Teil der Antwort, die Thomas einbringt, dass man sagt, ja, aber wir möchten lieber die Tages- und Nachttaxen behalten, das heisst, dass wir nicht einfach einheitlich auf Fr. 4.— erhöht, durchaus kompromissbereit ist. Ich denke, so wäre den Taxiunternehmen auch enorm geholfen, und ich würde, wenn Thomas vielleicht nachher in einem Statement sagen würde, unter diesen Umständen würden sie den Auftrag erheblich erklären, den Wortlaut durchaus so anpassen, dass man sagt, gut, dann erhöhen wir von Fr. 3.60 auf Fr. 4.—, und die Wochenend- respektive Nachttaxen werden beispielsweise auf Fr. 4.40 erhöht, damit man die beiden Taxen entsprechend beibehält, aber es verhältnismässig angeht. Ich denke, so können wir diesem Geschäftszweig in Olten kurzfristig Hand bieten und sie unterstützen. Ich würde mich freuen, wenn Ihr diesen Auftrag wohlwollend überweisen würdet.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich habe es eingangs erwähnt, dass der Stadtrat diese Diskussion heute Abend zulassen möchte und sich ihr auch nicht verweigert. Hingegen sieht Ihr in der Antwort, dass wir doch Bedenken haben, den Auftrag erheblich zu erklären. Wenn man die Taxe 2 oder, wie sie im Tarif für die behördlich konzessionierten Taxi-Fahrzeuge heisst, die Nachttaxe anwendet. Auch tagsüber schafft man tatsächlich neue Ungerechtigkeiten, denn es ist ja so, und ich fahre auch hin und wieder Taxi, dass viele Elektrofahrzeuge unterwegs sind, und wir haben hybride Fahrzeuge unterwegs. Wenn sie grundsätzlich die hohen Tarifstufen anwenden können, können sie in diesem Sinne die Margen ausbauen. Das ist ja wahrscheinlich nicht die Absicht des Auftraggebers. Wie es Philippe auch formuliert hat, sind ja Bestrebungen vorhanden, auf nationaler Ebene, bei den Treibstoffzuschlägen oder auch bei den steuerlichen Bedingungen auf kantonaler Ebene möglicherweise eine Lösung zu finden. Problematisch erachten wir auch den Zeitpunkt oder die Dauer. Es ist dann etwas zufällig. Heute ist der Preis für das Rohöl wieder 5 % gesunken, morgen steigt er vielleicht wieder. Ich denke, dass private Unternehmer, und ich zähle die Taxibetriebe dazu, auch ein gewisses Risiko aushalten müssen. Obwohl es weht tut, es tut allen weh, die fossil unterwegs sind, das bin ich im Moment auch, das ist so, sehen wir aber schon eine gewisse Ungerechtigkeit gegenüber anderen Betreibern. Wir haben beispielsweise die Spitex erwähnt, die ja die Tarife auch vorgegeben hat und damit operieren können muss. Von daher sehen wir es ein wenig problematisch. Die Nachttaxe ist eigentlich auch der Tarif für die Inkonvenienz. In der Nacht ist es anstrengender. Es gibt zusätzliche Erschwernisse, in der Nacht zu arbeiten. Dafür sind eigentlich die Fr. 4.— pro Kilometer gedacht. Wir würden Euch beliebt machen, daran festzuhalten, den Vorstoss nicht erheblich zu erklären, um auch nicht neue Ungerechtigkeiten zu schaffen. Wie gesagt, diejenigen, die mit Elektro und Hybrid unterwegs sind, sind eigentlich nicht betroffen. Dem Taxigewerbe kann man natürlich helfen, indem man es auch mehr benützt, das ist so, und auf das private Fahrzeug verzichtet. Dies einmal vorweg meine Einschätzung und diejenige des Stadtrates. Es ist nicht die Antwort von Thomas, es ist die Antwort des Oltner Stadtrates. Merci.

Christian Ginsig, CVP/EVP/glp-Fraktion: Um es gleich vorwegzunehmen, eine Ungerechtigkeit sehen wir in diesem Votum oder in diesem Vorstoss eigentlich nicht. Schon Corona hat der Oltner Taxibranche massiv zugesetzt. Sie haben schon ein Bittschreiben der Branche abgesetzt, dass man mindestens in dieser Phase die Konzessionsgelder ein wenig reduzieren würde, sind von der zuständigen Abteilung Verkehr dann abgelehnt worden, obwohl in der Vergangenheit massiv weniger Personen befördert wurden, gleichzeitig die Stadt aber daran festgehalten hat, in diesem Moment insbesondere auch der Stadtrat, dass man die 7/24-Regelung beibehält. Das hat Philippe Ruf vorhin bereits erklärt. Vielen Taxiunternehmen geht es aktuell miserabel. Sie kämpfen effektiv um das Überleben. Wenn sie noch weiterhin Risiken aushalten müssen, müssen wir uns einfach damit auseinandersetzen, dass wir in Olten dann vielleicht keine Taxis mehr haben werden. Der aktuelle Vorschlag der SVP ist aus dem Grund begrüssenswert, weil er eigentlich keinen negativen Einfluss auf die Umwelt hat. Die Fahrten werden ohnehin durchgeführt. Die CVP/glp/EVP-Fraktion erachtet aus diesem Grund das kleine Zeichen, die Taxe von Fr. 3.60 auf Fr. 4.— pro Fahrkilometer zu erhöhen, auch als unterstützungswürdig. Die neue Regelung bedeutet ja nur, dass eigentlich am Abend und am Wochenende, an denen jetzt schon Fr. 4.— gelten, auch tagsüber die Fr. 4.— gelten. Die Fahrgäste werden nicht allzu viel davon spüren. Wenn man mit der Taxibranche spricht, ist es so, dass die Grundtaxe natürlich auch noch draufkommt. Ein kleines Zeichen, aber ein spürbares Zeichen. Wir denken, dass dies ein gutes Signal gegenüber dem Oltner Gewerbe wäre. Die Taxibranche kann absolut nichts dafür, dass jetzt auch noch der Ukraine-Krieg dazugekommen ist. Die zusammenhängenden Energiestoffpreise sind jetzt noch weiter angestiegen, und der Stadtrat könnte hier mit einer wohlwollenden Geste ein kleines positives Zeichen setzen. Deshalb wird die CVP/glp/EVP-Fraktion diesen Vorstoss der SVP auch entsprechend unterstützen. Merci.

Yael Schindler Wildhaber: Die grüne Fraktion war sich bei unserer Besprechung noch nicht sicher, wie wir beim dringlichen Auftrag von Philippe abstimmen werden. Wir erachten die Taxis auch als eine wichtige Dienstleistung in Olten. Dank der Taxis kann man auch auf ein eigenes Auto verzichten, und sie ermöglichen Personen, die selber nicht mehr mobil sind,

eine gewisse Mobilität. Wir sind überzeugt, dass die Taxibranche ein sehr schwieriges Geschäft ist und der Verdienst hart erarbeitet werden muss. Dass das Geschäft durch Corona stark gebeutelt wurde, ist allgemein bekannt. Wir unterstützen deshalb eine periodische Überprüfung der Taxitaxen, um sicher zu stellen, dass ein fairer Verdienst mit Taxifahrten möglich ist. Die Begründung des dringlichen Auftrags überzeugt uns aber nicht so wirklich. Seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs ist der Benzinpreis gemäss der Tagesanzeiger-Statistik etwa um 20 bis 30 Rappen pro Liter gestiegen. Im gesamten letzten Jahr ist der Liter Benzin ungefähr um 50 Rappen gestiegen. Das macht pro Taxikilometer etwa zweieinhalb Rappen aus. Wenn man noch die fahrgastlose Rückfahrt miteinberechnet, die der Taxifahrer hat, um zum Taxistand zurückzukommen, sind es ungefähr 5 Rappen pro Kilometer. Das allein rechtfertigt unserer Meinung nach einen Aufschlag von 40 Rappen pro Kilometer nicht. Ein Auftrag an den Stadtrat, die Taxitaxen aber generell zu überprüfen, um sicher zu stellen, dass die Taxifahrer und –fahrerinnen anständig leben können, würden wir aber sehr gerne unterstützen. Dabei soll möglichst auch abgeklärt werden, ob und wie die Taxibetreiber unterstützt werden können, damit sie auf Elektroautos wechseln können. Damit schaden sie nicht nur der Umwelt weniger, sondern sie werden auch von den Benzinpreisschwankungen unabhängiger. Wie gesagt, wir sind ja nicht sicher, wie wir abstimmen werden. Wir werden uns jetzt noch die restliche Diskussion anhören und uns dann jeder selber entscheiden.

Nico Zila, FDP-Fraktion: Wer mich ein wenig besser kennt, weiss, dass ich in meinen bald 42 Jahren noch nie ein Auto hatte. Ich bin ein recht überzeugter Fussgänger und ÖV-Nutzer und als solcher, der in Olten etwas peripher wohnt, eigentlich ganz regelmässiger Taxi-Kunde. Das Gewerbe liegt mir nahe. Ich kenne auch mehrere Personen, die darin beschäftigt sind. Daran soll es also nicht scheitern. In der FDP haben wir den Vorstoss von Philippe Ruf in diesem Sinne wirklich auch kontrovers diskutiert, weil wir anerkennen, dass das Taxi-Gewerbe eine gewisse Grundversorgung sicherstellt, dass alle Oltnerinnen und Oltner 24 Stunden im Tag unterwegs sein können, auch ohne eigenes Auto oder mit eingeschränkter persönlicher Mobilität. Auf der anderen Seite sind wir wirklich der Meinung und die Berechnungen von Yael jetzt gerade in Ehren, dass es auch ein wenig auf zeigt, dass das Taxisystem in unserer Stadt eigentlich eine Stufe weiter oben krankt. All diese Vorgaben, an die sich dieses Gewerbe halten muss, lähmen jede Innovation und halten die Investitionsbereitschaft weit unten. Innerhalb dieses an sich kranken Systems jetzt noch ein paar Schrauben zu drehen und um ein paar Rappen zu erhöhen aufgrund eines aktuellen Ereignisses, wo die Entwicklung auch in der Zukunft wieder in die andere Richtung gehen kann, dann müsste man, da gebe ich Thomas Marbet auch wieder recht, so herum korrigieren. Das erachten wir nicht als zielführend. Für die FDP wäre es viel wichtiger, dass wir die rechtlichen Grundlagen des Oltner Taxi-Gewerbes anders positionieren könnten. Das ist auf die Schnelle heute Abend nicht mit einem dringlichen Vorstoss machbar, damit, wer im Taxiwesen unternehmerisch sein möchte, einfach mehr Freiheiten hat. Es ist sicher eine Frage, die sich anzuschauen lohnt. Wir werden sie in unserer Fraktion mitnehmen, können aber dem vorliegenden Vorstoss heute nicht zustimmen.

Cécile Send, Fraktion: Wie ich zu Beginn schon gesagt habe, sieht die Fraktion junge SP/SP durchaus, dass dieses Thema dringlich ist. Allerdings leuchtet uns nicht ganz ein, wieso jetzt diese Preise auf den Konsumenten und die Konsumentin von Taxiangeboten abgewälzt werden sollten. Wie doch so oft sprechen sich die Rechten für eine freie Marktwirtschaft aus, in die der Staat nicht eingreifen sollte. Eine Regulierung der Preise würde sich selber erreichen lassen. Jetzt sollte aber genau dies gemacht werden. Es sollte in die Preispolitik eingegriffen werden, indem man die Nachttaxen nicht nur für die Nacht, Sonn- und Feiertage gelten sollen, sondern auch tagsüber. Diese Vorgehensweise stellt nach unserem Erachten eine Klientelpolitik dar, dient sie doch nur den konzessionierten Taxifahrerinnen und –fahrern und lässt auch einen grossen Teil der Oltner Bevölkerung aussen vor. Wir weisen hier auch auf die vergangene Lockdown-Situation hin, in der sich die gleichen Parteien gegen eine umfassende finanzielle Unterstützung für Gastronomiebetriebe und Kulturlokale usw. geäussert haben. Woher kommt also jetzt dieser Drang, sich speziell für diese Taxifahrerinnen und –fahrer einzusetzen? Ausserdem liegt es auch in der Verantwortung der konzessionierten Taxifahrerinnen und –fahrer, sich eine eigene Reserve

anzuhäufen, preisen sie doch auch immer wieder ihre Unabhängigkeit an. Es kann also nicht gänzlich das Problem der Konsumenten und Konsumentinnen darstellen, wenn die Taxifahrerinnen und –fahrer nicht für eine genügende Reserve gesorgt haben. Schliesslich kann diesem dringlichen Auftrag auch aus umwelttechnischen Gründen nicht ganz gefolgt werden. Der CO₂-Ausstoss sollte nämlich insbesondere auch im Stadtgebiet verringert werden. Aus diesen Gründen kann aus unserer Sicht eine Gegenmassnahme zur Erhöhung des Benzinpreises nicht gutgeheissen werden, und in diesem Sinne erachtet die Fraktion SP/Junge SP diesen dringlichen Auftrag nicht erheblich.

Urs Knapp: Ich freue mich sehr, dass ich weitgehend mit Cécile Send einig bin. Schon immer war ich ein Kritiker von staatlich festgelegten Preisen. Das ist nicht so. Nach meiner Meinung ist es wahrscheinlich sogar wettbewerbsrechtlich höchst problematisch. Die Wettbewerbskommission hat eine strikte Praxis. Es kann nicht sein, dass die Taxis unter der Leitung der Stadt eine Preisabsprache machen und Höchstpreise festlegen. Das ist kartellrechtlich problematisch. Vielleicht gibt es, wenn die Stadt dies macht, noch Ausnahmen. Da bin ich nicht ganz sicher. Aber die Praxis wird immer schärfer. Nach meiner Meinung sollte man gar keine Höchstpreise festlegen, sondern Taxis mit einer guten Qualität können höhere Preise verlangen, Taxis mit einer schlechteren Qualität werden Probleme haben, sich durchzubringen. Taxis können mit den Kunden reden und sagen, wir haben höhere Preise, wir bieten dies und jenes an, damit wir sie verrechnen können. Ich werde diesen Vorstoss ablehnen und möchte eigentlich den Stadtrat einladen, dass er die kartellistischen Preise sehr überdenkt und vielleicht einmal überprüfen lässt, ob sie überhaupt rechtlich zulässig sind.

Philippe Ruf: Ich muss kurz darauf eingehen, auch wegen Privatwirtschaft. Wir haben hier bereits festgelegte Preise. Das müssen wir einfach berücksichtigen. Die Definition dieser Preise ist bereits festgelegt. Da müssen wir doch vom Wirtschaftlichen her das Verständnis hineinbringen. Wir sind in diesem Sinne nicht in einer freien Marktwirtschaft, weil wir hier bereits Steuern haben. Inwiefern es den CO₂-Ausstoss erhöhen soll, ist man nicht ganz schlüssig geworden. Das wäre sicher auch nicht etwas, das in meinem Interesse wäre. Aber ich glaube, wir müssen jetzt hier auch wirklich schauen. Hier etwas Kritik den Freisinnigen gegenüber. Ihr sagt, das Gesamtkonstrukt muss gegenüber angeschaut werden. Aber das rechtfertigt nicht, jetzt einfach nichts zu tun. Ich finde, wir müssen dieses Konstrukt effektiv anschauen. Jawohl, es ist auch ein sinnvoller Punkt. Aber das heisst nicht, dass wir aktuell, wo die Taxiunternehmen gebeutelt werden, einfach nichts tun. Wir können auch jetzt etwas tun, sie unterstützen und dies gleichwohl anschauen. Ich finde, es ist ein wenig einfach aus der Verantwortung gezogen.

Deny Sonderegger: Es ist selten, dass ich mit der SP und Grünen einmal auf einer Welle bin. Aber ich schliesse mich hier dem Votum von Urs Knapp an und auch Cécile Send, ausser dem Umweltgedanken. Diesen sehe ich nicht ganz. Wie es vorher auch erwähnt wurde, wenn jemand ein Taxi braucht, braucht er es. Ein zusätzlicher CO₂-Ausstoss findet in diesem Sinne nicht statt, was den Vorstoss mit diesen Tarifen betrifft. Aber ich möchte schon noch einmal einfach sagen, Yael hat einfach sehr schön aufgezeigt, um wieviel es geht. Es geht um Rappenbereiche. Für mich waren es eigentlich ein schlüssiges Argument und eine schlüssige Zusammenstellung von Kosten, die den Aufschlag gegenüber den entsprechenden Realkostenzuschlägen wirklich auch in Frage stellen. Dann ist es halt in einem so kleinen Rahmen gleichwohl noch irgendwo Wettbewerbsfähigkeit. Als Liberaler bin ich grundsätzlich schon für den Markt. Ich kann vielleicht etwas aus meinem Geschäftsfeld etwas sagen. Wir hatten jetzt zwei Jahre Pandemie. Wir gingen reinigen, und die Reinigungsproduktepreise sind durch die Decke gegangen. Jetzt kann man sagen, man hätte einen höheren Tarif ansetzen können. Der Wettbewerb war aber auch bei uns vorhanden. Wir konnten dies nicht einfach unnötig dem Kunden übertragen. Ich glaube, da ist auch bei den Taxigesellschaften durchaus eine Möglichkeit vorhanden, dass man diese Sachen in einem gewissen Bereich auch selbstständig tragen kann. Ich werde das Ganze nicht unterstützen.

Marc Winistörfer: Ich möchte einfach auf ein paar Voten meiner Vorredner Bezug nehmen und noch ein, zwei Punkte klarstellen. Ich bin erstaunt, aber eigentlich auch erfreut, dass die SP langsam sieht, was die Vorzüge des freien Markts wären. Gegen das Votum von Cécile Send kann ich eigentlich nicht viel sagen. Das Einzige, was dort noch anzufügen ist: Wenn es ein Bashing der Bürgerlichen oder Rechten macht, es ist kein Vorstoss der Rechten, es ist ein Einzelvorstoss eines unserer Mitglieder, der bei uns teilweise unterstützt wird, teilweise auch nicht unbedingt. Ich glaube, man muss dies ein wenig relativieren. Was Urs Knapp im ersten Teil gesagt hat: Ich glaube, kartellrechtlich wäre dies alles im grünen Bereich. Wir haben einen konzessionierten Markt. Die Stadt legt die Tarife fest. Es sind keine Preisabsprachen. Wahrscheinlich kommt das Kartellrecht gar nicht zur Anwendung. Binnenmarktrechtlich wäre es eine andere Frage, dass man den Markt wirklich durch die bisherige Taxiordnung abschottet. Den zweiten Teil von Urs unterstütze ich absolut. Man könnte vielleicht wirklich einmal eine Öffnung dieses Markts in Betracht ziehen. Ich glaube, der Stadtrat müsste dies machen. Das wäre aus meiner Sicht mehr als prüfenswert. Ich habe noch den Punkt zur Umwelt notiert, die höheren Preise, vielleicht für die Grünen und diejenigen, die eher auf der linken Seite sind und vielleicht den Umweltaspekt höher gewichten als den Marktaspekt. Die höheren Preise wären wahrscheinlich fast noch besser für die Umwelt. Ihr müsst Euch noch einmal überlegen, ob Ihr nicht gleichwohl zustimmen möchtet.

Daniel Kissling: Ich bin selber auch Fussgänger, wie Nico Zila, und hatte doch das eine oder andere Mal spät in der Nacht Freude an einem Taxi und bin auch froh, wenn es sie weiterhin gibt. Gleichzeitig kann ich diesem Vorstoss, und ich glaube, ich rede hier auch für ganz Olten jetzt!, aus mehreren Gründen doch nicht so viel abgewinnen. Erstens hilft man mit diesem Vorstoss eigentlich auch Elektrotaxis, von denen es mittlerweile auf dem Platz Olten relativ viele gibt. Sie waren von dieser ganzen Benzingeschichte nicht betroffen. Das heisst, sie bekommen einfach mehr Geld. Das ist schön. Das mag ich ihnen grundsätzlich auch gönnen. Aber eigentlich betrifft der grosse Teil, den dieser Vorstoss betrifft, das Problem, das man damit lösen möchte, eigentlich nicht. Es gibt dann einfach eine höhere Taxe, die man setzen kann. Natürlich werden dies auch alle setzen, weil es das Ganze, wie von der bürgerlichen Seite gross ausgeführt wird, reglementiert. Wer jetzt sagt, dass man dies einmal überdenken könnte, das müsste man schon lange einmal tun, hat vielleicht vergessen, was in diesem Rat 2018 passiert ist. Damals haben wir nämlich das ganze Taxireglement genau überarbeitet. Es ist also nicht, dass dies ein Relikt aus alten Zeiten ist, über das man nie geredet hätte. Das ist vor vier Jahren passiert. Ich glaube, all diejenigen, die bis jetzt gesprochen haben, ausser Cécile und Marc, sassen damals schon in diesem Rat. Wir haben dies auch schon gemacht. Es war Gegenstand der Diskussion. Abgesehen davon finde ich persönlich es auch problematisch, dass wir jetzt einfach kurz die Gebühren erhöhen wollen, wie und bis wann hat man auch nicht festgehalten, das müsste der Stadtrat ebenfalls noch entscheiden, wann der Benzinpreis wieder tief genug ist, dass man wieder herunterkommen kann. Vielleicht wird er gar nicht mehr tiefer oder es passiert noch irgendetwas anderes. Möglicherweise haben wir eine neue Erfindung. Dann muss man wieder irgendwie reagieren. Wenn wir anfangen, dies regelmässig zu tun, weil es irgendwelche Preisschwankungen gibt, müsste man noch ganz viele andere Preise anpassen. Das passiert normalerweise, und jetzt spreche ich wieder vom liberalen Markt, ganz automatisch. Das ist bei den Taxis halt nicht möglich. Das kann man ändern, wenn man dies will. Mit diesem Vorstoss ändert man es nicht. Ich sehe nicht, dass das Problem gelöst wird. Es wird auch spät gelöst. Wie gesagt, der Benzinpreis ist mittlerweile zum Teil auch schon wieder gesunken. Bei aller Liebe für Taxis glaube ich, dass dies am Schluss niemandem so wirklich hilft. Es belastet dann gleichwohl den Konsumenten, die Konsumentin, vor allem auch diejenigen, die es brauchen. Es sind zum Teil alte Menschen oder andere Leute, die nicht mobil sind. Von daher sehe ich dort nicht wirklich Nutzen.

Heinz Eng: Ich habe jetzt sehr aufmerksam zugehört und möchte doch noch das eine oder andere Argument hineinbringen. Wir haben es immer etwas von der Seite der Konsumenten oder Verbraucher angeschaut, diejenigen, die die Taxis benutzen. Man müsste aber vielleicht den Fokus auch ein wenig auf das Taxi-Gewerbe selber öffnen. Sogenannte Preise, Taxen, so wie sie jetzt sind, die festgehalten sind, sind Fluch und Segen gleichzeitig.

Fluch ist, wie auch Urs erwähnt hat, die freie Marktwirtschaft, sogar Grüne, auch Linke haben dies so gesagt, spiele dann nicht usw. Segen ist sie aber trotzdem auch für mich, dass entsprechend all diejenigen, die vom Taxi-Gewerbe leben müssen, das sind doch einige, ein Grundeinkommen haben, die es ihnen mit den Lebenshaltungskosten usw. ermöglicht, ein einigermaßen gutes Leben zu führen. Man darf dies in diesem Sinne nicht ganz vernachlässigen. Ich mache ein Beispiel. Als meine Frau und ich vor 15 Jahren vom John-F.-Kennedy-Airport nach Manhattan gefahren sind, also in New York, das dauert etwa 20 Minuten, hatten wir einen Yellow Cup. Der Taxifahrer war ein afghanischer Flüchtling. Er ist beim Tunnel dreimal an einen Randstein gefahren. Wir sind dann irgendwo angekommen. Aber in diesen 20 Minuten hat er seine Situation erklärt. Er wurde absolut ausgenützt und ist am Limit gefahren. Ihm haben sie praktisch den Minimallohn gegeben oder überhaupt nicht. Er fuhr 24 Stunden in der Gegend herum. Das ist vielleicht der Segen dieser Preise oder auch entsprechend der Segen, wenn man jetzt dem zustimmt, indem es hier doch ein gewisses Einkommen und Auskommen für die Taxifahrer gibt. Sonst passiert genau das, wie ich das Beispiel in New York gesehen habe. Wo sparen wir ein? Der Inhaber des Taxibetriebs ist ein Unternehmer und wird einsparen, wo er kann. Meine Rechnung geht nicht mehr auf, ergo, Lohnkosten. Ich nehme die billigsten Fahrer. Ob er deutsch kann oder nicht, spielt gar keine Rolle. Die Taxi-Prüfung besteht er irgendwie noch. Heute haben ja alle ein Navi usw. Ich glaube, auch dies muss man einwerfen. Deshalb werde ich den Antrag von Philippe Ruf unterstützen, aus dem Grund, dass dies bezüglich dem Taxi-Gewerbe auch Sicherheit gibt, dass sie entsprechend ein Auskommen und Einkommen haben und nicht noch mehr auf die Arbeitskräfte drücken müssen und die Löhne senken müssen, und ich weiss nicht was alles.

Tobias Oetiker: Ich wundere mich ein wenig, wie viel Zeit wir im Moment damit verbringen, über etwas zu diskutieren, das gar nicht in unserer Kompetenz liegt. Wir können zwar dem Stadtrat den Auftrag geben, etwas zu prüfen. Gut, es heisst «gebeten», nicht «gezwungen», aber trotzdem ist es so, dass der Stadtrat entscheidet, wie das Taxi-Tarifreglement ist. Von daher würde ich vorschlagen, dass wir doch einfach abstimmen und weitergehen.

Matthias Borner: Ich muss Tobias Oetiker hier recht geben. Er hat absolut recht, dass es eigentlich nicht in unserer Kompetenz liegt. Ich möchte die Diskussion auch nicht zu sehr verlängern, möchte aber noch einmal ins Feld führen, dass ich den Antrag schon vor vier Jahren, als wir das Taxi-Reglement beschlossen haben, gestellt habe. Mit dem technischen Fortschritt und den Möglichkeiten, die wir haben, machen Taxistände und auch Taxikonzessionen keinen Sinn mehr. Deshalb wäre eigentlich jetzt die Möglichkeit da, um die Taxikonzessionen auf null oder tiefer zu machen. In meinen Augen machen sie eigentlich keinen Sinn.

Beschluss

Mit 29 : 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Auftrag nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleiter entsprechende Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. März 2022

Prot.-Nr. 57

Überparteilicher, dringlicher Auftrag Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Prüfung Markthalle und Haus der Fotografie für Olten – anstelle eines neuen Kunstmuseums/Beantwortung

Mit Mail vom 21. März 2022 haben Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende folgende Vorstoss dringlich eingereicht:

«Der Stadtrat Oltens wird gebeten, ein Konzept auszuarbeiten, wobei Olten eine Markthalle erhält und das Haus der Fotografie gefördert wird -als Alternative(n) zum Neubau eines Kunstmuseums.

Begründung der Dringlichkeit:

Zeitlich steht bald die Abstimmung über den Kunstmuseumskredit bevor, folgerichtig müsste der vorliegende Auftrag in der anstehenden Parlamentssitzung behandelt werden können.

Begründung des Auftrags:

Der Stadtrat soll ein alternatives Konzept ausarbeiten, wobei weniger Geld abfließt, aber ein breiteres Publikum eine Angebotsaufwertung erlebt; durch die Entwicklung einer Markthalle im Stadtzentrum und der Förderung des Hauses der Fotografie, anstelle der Neuentwicklung eines Kunstmuseums. Dadurch würde einerseits die Innenstadt belebt, Grundbedürfnisse abgedeckt und gleichzeitig das Kulturangebot gestärkt. Denn nebst Aarau / Solothurn und näher als eine Stunde zu den grossen Kunsthäusern Zürich und Basel muss sich ein öffentliches Angebot im Bereich der bildenden Künste Olten derart positionieren, dass es nicht in Konkurrenz steht zu diesen international renommierten Häusern. Es ist die Frage zu stellen, welches Angebot die grössere Strahlkraft hat und welches den Bedürfnissen der Bevölkerung in der Innenstadt am meisten entspricht.

Durch eine solche Ausarbeitung soll der Bevölkerung eine attraktive Alternative geboten werden, wodurch die Oltnerinnen und Oltner dann entscheiden können, ob die Erneuerung eines Kunstmuseums erwünscht ist, oder lieber eine Markthalle entstehen soll und das Haus der Fotografie gefördert werden kann.

Wieso Markthalle?

Lebensmittel müssen alle Oltnerinnen und Oltner einkaufen. Durch eine attraktive Markthalle entstehen eine neue Einkaufsmöglichkeit und ein interessanter Treffpunkt, welche das Stadtzentrum enorm bereichern dürften. Entgegen einem Kunstmuseum spricht eine Markthalle nicht vereinzelte Kunstinteressierte an, sondern die gesamte Bevölkerung – inklusive Auswärtige, die ihre Einkäufe (wieder) in der Innenstadt Oltens erledigen würden. Es ist eine sinnvolle Kooperation und Involvierung einerseits des lokalen Gewerbes und andererseits der regionalen Produkteherstellenden zu priorisieren.

Wieso das Haus der Fotografie?

Es hat – im Vergleich zu einem Kunstmuseum – ein Alleinstellungsmerkmal im Bereich Kultur. Das bestehende Haus der Fotografie in Kombination mit dem IPFO hat Olten nicht nur in schweizweites, sondern gar internationales Rampenlicht gerückt. Nebst den weiteren entfernten, wenig konkurrenzfähigen Häusern in Lausanne und Winterthur, manifestiert es

daher ein Unikum. Die ‚Marke‘ ist bereits kreiert und durch eine Beteiligung der Stadt kann ein langfristiges Bestehen gestaltet werden, wodurch das Kulturangebot Olten stark gesteigert wird und der Wegfall des Kunstmuseums überproportional kompensiert werden dürfte. Eine Förderung durch Leistungsvereinbarung wäre denkbar.

Die beiden Projekte sollen mit einem Kostendach von maximal 10 Millionen ausgearbeitet werden. Lage, Gebäude, Gestaltung und Trägerschaften werden bewusst nicht vorgeschrieben und sollen dem Gestaltungsrahmen des Konzepts überlassen werden; dies gilt ebenfalls für die Möglichkeit einer Ausarbeitung eines gemeinsamen (z.B. das Haus der Fotografie direkt mit der Markthalle kombinieren?) oder getrennten Konzepts. Durch den Verbleib der Liegenschaft im städtischen Besitz wird die strategische Entwicklung im Sinne der Allgemeinheit sichergestellt. Eine Berücksichtigung in der Ortsplanung wäre im Falle der Annahme folgerichtig. Im Konzept zu berücksichtigen ist zudem das Archiv des Kunstmuseums – es sind kombinierte Ausstellungen mit der Markthalle, oder auch dem Haus der Fotografie, dem Haus der Museen und/oder niederschwellige Optionen wie Ausstellungen im Stadthaus, Leihgaben etc. zu prüfen, sofern das Archiv erhalten bleiben soll.

Im Falle einer Ablehnung der Dringlichkeit bedürfte es einer Verzögerung der Abstimmung des Kunstmuseumskredits oder dann der unabhängigen (zur Abstimmung des Kunstmuseumskredits) Erarbeitung des Konzepts.»

- - - -

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Zur Ausgangslage:

Das Vorgehen und der Zeitpunkt für diesen Vorstoss sorgen beim Stadtrat für einiges Unverständnis. Fakt Nummer eins ist: Die Stadt Olten hat ein im Vergleich zu ähnlichen Institutionen mit relativ geringen Kosten geführtes, bewährtes und breit anerkanntes Kunstmuseum mit eigener Ausrichtung, das sich nicht ohne weiteres auflösen lässt. Fakt Nummer zwei: Der Stadtrat verfolgt seit einigen Jahren die Erneuerung dieses Kunstmuseums – wie auch die bereits abgeschlossene Erneuerung der beiden anderen Museen – und wurde dabei Schritt für Schritt vom Parlament unterstützt. Den nun drei Monate vor dem Antrag zum Projektierungskredit eingereichten Vorschlag zur «Alternative» hätten die Initianten somit schon vor Jahren einbringen können. Auch das «Haus der Fotografie» im von der Einwohnergemeinde zu diesem Zweck temporär zur Verfügung gestellten ehemaligen Naturmuseum ist bereits seit einiger Zeit erfolgreich tätig, so dass sich auch hier kein Grund für eine «Notbremse» aus neuen Erkenntnissen heraus ergibt.

Zur langjährigen Vorgeschichte: Der Wille zur Weiterführung der drei städtischen Museen, deren Ausrichtung und der Bedarf an räumlichen Verbesserungen wurden dokumentiert im Bericht „Kultur in Olten“. Entsprechend wurden im Regierungsprogramm 2005-2009 die Bedarfsabklärung, die Standortklärung und ein Vorgehensplan für Ausbau und Sanierung der Museen als Zielsetzungen genannt. Die Bedarfsabklärung mit Raumbedarfsanalyse wurde anschliessend durchgeführt. Der Stadtrat entschied sich zudem für die Beibehaltung des Standortes Innenstadt. Im November 2008 wurde auf Grund der Vorarbeiten vom Parlament ein Investitionskredit in der Höhe von CHF 100'000 genehmigt, mit welchem Wettbewerbsgrundlagen erarbeitet werden sollten.

Im Zuge der politischen Diskussion stellte sich dabei heraus, dass vor der Fortsetzung der Arbeiten ein Grundsatzentscheid zur Zukunft der drei städtischen Museen erforderlich war, nachdem der Bericht „Kultur in Olten“ im Parlament zwar ausführlich diskutiert und gewürdigt, aber nur zur Kenntnis genommen worden war. Dies wurde im März 2009

nachgeholt: Mit 36:4 Stimmen befürwortete das Gemeindeparlament in einem Grundsatzentscheid die Weiterführung der drei städtischen Museen – Historisches Museum, Kunstmuseum und Naturmuseum – als eigenständige Institutionen.

Im Rahmen der Sparbemühungen zur Gesundung der städtischen Finanzen wurde in den Jahren 2013/14 die Grundsatzfrage nochmals gestellt, indem auch die Konsequenzen bei der Schliessung eines oder mehrerer Museen der Stadt Olten eingehend geprüft wurden. Dabei ergaben die Überprüfungen, dass die Museen einen wesentlichen Beitrag zur Standortattraktivität des Regionalzentrums Olten darstellen und Aufgaben wahrnehmen, welche zur Bewahrung des kulturellen Erbes erfüllt werden müssen. Festgestellt wurde zudem, dass auch beziehungsweise gerade bei einer Aufhebung – soweit eine solche überhaupt möglich ist – hohe Kosten anfallen würden (vgl. Prüfbericht Kunstmuseum vom 31. März 2014, S. 24ff.). Nach einem breiten Konsens an für die Diskussion der Sparvorschläge einberufenen runden Tischen wurde beschlossen, mit den bestehenden Museen als Institutionen weiterzufahren – dies aber mit zum damaligen Zeitpunkt aus finanziellen Gründen reduzierten Nettokosten und mit dem Ziel, Synergien zu suchen, wie sie in der Folge bereits im Haus der Museen umgesetzt wurden.

Mit der Eröffnung des Hauses der Museen im November 2019 konnte die erste Etappe der Erneuerung der städtischen Museen abgeschlossen werden. Im Februar 2020 wurde nahtlos mit der zweiten Etappe begonnen, indem die Firma jomini&zimmermann, Zürich, mit der Bauherrenbegleitung für die Erneuerung des Kunstmuseums Olten, beinhaltend Projektentwicklung und Wettbewerbsverfahren, beauftragt wurde.

Währenddessen waren die Liegenschaften an der Kirchgasse Gegenstand verschiedener politischer Vorstösse. So wurde das Parlament im Februar 2019 im Rahmen der Beantwortung einer Interpellation SP/JSP ausführlich über die Optionen für deren künftige Nutzung informiert. Ferner stimmte das Parlament im Januar 2020 über einen Vorschlag mit dem Titel «Kirchgasse für Alle statt für Wenige» ab, welcher postulierte, dass die Stadt Olten die Gebäude des ehemaligen Naturmuseums und des Kunstmuseums in ihrem Eigentum behalten und für öffentliche Angebote nutzen solle. Ein Verkauf oder eine Abgabe im Baurecht an Dritte zum privaten Gebrauch sollte ausgeschlossen werden. Das Parlament erklärte den Auftrag schliesslich mit 18:16 Stimmen bei 1 Enthaltung nicht erheblich. Ebenfalls im Januar 2020 kündigte der Stadtrat im Rahmen des 1. Disteli-Gesprächs mit den Fraktionen an, dem Parlament im Herbst 2020 eine Vorlage zum Standort Kunstmuseum zu unterbreiten.

Der entsprechende Antrag wurde dem Gemeindeparlament im September 2020 vorgelegt: Das Gemeindeparlament beschloss mit 37:0 Stimmen, dass das Kunstmuseum an der Kirchgasse bleiben, aber von der stark sanierungsbedürftigen Nummer 8 ins Nachbarhaus Kirchgasse 10, das ehemalige Naturmuseum, wechseln soll. Als Raumbedarf wurden 1600 m² Nutzfläche definiert. Das Parlament setzte für das Projekt neues Kunstmuseum zudem einen konkreten Kostenrahmen von 14 Mio. Franken. Anfang 2021 wurde in der Folge ein einstufiger Projektwettbewerb nach SIA 142 in einem selektiven Verfahren öffentlich ausgeschrieben. Im November 2021 konnte bekanntgegeben werden, dass die Planergemeinschaft Buchner Bründler Architekten AG, Basel/Proplaning AG, Basel, und Robin Winogrand Landschaftsarchitekten, Zürich, den Architekturwettbewerb «Kunstmuseum Olten und Wohn- und Geschäftshaus» mit dem Projekt «Vedo dove devo» gewonnen hat. Dem Siegerteam erteilte der Stadtrat in der Folge den Auftrag, sein Projekt unter anderem bezüglich Materialisierung, Abläufe und Ökonomie hinsichtlich dem vom Parlament gesetzten Preisrahmen zu überarbeiten. Als nächstes soll dem Gemeindeparlament im Juni 2022 ein Projektierungskredit für die Erneuerung des Kunstmuseums vorgelegt werden, nach der Projektierung dann voraussichtlich im Jahr 2023 der eigentliche Baukredit, der auch einem Volksentscheid unterliegen wird. Der Abschluss der zweiten Phase der Museenerneuerung (Kunstmuseum) wurde im Übrigen im vergangenen September auch ins Regierungsprogramm 2021-2025 des Stadtrates aufgenommen.

Parallel dazu hat der Stadtrat im vergangenen November beschlossen, das Gebäude Kirchgasse 8 nach dem Umzug des Kunstmuseums Olten ins Nachbargebäude aus dem Verwaltungsvermögen zu entlassen. Die Liegenschaft soll ins Finanzvermögen überführt und im Baurecht an eine Investorin abgegeben werden. Die Abgabe im Baurecht verhindert, dass die Stadt die Liegenschaft selber sanieren muss, wofür zusätzlich erhebliche Investitionen anfallen würden. Das Projekt Kirchgasse 8 soll so entwickelt werden, dass die bauliche Umsetzung parallel mit dem neuen Kunstmuseum Olten erfolgt. Die Vergabe des Baurechts soll, sofern dieser Prozess erfolgreich abgeschlossen werden kann, gemeinsam mit dem Planungskredit des Kunstmuseums Olten im Juni 2022 dem Gemeindeparlament zur Genehmigung vorgelegt werden. Die nun per Ausschreibung gesuchte definitive Nutzung der Kirchgasse 8 soll für eine Belebung der Kirchgasse und stimmige Imagebildung durch attraktive Publikumsnutzungen sorgen, abgestimmt mit dem bestehenden Nutzungsangebot. Die Interessenten können ihr Angebot bis 26. April 2022 einreichen.

Zusammengefasst hat der Stadtrat mit der Entwicklung der zweiten Phase der Kirchgasse einen konsequenten und transparenten Weg beschritten, in dem er von einer klaren Mehrheit des Parlaments denn auch immer wieder bestätigt wurde. Es mutet daher etwas seltsam an, wenn nun quasi «5 vor 12» eine völlig andere Richtung vorgeschlagen wird, die eine 120-jährige Geschichte einer städtischen Kulturinstitution existenziell in Frage stellt.

Zum Inhaltlichen:

Es ist immer wieder erstaunlich, wie unbelastet teilweise über die Qualität von Angeboten und Institutionen geurteilt wird und Vergleiche angestellt werden. Auch das Kunstmuseum Olten hat «Alleinstellungsmerkmale», die im Museumskonzept¹ definiert sind; alleine aus der Bezeichnung «Kunstmuseum», welche natürlich auch andere Institute – auch in der Nachbarschaft – tragen, darf man nicht schliessen, dass alle Ein und Dasselbe tun.

Fest steht: Das IPFO und das daraus entstandene Haus der Fotografie haben Erfolg, was auch vom Stadtrat anerkannt und mit einer Leistungsvereinbarung für das Festival (Fr. 15'000.- pro Festival) sowie mit dem unentgeltlichen Zurverfügungstellen des ehemaligen Naturmuseums (Mietzins- und Energiekostenerlass von Fr. 36'000.- pro Jahr) als Zwischennutzung honoriert wird. In mehreren Gesprächen haben die Verantwortlichen versichert, dass sie sich nicht in Konkurrenz mit dem Kunstmuseum, sondern durchaus als Ergänzung und Erweiterung des Angebots sehen. Das Haus der Fotografie hat denn auch eine andere Ausrichtung und Aufgabe als ein Kunstmuseum: Das Haus der Fotografie präsentiert vergleichbar mit einer Kunsthalle Ausstellungen, die von Dritten oder eigenem Personal kuratiert wurden bzw. werden; eine Sammlung – wie sie übrigens bereits das Historische Museum im Bereich Fotografie mit lokalem und kantonalem Bezug schon besitzt – wäre daher noch zu erarbeiten, sollte es auch den Museumsstatus gemäss Definition des ICOM² abstreben wollen. Das seit vielen Jahren bewährte Kunstmuseum hat neben der

¹ Zitat aus dem Museumskonzept vom August 2020: «Das Kunstmuseum Olten ist eines der kleinsten unter den grossen, professionell geführten Kunstmuseen der Schweiz, verfügt über eine Sammlung mit Schweizer Kunst von überregionaler Bedeutung und richtet ein national und international beachtetes Ausstellungsprogramm aus. Als städtische Institution wirkt es mit seinem starken Engagement im Bereich Bildung und Vermittlung und seiner regelmässigen Publikations- und Forschungstätigkeit als wichtiger Speicher des Bildgedächtnisses der Region und prägt gemeinsam mit den beiden Kunstmuseen Solothurn und Grenchen die kulturelle Identität des Kantons und der Region entscheidend mit. Das Kunstmuseum Olten ist in diesem Sinne ein lebendiger Ort für die Auseinandersetzung mit historischer und zeitgenössischer Kunst, ein regionaler Treffpunkt für Kunst- und Kulturinteressierte sowie eine wichtige Plattform für die Präsentation des regionalen Kunstschaffens und seiner Verortung im übergeordneten Kunstbetrieb.»

² Ein Museum ist per definitionem eine gemeinnützige, auf Dauer angelegte, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, die zu Studien-, Bildungs- und Unterhaltungszwecken materielle und immaterielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt (ICOM, Internationaler Museumsrat, 2004).

Erarbeitung eines attraktiven Programms von selber kuratierten Ausstellungen wie die beiden anderen städtischen Museen zusätzliche Aufgaben wahrzunehmen, welche zur Bewahrung des kulturellen Erbes in Stadt, Region und Kanton erfüllt werden müssen. Gerade auch im Kanton Solothurn, der mit Ausnahme des Museums Altes Zeughaus in Solothurn und des Archäologischen Museums im Haus der Museen keine eigenen Museen besitzt. So hat das KMO beispielsweise soeben den Nachlass des bekannten und geschätzten Oltner Künstlers Hans Kuchler (kü) übernehmen können, den es seit einiger Zeit bereits aufarbeitet. Er ergänzt die umfangreiche Sammlung, die mit entsprechendem Aufwand aufgearbeitet werden muss, damit sie in bearbeiteter und vollständig erfasster Form für die Forschung und auch die Präsentation vor Publikum von Nutzen ist. Seriöserweise muss daher von unterschiedlichen, sich ergänzenden Angeboten anstelle von «Alternativen» gesprochen werden. Von einem Auspielen der einen Institution gegen die andere dürften wohl beide nicht profitieren. Will man das IPFO und das Haus der Fotografie, aber auch andere Kulturformen auf dem Platz Olten zusätzlich fördern, sollte man statt Streichungen und Kürzungen bewährter Angebote vielmehr bereit sein, die für die Kultur zur Verfügung gestellten Mittel zu erhöhen

Zum Thema Markthalle nur so viel: Zum Haus Kirchgasse 8 wird derzeit ein Investorenwettbewerb durchgeführt. Im Rahmen dieses Wettbewerbs steht es allen frei, ein Projekt für eine Markthalle einzureichen; es würde sich dann zeigen, ob ein solches von den Dimensionen, vom möglichen Angebot und von der Abnehmerseite her als lebensfähig beurteilt wird. Generell muss festgestellt werden, dass die von den Initianten des Vorstosses aufgezählten Nutzungsmöglichkeiten die bestehenden Gebäulichkeiten in ihren heutigen Dimensionen sehr optimistisch einschätzen.

Bei einer Ablehnung des vom Stadtrat mit bisheriger Unterstützung des Parlaments eingeschlagenen Wegs steht man vor einem Scherbenhaufen: Das Kunstmuseum kann dann nicht verlagert werden, sondern bleibt im Haus Kirchgasse 8, das somit nicht für eine neue Nutzung zur Verfügung steht. Die Stadt sieht sich weiterhin mit zwei stark sanierungsbedürftigen Liegenschaften konfrontiert. Auch für die Sanierung des Kunstmuseums vor Ort sind erhebliche Investitionen erforderlich, unter anderem in das erwähnte «Archiv» das dringend sanierungs- und erweiterungsbedürftig ist, ohne dass ein wesentlicher Zusatznutzen in Form von attraktiven Publikumsräumen für Ausstellungen, Vermittlung beispielsweise für Familien und Schulklassen, Veranstaltungen usw. entsteht. Und auch das ehemalige Naturmuseum müsste nach der aktuellen Zwischennutzung für eine definitive Nutzung – sei es ein Haus der Fotografie oder auch ein anderes Angebot – kostenintensiv saniert werden. Dazu zum jetzigen Zeitpunkt eine Kostenvorgabe von 10 Mio. Franken zu Sanierung und Ausbau beider Liegenschaften zu machen, erscheint dem Stadtrat unrealistisch. Die Kosten für den Betrieb im städtischen Besitz, wie es der Auftrag vorschreibt, kämen auch hier hinzu.

Bevor über eine Vorlage im geforderten Sinne entschieden werden könnte, müsste im Übrigen zuerst das weitere Schicksal des Kunstmuseums definiert werden. Dafür wäre eine grundlegende Abklärung nötig, wie der von den Initianten des Auftrags angestrebte «Wegfall des Kunstmuseums» überhaupt umgesetzt werden könnte. Dazu gehören eingehende Untersuchungen darüber, wie mit den Beständen des Kunstmuseums, welche zu einem grossen Teil auch aus Leihgaben Dritter bestehen, umgegangen werden soll. Vor Abschluss dieser Abklärungen und Definition des weiteren Vorgehens könnte somit über eine «Alternative» gar nicht entschieden werden, da die Kostenfolge im vollen Umfang – inklusive Aufhebung – gar nicht bekannt wäre. Zusätzlich zur «Alternative» müsste somit auch die «Stilllegung» des Kunstmuseums in aufwändiger Arbeit erarbeitet werden, was für eine jahrelange Verzögerung des Projekts sorgen würde, von der die betroffenen Institutionen, das Gewerbe, die Kirchgasse als Ganzes, die Bevölkerung und die Besucherinnen und Besucher, aber auch das Image der Stadt als – bei einem Abbruch des laufenden Investorenwettbewerbs – verlässliche Partnerin von möglichen Investoren und als Kulturstadt negativ betroffen würden. Dem steht das Projekt «Neue Kirchgasse 2.0» des Stadtrates gegenüber, bei dem er mit der «Aktivierung» der beiden Liegenschaften nach der

Umgestaltung von 2013 einen weiteren wesentlichen Beitrag der Einwohnergemeinde an die Attraktivierung der Innenstadt leisten will.

Der Stadtrat ist gewillt, den bisher mit dem Gemeindeparlament konsequent über lange Jahre hinweg verfolgten Weg weiterhin zu beschreiten, und empfiehlt daher dem Parlament, den Auftrag nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Philippe Ruf: Dieser Vorstoss hat im Vorfeld bereits für einige Aufmerksamkeit gesorgt. Das ist klar. Es ist auch ein wichtiges Thema. Ein paar Sachen: In der Zeitung habe ich beispielsweise gesehen, dass die ganz klare Fehlinterpretation drinsteht, dass dies gegen das Kunstmuseum sei. Dieser Vorstoss ist nicht gegen das Kunstmuseum, sondern er will, dass man einmal eine Alternative anschaut und die Bevölkerung ein Kunstmuseum dann absolut annehmen darf und es auch bekommt, wenn sie bereit ist, ein Kunstmuseum zu finanzieren und dies auch möchte. Ich denke, es sicher einmal wichtig, dies festzuhalten und deshalb auch die Frage zu stellen, wo genau die Gegnerschaft herkommt, wenn wir einmal fragen, okay, wir sollen ein solches Riesenprojekt finanzieren. Dürfen wir andere Optionen anschauen? Das ist es, was dieser Vorstoss will. Er möchte gerne eine Alternative prüfen und schauen, ob es etwas anderes als das Kunstmuseum gibt, wo wir so viel Geld in die Hand nehmen, einerseits für eine einmalige Investition, andererseits natürlich nachher mit sehr hohen laufenden Kosten. In den letzten Tagen ist ja gerade eine sehr aggressive Stimmung aufgekommen, aber das wussten wir. Ich bitte alle, friedlich miteinander umzugehen, dies zu diskutieren und die Vorstösse auch so zu interpretieren, wie sie stehen und nicht irgendetwas dazu zu interpretieren. Da ist auch nicht ein Anti-Kunst-Grüppchen oder jemand, der sich nicht mehr an der Kultur beteiligen möchte, dahinter, sondern wir, die motiviert sind, etwas anzuschauen, wo wir gerne eine Alternative geprüft haben möchten. Wer sind diese Leute, das muss man manchmal etwas verstehen, wir werden später bei den Interpellationen zum Kunstmuseum noch dazu kommen, die in Olten sehr mächtig sind und auch extrem viel Lärm verursachen können? Die Leute, die natürlich auch die Zügel in der Hand halten, das fängt bei Markus Dietler, Thomas Marbet an, nur, damit Ihr mich richtig versteht, ich kritisiere diese Leute nicht für ihr Tun, aber die gerne ein Kunstmuseum möchten. Das sehen wir jetzt heute beispielsweise. Auch Thomas, der gleich zu Remo gegangen ist und dort auch noch einen unterstützenden Brief eingefordert hat. Man merkt, dass man probiert zu verhindern, dass man Fragen stellen und darüber reden darf. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir dies nicht mit uns machen lassen und sagen, wir möchten darüber reden. Wir möchten gerne Alternativen anschauen. Ich glaube, das ist unser gutes Recht und auch die Aufgabe als Politiker, dass wir dies effektiv machen. Genau gleich hat man damals auch das «Kultur-in-Olten-Grüppchen» gemacht. Dieser Bericht ist durchgeführt worden. Dort hat man die kultur und kunstmuseumsnahen Leute, die diese Frage beantwortet hatten und was ausgewertet wurde, auch herausgepickt. Das war nicht die Bevölkerung. Es waren alles Leute, die schon in diesem Umfeld waren oder beispielsweise Pro Kultur Olten, wo es ganz spezifisch um das Kunstmuseum herum Interessierte hat. Dann gibt es noch einen Sponsor, der gross unterstützt. Das ist natürlich ganz lässig, und man soll dies überhaupt nicht diskreditieren. Aber dann hat es sich bald einmal. Diese Leute hätten megagerne ein solches Kunstmuseum, und es ist ja auch ihr gutes Recht, dass sie dies wollen. Wie gesagt, es gibt Leute, die sich extrem dafür einsetzen. Noch einmal: Es ist ihr gutes Recht, und es liegt mir fern, diese Leute dafür zu kritisieren. Aber man muss sicher auch wahrnehmen, dass wir schnell dafür angefeindet werden, dass wir unser gutes Recht wahrnehmen und sagen, wir möchten gerne einmal etwas Anderes anschauen. Wenn alle so viel Geld für etwas ausgeben sollen, ist dies auch wirklich das, was alle möchten? Man probiert eigentlich seit langer, langer Zeit, diese Frage zu umgehen. Deshalb hat man auch immer nur über den Standort oder über ein Gebäude gesprochen. Aber man hat die Bevölkerung nie wirklich gefragt: Hättet Ihr gerne ein Kunstmuseum und seid Ihr bereit, dafür auch so und so viel zu zahlen? Der Auftrag will nicht ein Kunstmuseum versenken, das sage ich noch einmal, sondern, und das liest man genau im Auftragstext, dort steht es nämlich, man möchte gerne einmal eine Alternative anschauen. Was kann man anders machen, um

einerseits etwas für die Kultur zu machen? Beispielsweise durch eine Finanzierung und Unterstützung durch das mittlerweile international renommierte Haus der Fotografie, das ganz Tolles macht, und andererseits können wir auch einen kulturellen Punkt mit einer Erfüllung für alle Menschen schalten. Alle müssen einkaufen, alle müssen Lebensmittel haben, alle wollen sich in der Stadt treffen. So etwas würde eine Markthalle absolut bieten, und sie würde sicher auch eine Belebung der Innenstadt bieten, weil die Belebung der Innenstadt, und da können wir ja jetzt zurückblicken, hat das Kunstmuseum nicht hingebacht. So etwas wäre natürlich durch eine Markthalle durchaus möglich. Die Leute könnten sich treffen. Man könnte dort sehr viel Kultur hineinbringen. Man könnte dort sehr viele Veranstaltungen durchführen. Man könnte ganz lässige Sachen machen und die Innenstadt definitiv extrem beleben. Dort muss man sicher beachten, dass es ein Vorstoss ist, der ein Kostendach vorgibt, das uns auch finanziell mehr Möglichkeiten gibt. Wir wissen alle, wie Olten finanziell dasteht. Ein Kunstmuseum zwischen 14 Millionen im Minimum plus die enormen laufenden Kosten würde eigentlich nicht nur unsere Investitionen sprengen, dass wir sehen, es liegt finanziell gar nicht drin. Aber viel schlimmer ist, dass natürlich ein solches Kunstmuseum, jetzt noch mit dem Haus der Museen, nachher jährlich Millionen verschlingt. Genau aus diesem Kulturtopf bekommen nachher die Anderen noch viel weniger. Mir liegt eigentlich die Vielfalt der Kultur in Olten enorm am Herzen, und ich gehe bei verschiedenen Sachen konsumieren, sei es in einem Buchverein oder an einem Konzert, in der Schützi etc. Aber wenn natürlich ein Kunstmuseum oder ein Haus der Museen Millionen verschlingt, bleibt immer, immer je weniger bei den Kleinen, und die Vielfältigkeit wird eigentlich kannibalisiert. Ich glaube, wir müssen festhalten, dass dies nicht eine Abstimmung über das Kunstmuseum ist, sondern wir wollen die Erlaubnis, dass wir auch eine Alternative prüfen lassen dürfen und dem Stadtrat die Möglichkeit geben, schaut einmal so etwas an. Ich glaube, es ist überhaupt nicht verboten, einmal etwas Anderes anzuschauen. Es hat durchaus Vorteile, was wir hier vorschlagen. Ich glaube, es muss auch niemand Angst haben. Wenn eine Bevölkerung und eine Mehrheit das Kunstmuseum wollen, wird das Kunstmuseum kommen und auch finanziert. Was wir gerne möchten, ist, dürfen wir auch noch eine Alternative anschauen? Ich glaube, da müssen wir auch keine Angst vor Einzelnen, die uns «ageitsche», haben, weil ich denke, dass es durchaus legitim ist, dass wir einmal schauen dürfen, ob wir eine andere Option auch anschauen können und es Alternativen für die Belebung unserer Innenstadt gibt. Ich fände es ganz lässig, wenn wir hier eine Mehrheit finden würden, das Konzept einmal machen lassen und dann wieder darüber entscheiden können, ob wir lieber so etwas oder das Kunstmuseum möchten und dann auch darüber entscheiden können. Aber dass wir jetzt einmal einen spannenden Auftrag prüfen können, wollen wir etwas Interessantes, wollen wir etwas Kreatives für unsere Innenstadt tun? Merci vielmals.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Die Antwort und Erläuterungen des Stadtrates habt Ihr per Mail erhalten. Sie sind übrigens jetzt im Netz aufgeschaltet, und ich möchte auch nicht alles wiederholen, was dort steht, möchte aber doch ein paar Überlegungen reflektieren und rekapitulieren. Es konnte vielleicht in diesen zwei Stunden auch nicht jeder oder jede bis zum Schluss lesen. Vielleicht noch einmal ein Blick zurück: Im November 2019 haben wir die erste Etappe für die Erneuerung der städtischen Museen mit der Eröffnung des Hauses der Museen an der Konradstrasse abgeschlossen. Drei Museen, davon zwei städtische, unter einem gemeinsamen Dach. Jetzt sind wir mitten in der zweiten Etappe zur Erneuerung des Kunstmuseums. Dafür hat das Parlament im September 2020 den Standort im Westend, wie ich dem jeweils sage, der Häuserzeile an der Kirchgasse und das Raumprogramm festgelegt, etwas ähnlich, wie wir es bei der Schulanlage Kleinholz gemacht haben. Im letzten Jahr haben wir den Architekturwettbewerb durchgeführt, und aktuell bis am 26. April läuft noch die Submission für den Investorenwettbewerb für die Kirchgasse 8 am Standort des heutigen Kunstmuseums, das nachher ins Eckhaus ziehen soll. In drei Monaten, am 23. Juni dieses Jahres, kann das Parlament über die Vergabe eines Baurechts und den Planungskredit für die Sanierung dieser Eckliegenschaft mit Annex entscheiden, natürlich jeweils mit fakultativer Referendumsmöglichkeit. Im nächsten Jahr ist dann die Volksabstimmung vorgesehen, wenn der Prozess für den Baukredit, die Realisierung des neuen Kunstmuseums, im Juni überhaupt weitergeht. Dieser Prozess ist korrekt aufgegleist und respektiert auch die Kompetenzen der jeweiligen Gemeindebehörden, Stadtrat,

Parlament, Bevölkerung. Es gibt deshalb aus unserer Sicht auch keinen Grund und keinen Anlass, von diesem guten Verfahren abzuweichen und jetzt noch express neue Varianten zu prüfen. Macht man dies trotzdem, ja, man gefährdet natürlich schon einen Teil der Planungskosten. Es sind jetzt immerhin Fr. 400'000.— aufgelaufen. Der Kredit war Fr. 500'000.—. Man verliert auch wertvolle Zeit. Das Haus der Fotografie wird heute pro Jahr mit rund Fr. 36'000.— unterstützt. Das ist eigentlich der monetäre Gegenwert der heutigen Raumnutzung als Zwischennutzung durch den Verein. Alle zwei Jahre kommen dann Fr. 15'000.— für das Festival dazu. Das letzte war ja wiederum auch sehr schön. Diese Mittel kann man natürlich mit freiwilligen Beiträgen aufstocken. Die letzte Gelegenheit wäre eigentlich mit dem Budget vor einer Stunde gewesen. Das Haus der Fotografie ist deshalb für uns eine willkommene und tolle Ergänzung zum bestehenden kulturellen Angebot in der Stadt. Es steht aber nicht in Konkurrenz dazu. Es ist auch kein Museum. Es ist ein Haus der Fotografie. Der Stadtrat nimmt selbstverständlich auch die Idee entgegen, in Olten eine Markthalle zu prüfen. Hingegen finden wir es schwierig, wenn man jetzt Museumserneuerung mit der Unterstützung eines Hauses der Fotografie, einer Subvention, verknüpft und dann gleichzeitig auch noch einmal mit einer Markthalle verknüpft. Das ist fast ein wenig sachfremd. Einen Planungsprozess mit einer Subvention, die man jährlich festlegt, der Planungsprozess geht über mehrere Jahre, verknüpfen und mit der Idee eines Vorhabens, das die Zukunft betrifft. Solche Verknüpfungen sind schwierig und haben im Fall des Schulhauses auch dazu geführt, dass wir lange nicht vorwärtsgekommen sind, und wir hatten lange Museenplanung mit der Schulraumplanung verknüpft. Erst als man diesen Knoten gelöst hat, ist es dann auch rassig vorwärtsgegangen. Das Kunstmuseum löst sich wegen der möglichen Markthalle auch nicht auf. Das ist klar. Der Platz für das Haus 8 wäre dann für diese Halle auch relativ bescheiden. Kommt das Projekt nicht zustande, und darüber entscheidet das Parlament und fakultativ dann auch die Bevölkerung, dann bleibt das Kunstmuseum nämlich an dem Ort, an dem es heute ist, und es müsste im Altbestand saniert werden. Allerdings würden bei diesem Projekt sicher weniger die Mittel von Sponsoren und Gönnern eingezogen werden können und auch vom Kanton. Es gäbe sicher auch nicht ein angemessenes Depot, etwas, das heute fehlt. Aber man würde vor allem eine Gelegenheit verpassen, die Kirchgasse nach dem Umbau mit einem zweiten Projekt zu attraktivieren und zwar in einer Bauphase, so dass es das Gewerbe und die Restaurants nicht vier Jahre stört, sondern nur während einer Phase, und ein Teil wäre auch noch privat finanziert und würde auch die Finanzen der Stadt schonen. Statt beide Liegenschaften zu sanieren, und sie sind sanierungsbedürftig, werden auch die doppelten Mittel nötig oder es braucht dann halt auch mehr Schulden. Deshalb unser Appell und wirklich auch unsere Aufforderung des Stadtrates: Tragen wir Sorge zu einer Institution, die eine 120-jährige Geschichte hat, die für die Stadt, die Region und den Kanton das künstlerische Schaffen unterstützt, auch unser kulturelles Gedächtnis bewahrt und den Namen in die Welt hinaus trägt. Es ist jetzt vielleicht auch Zufall. Aber heute ist in Houston/Texas eine Ausstellung von Meret Oppenheim mit zwei repräsentativen Werken des Kunstmuseums Olten eröffnet worden. Das ist doch auch schön und zeigt, dass wir, natürlich im Austausch mit anderen Museen, solche Werke bekommen können. Das Schreiben, das Herr Landammann gemacht hat, ist schon lange unterwegs. Wir haben uns schon im letzten Jahr ausgetauscht. Weil es noch nicht gekommen ist, habe ich an der letzten Kantonsratssession am Dienstag die Gelegenheit benutzt, ihn noch einmal darauf hinzuweisen. Ich möchte auch unterstreichen, dass unsere Museumsleiterinnen und –leiter Macherinnen und Macher sind. Sie zeigen eigentlich in den sanierungsbedürftigen Gebäuden wirklich Kreativität und Geschick und sorgen für spannende Ausstellungen und ziehen damit sehr viel an. Es liegen heute bereits Zusagen vor, noch mündlich, für Beihilfen, Beiträge für den Neubau des Kunstmuseums. Deshalb möchte ich Euch bitten, diesen Vorstoss nicht erheblich zu erklären. Das Projekt ist sauber und transparent. Es ist konsequent aufgegleist, und es wird in Kürze auch ein Bericht und Antrag, ein Baurechtsvertrag und ein Vorschlag für einen Planungskredit vorliegen. Vertrauen wir doch Euch, vertrauen wir doch dem Parlament und letztlich ja auch der Bevölkerung, die immer das letzte Wort hat, sei es beim fakultativen oder obligatorischen Referendum. Verärgern wir bitte nicht Investoren, Sponsoren mit Aussagen und mit einem Umgang mit einer Institution, die sich doch bewiesen hat und in der Schweiz auch ein grösseres Renommee hat. Es ist nicht das grösste Museum in der Schweiz. Aber

es ist für seine Grösse sehr bedeutend und auch gut gemacht. Ich bitte Euch, auch an das Image und die Aussenwirkung eines solchen Vorstosses zu denken. Merci vielmals.

Daniel Kissling: Es wird niemanden überraschen, dass ich bei Olten jetzt! für dieses Geschäft rede, auch als Vorstandsmitglied der bereits von Philippe angesprochenen Pro Kultur Olten, der nicht nur Museumsfreunde angehören. Ich möchte mir dies verbitten. Pro Kultur Olten steht für die ganze Kulturszene von Olten. Ich selber bin ja auch kein Museumsmensch, sondern komme von der anderen Seite dieser Kultur, die Philippe auch erwähnt hat, die für die diverse Kulturszene steht. Ich freue mich schon darauf, wenn die SVP, Philippe oder alle Unterzeichnenden in Zukunft auch die diverse Kultur wird unterstützen wollen, wie sie dies in den letzten Jahren nie gemacht hat, wenn ein solcher Vorstoss ins Parlament gekommen ist, wenn man das Coq d'Or nicht unterstützt hat oder den Vorstoss von Dieter Ulrich, dass man Konzertveranstalter unterstützen soll. Dann ist immer nein gekommen. Ich hoffe, dass es jetzt ein Paradigmenwechsel ist, ein Wort, das viel verwendet wird. Genauso hoffe ich, dass jetzt das Interesse daran entstanden ist, dass man Gebäude in städtischem Besitz selber entwickelt. Das ist eigentlich, was mehr oder weniger in diesem Vorstoss steht, dass die Stadt Olten diesen Investorenwettbewerb abbrechen und selber schauen soll, was in der Kirchgasse 8 passiert. Das ist spannend, weil gerade vorhin noch von Urs Knapp, der auch Mitunterzeichner ist, gesagt wurde, dass die Stadt alle Gebäude verkaufen soll. Scheinbar muss man dies jetzt wieder etwas divers anschauen. Das freut mich auch. Abgesehen davon möchte ich jetzt nicht eine grosse Lobrede auf das Kunstmuseum halten. Dazu kommen wir vielleicht bei den Interpellationen von Philippe noch dazu. Ich möchte nur kurz etwas vorlesen, weil im Vorstoss steht, dass das Kunstmuseum eigentlich nichts zu bieten hat und im Vergleich zu anderen Institutionen, die Kunstmuseum genannt werden, nicht relevant ist. Ich möchte nur kurz vorlesen, was gerade letzte Woche passiert ist. Das steht auf der Homepage des Kunstmuseums. Es stand auch im Newsletter, den Ihr vielleicht alle erhaltet, lest oder auch nicht lest. Es ist halt auch ein Teil davon, dass man sich ein wenig dafür interessiert, was überhaupt passiert, wenn man es kritisieren will. Aber ich möchte es kurz sagen. Ich lese nur ganz kurz vor: «Am 16. März 2022 wurde bekanntgegeben, dass der Architekt Francis Kéré den Pritzker-Preis 2022 erhält. Wir freuen uns riesig und gratulieren herzlich. Letztes Jahr war Kéré mehrere Male in Olten zu Gast, wo er die sympathische Atmosphäre und das interessierte Publikum sehr geschätzt hat. Der Pritzker-Preis gilt als renommierteste Auszeichnung der Architekturbranche und ist mit 100'000 Dollars dotiert». Man nennt ihn auch den Nobelpreis der Architektur. «Letzten Sommer hat Francis Kéré gemeinsam mit seinem Freund, dem Architektur-Fotografen Iwan Baan, im Kunstmuseum Olten eine Ausstellung ausgerichtet, die von einer druckfrischen Publikation begleitet wurde. Die Ausstellung ist inzwischen auf Reisen gegangen und weilt seit letztem Freitag in der renommierten Architecture Association in London an der Tottenham Court Road. Weitere Stationen sind in Planung». Das ist eine Ausstellung, die im Kunstmuseum entwickelt wurde und momentan in London gezeigt wird. «Auch die im Verlag Lars Müller Publishers erschienene und von Haller Brun gestaltete Publikation Momentum of Light, die an einer Buchvernissage im Rahmen der Ausstellungseröffnung in Olten gefeiert wurde, hat soeben eine Auszeichnung erfahren. Als Best Dutch Book Designs 2021 wird das wundervolle Buch im Herbst im Stedelijk Museum in Amsterdam präsentiert». Das ist nur ein Beispiel aus der jüngsten Geschichte des Kunstmuseums. Das kann einem jetzt zu wenig poppig sein, das kann einem zu wenig «Bryan-Adams-ig» sein. Aber es passiert, und das Kunstmuseum Olten wird international wahrgenommen. Es geht ja nicht darum, das Kunstmuseum abzuschaffen, wie Philippe gesagt hat, sondern es geht ja in erster Linie darum, eine Alternative zu finden. Ich möchte auf den Vorstoss eingehen. Ich würde behaupten, er ist denkbar misslungen. Persönlich sehe ich oder auch wir von Olten jetzt! sehen nicht, weshalb man diese drei Sachen, die komplett unterschiedlich sind, miteinander verbinden sollte. Das Eine ist ein Bauprojekt, das mehrere Stationen durchlaufen hat und in diesem Parlament schon mehrmals klar abgesehnet wurde, das letzte Mal in diesem Parlament mit 37 Ja-Stimmen angenommen wurde, nämlich der Raumplan. Man hat ein Kostendach gemacht, weil man gesagt hat, es soll nicht viel teurer sein. Da kann man dafür oder dagegen sein. Aber es ist eigentlich auch eine Zusage an dieses Projekt, und es wird ja im Herbst auch noch einmal darüber abgestimmt werden. Einfach ja oder nein und nicht noch mit Alternativen. Was sind die Alternativen? Sie sollen günstiger sein. Das schreibt man

dort auch. Es geht in erster Linie auch darum, dass man Kulturgeld einspart und nicht einfach eine Alternative findet. Gleichzeitig sind sie aber teurer, weil die zwei Alternativen je ein Kostendach von 10 Millionen haben. Das heisst, sie haben zusammen ein Kostendach von 20 Millionen. Vorher hat man immer gesagt, beim Kunstmuseum ist alles viel zu teuer. Jetzt gibt man aber als Alternative zu diesem Projekt 20 Millionen aus. Ich weiss auch nicht, wie man dies finanzieren will, wenn man nicht unbedingt eine Steuererhöhung möchte. Das ist etwas, was mir nicht ganz einleuchtet. Dazu ist heute schon mehrmals das Wort Schnellschüsse gefallen und zwar negativ. Es ist zum Beispiel auch in der Budgetdebatte gefallen. Ich weiss nicht, was man noch mehr als Schnellschuss definieren könnte als dieser Vorstoss. In der Budgetdebatte war auch die ganze Zeit von Planungssicherheit die Rede, dass man Investoren nicht verärgern oder verunsichern darf. Jetzt hat die Stadt den Investorenwettbewerb gemacht. Er läuft gerade. Jetzt sagt man wieder: Eure Überlegungen sind egal. Wir hatten jetzt eine neue gute Idee. Damit muss man leben. Das kann in einer Stadt passieren, also Planungssicherheit. Dann verstehe ich auch nicht wirklich, wenn man sagt, Schnellschüsse will man machen. Aber dann sagt man, wir machen eine Markthalle. Man hat diese Markthalle noch nie geprüft. Man möchte sie in ein Gebäude stellen, das in einem EG rund 450 Quadratmeter Fläche hat und träumt von Orten wie die Markthalle Basel zum Beispiel oder anderen Räumen, die eine zehnmal grössere Fläche haben. Dann sagt man, die Markthalle ist ein Erfolgsrezept, vergisst aber, dass zum Beispiel eine Markthalle, eine der ersten in der Schweiz, die es in Bern gab, jahrelang vor sich hin geserbelt ist, dann nur noch ein Food Cork und am Schluss ein Mediamarkt war. Es ist also nicht so, dass es einfach ein Erfolgsrezept ist, das von alleine läuft. Dann spricht man von hohen Kosten. Dass man eine Markthalle pflegen und bewirtschaften muss, liegt auch drin. Das ist aber auch bei einem Haus der Fotografie so. Das alles geht für uns nicht ganz auf. Was für uns aber aufgeht, und da möchte ich Philippe danken, sind die zwei Themen allein. Wir finden, dies sind prüfenswerte Themen. Deshalb haben wir jetzt den Vorstoss auch eingereicht, dass man prüfen soll, wie man das IPFO besser unterstützen würde, wie das Haus der Fotografie auch bei der Annahme des Kunstmuseum-Neubaus fortgeführt werden kann. Deshalb bin ich auch im Austausch mit diesen Leuten zu diesem Thema. Wir finden aber, dass es eigentlich der Sache nicht gerecht wird, wenn dies nur als Alternative angeschaut wird und nicht einzeln. Ich finde, man muss auch, wenn es ein Kunstmuseum gibt, sagen, dass man ein Haus der Fotografie möchte und nicht nur, wenn es dafür das andere nicht gibt. Das heisst eigentlich, dass es scheinbar nicht wert ist, allein angeschaut zu werden. Das finde ich falsch und schade. Man sollte diese Sachen von uns aus gesehen allein betrachten genauso wie eine Markthalle, die man nicht einfach schnell einmal hineindrücken kann, sondern zuerst überlegen und dafür sein muss, dass zuerst der Prüfauftrag an den Stadtrat gemacht und quasi herausgefunden wird, wo dies Sinn macht, in welchen Dimensionen dies Sinn macht und wie viel diese Sache auch kostet. Ich kann mich auch erinnern, dass man in diesem Parlament oft geklagt, dass Vorstösse gekommen sind, von denen man nicht genau weiss, wie viel es kostet. Jetzt rede ich schon lange. Ich glaube, ich hätte zu diesem Thema noch viel mehr zu sagen. Ich möchte einfach noch einmal sagen, was dieser Vorstoss nicht will. Er will nicht die diverse Kultur unterstützen. Das macht er nicht. Er will auch nicht eine günstigere Alternative zum Kunstmuseum machen. Er will scheinbar 20 Millionen ausgeben. Er will nicht den freien Markt spielen lassen, wie es so schön heisst, sondern er will, dass noch mehr Gebäude der Stadt entwickelt werden. Wenn ich bürgerlich wäre, würde es mir schwerfallen, diesem Vorstoss zuzustimmen. Dieser Vorstoss will, und das steht ganz klar drin, ist, eine kostengünstigere Lösung zu finden, weniger Kulturgelder auszugeben. Das ist scheinbar das Ziel. Das ist am Schluss auch das Ziel im Hinblick darauf, dass man das Kunstmuseum abschliessen will. Sonst würde man nicht einfach die Alternative machen. Sonst würde man die Alternative selber einzeln entwickeln und nachher schauen, was passiert. Man möchte eine Gegenüberstellung von zwei Sachen, die nicht das Gleiche sind, haben. Das hat Thomas schon ausgeführt. Das Haus der Fotografie ist nicht das Gleiche wie das Kunstmuseum. Man kann dagegen sein, das Eine besser als das Andere finden. Aber das Gleiche ist es nicht. Es gibt im Moment kein Konzept für ein Haus der Fotografie für 10 Millionen. Sie wüssten gar nicht, was mit dem Geld tun. Sie würden schon etwas finden. Das glaube ich schon. Sie machen ja auch gute Sachen. Aber das ist momentan nicht so geplant. Man müsste dies neu entwickeln. Was würde passieren, wenn man diesen Vorstoss annehmen würde? Es gäbe

wahrscheinlich, das wäre jetzt meine Behauptung, man kann mich korrigieren, im Juni keine Abstimmung über dieses Projekt, wenn man nicht einen Schnellschuss möchte. Es gäbe vermutlich auch keine Volksabstimmung im Herbst. Was passieren würde, wäre, dass man alles über den Haufen werfen müsste, dass man Investorinnen und Investoren für das Museum, aber auch für den Investorenwettbewerb verärgern und in Olten einfach wieder einmal nichts passieren würde. Olten jetzt! freut sich darauf, zusammen mit allen hier, das Haus der Fotografie mehr zu unterstützen, die freie Kulturszene mehr zu unterstützen und an einer Idee für eine Markthalle in Olten weiterzuarbeiten. Alles andere werden wir dann später machen. Wir lehnen diesen Vorstoss geschlossen ab.

Nico Zila, FDP-Fraktion: Es wird wahnsinnig viel in diesen Vorstoss hineininterpretiert, in den letzten Tagen in der Stadt, in den Medien und jetzt heute Abend auch hier. Ich denke, ein Parteikollege meines Vorredners hat zum letzten Vorstoss richtigerweise angemerkt, dass man die Diskussion ein wenig in zeitlichen Grenzen halten soll, weil wir ohnehin dazu nichts Abschliessendes zu sagen haben. Ich glaube, diese Aussage trifft an sich auch auf diesen dringlichen Auftrag zu. Ich möchte deshalb aus Sicht der FDP mit zwei Missverständnissen aufräumen, die in den letzten Tagen zu diesem Auftrag aufgekommen sind. Auf der einen Seite ist der Vorwurf eines Schnellschusses im Raum, und er ist auch heute Abend schon wieder geäussert worden. Auf der anderen Seite der Vorhalt an diejenigen Leute, die diesen Auftrag unterschrieben haben, sie wollten mit dem Kunstmuseum Olten nichts zu tun haben, ja wollten es sogar schliessen. Das ist nachweislich falsch. Ich bin hier ganz nahe bei unserem Landammann, wenn er schreibt, dass es eine wichtige Aufgabe sei, «eine periodische Aktualisierung der baulichen Rahmenbedingungen für das Museum» zu diskutieren. Da sind wir ja gerade daran. Die FDP der Stadt Olten will explizit keine Schliessung des Kunstmuseums, sondern die Prüfung von Alternativen, bevor wir in die nächste Phase hineingehen, bevor wir über den Projektierungskredit im Parlament und dann voraussichtlich 2023 in einer Volksabstimmung über den Baukredit entscheiden. Was soll daran falsch sein, sich zu einem rund 15-Millionen-Neubauprojekt noch einmal zu überlegen, ob es am richtigen Ort steht, ob es richtig dimensioniert ist und ob es genau das ist, was wir in dieser Legislatur wollen? Der Architekturwettbewerb hat nämlich gezeigt, dass das vom Parlament vorgegebene Kostendach kaum eingehalten werden können. Keines dieser jurierten Projekte war in diesem Rahmen drin. Dafür mag es gute Gründe geben, und eine Überarbeitung findet, wie bereits erwähnt, aktuell statt. Aber es ist sicher angebracht, auch über Alternativen zu reden und sie seriös zu prüfen, bevor es dann einer Volksabstimmung kommen wird. Man kann jetzt schon darüber diskutieren oder auch ein wenig, ich sage es jetzt, vom moralisch höheren Pferd argumentieren, dass man halt für Kultur sei und die Anderen dagegen. Aber letztlich muss ein Kunstmuseum in der Stadt Olten eine Volksabstimmung gewinnen, und ich bin nicht überzeugt, ob dies mit dem bisherigen Vorgehen und mit der bisherigen Kommunikationsweise der Befürwortenden wirklich zu holen ist. Entgegen auch den Aussagen des Stadtpräsidenten und meines Vorredners von Olten jetzt! ist die FDP durchaus der Meinung, dass die drei im Raum stehenden Nutzungen an der Kirchgasse, Kunstmuseum, Haus der Fotografie, Markthalle, in einem inneren Zusammenhang stehen. Eine gestaffelte Abstimmung ist für einerseits sachlich nicht sinnvoll und andererseits natürlich auch finanziell nicht. Wenn wir den Finanz- und Investitionsplan der Stadt Olten im Kopf haben, und Daniel Kissling, Du musst mir erklären, wie Du auf die 20 Millionen gekommen bist, ich habe es noch zwei- oder drei Mal durchgelesen, geht es um 10 Millionen für beide Ideen zusammen, sicher nicht je. Das steht nirgends so geschrieben. Der Finanz- und Investitionsplan der Stadt Olten zeigt deutlich auf, dass wir nicht zwei kulturelle Grossprojekte an der Kirchgasse oder auch andernorts in der Stadt verteilt stemmen können, ohne dass es eine substanzielle Steuererhöhung gibt. Wie unsere Einwohnerschaft zu dieser Frage steht, haben wir im letzten Monat gesehen, und es wäre fahrlässig, hier auf eine andere Art und Weise weiter zu planen. Noch einmal: Dieser Auftrag möchte Grundlagen schafft, damit das Volk spätestens 2023 einen informierten, gut fundierten Entscheid treffen kann. Die FDP unterstützt deshalb den überparteilichen Auftrag, weil er der Garant ist, dass wir jetzt noch einmal alle Lösungen, die möglicherweise in Frage kommen, auf den Tisch bringen und dies eine Verzögerung des Prozesses von einigen wenigen Monaten zur Folge,

dann so bei it. Das ist sicher nicht, was wir damit bezwecken wollen, aber es ist besser als ein Scherbenhaufen zu haben, wenn eine Volksabstimmung nicht durchkommt.

Beat Bachmann: In der CVP/EVP/glp-Fraktion sind wir ganz unterschiedlicher Meinung bezüglich diesem Prüfauftrag. Ein Teil der Fraktion begrüsst es, dass man alternative Ideen für die Kirchgasse noch einmal prüft. Dieser zentrale Platz in der Stadt könnte für eine Markthalle und ein Fotomuseum ein Mehrwert für einen grösseren Teil der Stadtbevölkerung sein. Auch dann kann die Kirchgasse weiterhin ein Ort für Kunst; Kultur und das regionale Gewerbe sein, und es kann ein Ort sein, an dem man sich aus ganz verschiedenen Interessen trifft und, wie es Philippe gesagt hat, die Innenstadt weiterhin belebt und genutzt wird. Es ist ja ein Prüfauftrag, der auch die Möglichkeit gibt, dass das Volk mitentscheiden, wofür dieses Gebäude genutzt werden soll. Für einen anderen Teil der Fraktion kommt dieser Auftrag zum falschen Zeitpunkt, und sie können gar nicht hinter dieser Kombination von Markthalle und Fotohaus stehen. Man kann sich eine solche Markthalle an diesem Ort und in diesem Gebäude auch nicht vorstellen und es wird als ein Auftrag gegen das Kunstmuseum angeschaut. Das wird von einem Teil der Fraktion sehr kritisch betrachtet. Aus diesem Grund wird die CVP/EVP/glp-Fraktion hier ganz unterschiedlich abstimmen.

Dr. Christine von Arx: Zuerst einmal ganz allgemein zu abschaffen oder nicht abschaffen des Kunstmuseums und was der Sinn und Zweck dieses Auftrags sein soll: Wenn man den Titel anschaut, ist es relativ klar. «Prüfung Markthalle und Haus der Fotografie für Olten anstelle eines neuen Kunstmuseums». Diese Frage muss man sich jetzt wirklich nur stellen, wenn man das Kunstmuseum nicht mehr will. Wenn man das Kunstmuseum will, muss man keine Alternative bietet. Rein schon zum Wortlaut des Vorstosses denke ich, dass er den Inhalt sehr präzis wiedergibt. Jetzt ist es, entgegen dem, was hier behauptet wird, so, dass sich das Volk tatsächlich schon einmal zur Frage des Kunstmuseums geäussert hat, nämlich 2016, als man gesagt hat, man will die Museen an zwei Standorten haben. Dort war auch klar, dass es weiterhin in Kunstmuseum geben wird, auch wenn der Standort, ob Kirchgasse 8 oder 10, noch nicht ganz klar war. 2020 hat das Parlament dann als Vertretung des Volks den Standort des Kunstmuseums festgelegt und das Raumprogramm definiert. Auch dort konnte die Bevölkerung mindestens indirekt wieder mitreden. Ich habe es vorhin schon dargestellt, und Thomas hat es auch gemacht, wie der Stand der Entwicklung jetzt ist. Deshalb kommt dieser Vorstoss jetzt auch schlicht und einfach zum falschen Zeitpunkt. Wir im Parlament werden über den Projektierungskredit befinden können. Wenn wir ihn ablehnen, ist das Kunstmuseum in dieser Form gestorben, und man wird Raum haben, um Alternativen zu finden, wenn dies jemand möchte. Vorher Alternativplanungen zu machen, ist einfach eine Verschwendung von Geld und von Zeit. Dann stellt sich die Frage, ob man sich als Alternative zur Markthalle, ein Fotomuseum, Haus der Fotografie oder wie man es immer nennen will, so schnell einschliessen möchte. Das ist es, was dieser Vorstoss will. Wenn man schon sagt, man will kein Kunstmuseum, müsste man den Kanon von Optionen, die es gibt, für weitere Varianten öffnen und kann dies nicht einfach jetzt schon so einschränken. Wir bitten Euch deshalb, diesen Auftrag so nicht erheblich zu erklären. Wie Olten jetzt! auch haben wir ein Interesse daran, dass man das Haus der Fotografie diskutiert, aber auch die Frage der Markthalle, damit diese Projekte weiterentwickelt werden, aber einfach nicht auf Kosten des Kunstmuseums. Das bedeutet dann auch, dass es vielleicht nicht einer der zwei Standorte ist, der dies einfach zwingend miteinander verbindet. Wenn man die Aufträge von Olten jetzt! und von uns irgendeinmal erheblich erklärt, wird vom Stadtrat geprüft werden, ob dies möglich, umsetzbar ist und wie. Dann ist auch eine sinnvolle Diskussion über das Ganze möglich, genauso wie es heute schlichtweg unseriös, wenn man das Kunstmuseum einfach so beerdigt. Von daher gesehen bitten wir Euch, diesen Auftrag nicht erheblich zu erklären.

Lukas Lütolf, Fraktion Grüne/Junge Grüne: Der Auftrag formuliert auf den ersten Blick unterstützungswürdige Anliegen. Ja, wir könnten uns eine Markthalle nach Vorbild Basel oder Thun in Olten sehr gut vorstellen und sehen viele Vorteile darin, sie vielleicht auch an der Kirchgasse entstehen zu lassen. Ja, wir finden das Haus der Fotografie und das IPFO sehr unterstützungswürdig und sind froh und stolz, dass die Stadt als Ganze von einem so erfolgreichen, privat organisierten und inzwischen weit herum bekannten Festival und

Ausstellungen profitieren darf. Entsprechende Vorstösse dazu sind ja tollerweise bereits auch eingereicht worden. Auch eine mögliche Kombination von beidem ist sicher eine interessante Idee und zu überprüfen. Aber der vorliegende Auftrag bewirkt eben gleichwohl etwas Anderes. Wenn man sich die Begründung genauer anschaut, geht es im Endeffekt doch um die Auflösung des Kunstmuseums als Institution in dieser Form. So werden bereits Pläne umgewälzt, wie man das Archiv am besten los wird oder aber man kann ja ab und zu vielleicht noch eine Ausstellung im Parterre des Stadthauses veranstalten. Die Alternative, die notabene einer zusätzlichen Sanierung der Kirchgasse 8 durch die städtische Hand verlangt, soll maximal 10 Millionen kosten. Wie die 10 Millionen zustande gekommen sind, bleibt auch in dieser Debatte noch ein Geheimnis. Einem so unausgereiften Kahlschlag können wir Grüne/junge Grüne nicht Hand bieten, weil das Kunstmuseum allen Unkenrufen zum Trotz eine wichtige Funktion für das kulturelle Erbe von Olten hat und Bedürfnisse abdeckt, die vom Haus der Fotografie nicht übernommen werden können und müssen. Zudem ist ein Ziel der Standortverlagerung und der Sanierung eben gerade auch, dass man mehr Nähe zum öffentlichen Raum und einen regeren Austausch mit Passantinnen und Passanten ermöglichen kann. Zur demokratischen Legitimierung des Vorhabens des ganzen Prozesses muss ich nichts mehr sagen. Das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner bereits mehrmals dargelegt. Jetzt sind wir als mittendrin. Das Gewinnerprojekt ist auserkoren worden, das übrigens daran arbeitet, dem vom Parlament gesetzten Kostendach gerecht zu werden, und es läuft noch bis 26. April ein Investorenwettbewerb für die Liegenschaft an der Kirchgasse 8. Erlaubt mir eine Randbemerkung. Der Investorenwettbewerb steht bei Interesse gerade auch dem Haus der Fotografie offen, das sich vielleicht sogar in einer Kombination mit einer Markthalle bewerben könnte, ein Projekt, das sicher viel Potenzial und auch Chancen hätte, angenommen zu werden. Aber jetzt quasi auf den letzten 100 Metern zu einer ausgereiften Gesamtvorlage, die dem Stimmvolk dann so vorgelegt werden kann, noch die Handbremse zu ziehen, ist grobfahrlässig und zeugt auch nicht von Wertschätzung gegenüber den Steuergeldern, die bis jetzt schon dafür aufgewendet wurden. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir das finalisierte Projekt zu einer Abstimmung bringen, und wir sind uns sicher, dass sich die Oltnerinnen und Oltner hier eine fundierte Meinung werden bilden und anschliessend die Entscheidung fällen können, die es zu akzeptieren gilt, mit allen weiterführenden Konsequenzen. Die grüne/junge grüne Fraktion wird dem vorliegenden Auftrag aus den dargelegten Gründen nicht zustimmen. Wir bieten aber sehr gerne Hand, um die aufgeworfenen Ideen bezüglich Markthalle und allenfalls auch ausgeweitete Unterstützung des Hauses der Fotografie weiter zu verfolgen, jedoch als bereichernde Ergänzung für eine diversifizierte Kulturstadt Olten und nicht als Alternative zum Kunstmuseum-Projekt.

Stadträtin Marion Rauber: Als Baudirektorin möchte ich mich selbstverständlich auch noch äussern. Ich würde mich vor allem gerne zu einem Punkt äussern, auch der Punkt, der mich eigentlich persönlich an diesem Vorstoss am meisten ärgert. Das ist nämlich der Zeitpunkt, zu dem er eingereicht wurde. Ich muss es noch einmal wiederholen, weil man es eigentlich gar nicht genug betonen kann. Im September 2020 hat das Oltner Gemeindeparlament mit 37 : 0 Stimmen dem Standort und dem Raumprogramm des neuen Kunstmuseums Olten zugestimmt. Die meisten, die diesen dringlichen Vorstoss jetzt unterschrieben haben, waren damals bereits dabei. Die Legislative und die Exekutive von Olten haben also 2020 einstimmig einen gemeinsamen Entscheid getroffen. Das Parlament hat uns einen konkreten Auftrag erteilt, nämlich dieses Projekt, so wie es vorgeschlagen und zusammen ausgehandelt wurde, mit diesem Kostendach umzusetzen. In der Zwischenzeit haben wir einen Projektwettbewerb durchgeführt, einen Sieger erkoren und jetzt den Investorenwettbewerb lanciert, um im Juni dem Parlament ein sauberes Gesamtpaket präsentieren zu können, worüber es dann wieder abstimmen und entscheiden können wird. Jetzt, anderthalb Jahre später nach diesem Entscheid heisst es im März 2022 plötzlich, eigentlich wollen wir dies doch nicht so haben. Ich bin doch sehr erstaunt, dass dies gerade aus den politischen Kreisen kommt, die uns immer wieder dezidiert zu Sparübungen auffordern und ermahnen, ja auch sorgfältig mit der Stadtkasse umzugehen. Für die ganze beauftragte Planung, Thomas Marbet hat es bereits erwähnt, haben wir mittlerweile rund Fr. 460'000.— von diesen Fr. 500'000.—, die budgetiert waren, ausgegeben. Unzählige Arbeitsstunden sind in den letzten anderthalb Jahren in der Verwaltung geleistet worden, und jetzt kommt man

plötzlich zum Schluss und findet ja, nein, einfach doch nicht. Das ist für alle, die hier mitgearbeitet haben, frustrierend, und ich bin auch gespannt, wie Ihr dies dann unseren Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen in Olten erklären wollt. Ich zitiere jetzt Urs Knapp in der Budgetdebatte vorher, der gesagt hat: «Es gelingt, der Bevölkerung die Finanzpolitik zu vermitteln». In diesem Punkt bin ich wirklich auch gespannt und welches Zeichen eine Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt auch für die Glaubwürdigkeit in der Oltnen Politik setzt. Dazu kommt noch etwas Anderes. Es ist schon erwähnt worden. Wir haben bis Mitte April einen Investorenwettbewerb für die Kirchgasse 8 am Laufen. Würdet Ihr als Investor oder Investorin unter solchen Prämissen in ein solches Projekt investieren wollen? Wir sind neben der Kirchgasse in unserer Stadt auch immer wieder auf Investoren und Investorinnen, Unternehmungen und Private angewiesen, die in Olten etwas investieren und realisieren wollen. Ich frage mich, ob es allen bewusst ist, welches Zeichen gegenüber Dritten jetzt gesetzt wird. Olten wird durch solche Hin- und Her-Aktionen als unzuverlässiger Partner wahrgenommen und Ihr schwächt damit auch unsere Position und das Vertrauen in uns als Verhandlungspartner für kommende Projekte. Es ist selbstredend, dass es dringend nötig ist, diesen Vorstoss nicht erheblich zu erklären, und ich danke Euch, wenn Ihr dies so unterstützt. Merci.

Salome Kisker: Ich möchte mich gerne Marion Rauber anschliessen. Man diskutiert schon so lange über das Kunstmuseum, und im Parlament wurde es abgeseget. Man konnte einen tollen Wettbewerb mit wunderbaren Ausführungen lancieren. In letzter Sekunde wird alles noch einmal über den Haufen geworfen. Das ist meines Erachtens für die Stadt einfach überhaupt nicht weiterführend, und irgendwie widerspiegelt es einfach so etwas die Politik von rechts und von den Bürgerlichen in der kurzen Zeit, in der ich im Parlament bin.

Christian Ginsig: Ich habe im Moment ein wenig das Gefühl, man hat der Stadt Olten ein trojanisches Pferd vor die Stadtmauern gestellt. Jetzt ziehen wir es seelenruhig in die Stadt hinein und sind ein wenig überrascht. Ich glaube, die Vorredner haben es ausgeführt. Wer schon länger im Gemeindeparlament ist, hat jetzt gesehen, es steht ein seriöser Planungsprozess dahinter. Wir vom Parlament haben den Auftrag gegeben, dass das Kunstmuseum voranzutreiben ist. Thomas Marbet hat es ausgeführt und Marion Rauber ergänzt. Jetzt um drei Minuten vor zwölf will das gleiche Parlament das Kunstmuseum über die Hintertüre abschiessen. Ja, abschiessen. Ich bin klar der Meinung. Wenn wir ehrlich zueinander wären, müsste man jetzt sagen, die 14 Millionen sind schlicht zu viel, und es ist uns für den Bereich Kunst zu viel. Das wäre mindestens die ehrliche Kommunikation, wenn wir jetzt hier so miteinander reden würden. Warum finde ich persönlich diesen Vorstoss einen Murks? Was genau soll dann diese Markthalle sein? Das weiss im Moment niemand so ganz genau. Wir müssen einfach die Realität sehen. Rund um Olten haben wir x Hofläden. Wir haben Marktfahrende, die am Donnerstag und am Samstag nach Olten kommen. Sie bieten ihre Leistungen an, qualitativ sehr gute Produkte. Jetzt wollen wir mit Steuergeldern einen künstlich subventionierten Marktbetrieb aufbauen. Gerade vorhin haben wir noch über das Taxi gesprochen, das notabene staatlich subventioniert und fest in einem Korsett ist. Jetzt wollen insbesondere auch gewisse Parteivertreter, die sonst liberal eingestellt sind, einen an und für sich subventionierten Betrieb aufbauen. Da muss ich ehrlicherweise sagen, dass ich dies mit meinem Grundverständnis persönlich auch nicht mehr verstehe. Zudem machen es sich die Initianten aus meiner Sicht relativ einfach. Wir investieren jetzt hier hunderttausende von Steuerfranken, wenn man das Ganze überweist. Wo genau ist dann diese Markthalle? Wo soll sie entstehen und beleben? Vielleicht noch etwas zum Thema Markthalle: Wir hatten an der Kirchgasse einen Foodcourt, für die Leute, die sich noch erinnern. Er ist leider gescheitert, weil er einfach nicht einem Interesse entsprochen hat. Wenn wir dies jetzt als politischen Auftrag überweisen, zementieren wir hier irgendeine Lösung auf mehrere Jahre hinaus. Ich sehe hier verschiedene Kolleginnen und Kollegen, die zu Recht kritische Fragen gestellt haben. Aber wir müssen schon sehen, wir haben dies mit 37 : 0 Stimmen überwiesen, und wir müssten uns jetzt einmal einig werden, dass wir den Entscheid doch dem Volk überlassen sollten, wie es weitergehen sollte. Dies als Alternative zur Ausschreibung für ein Kunstmuseum und als grossen Wurf, da müssen wir uns effektiv noch anlegen. Natürlich war Kunst schon immer etwas Elitäres. Das Ausspielen von Besucherzahlen oder die Stichworte Belebung der Innenstadt muss man halt

auch kritisch hinterfragen. Natürlich hat der Bahnhof 80'000 Besucherinnen und Besucher pro Tag, und das Kantonsspital hat vielleicht viel weniger. Aber trotzdem haben beide ihre Wichtigkeit. Von daher finde ich das Argument der Belebung der Innenstadt allein einfach immer als Definition zu geben, ob ein Element in unserer Umgebung wertvoll ist, effektiv ein wenig kritisch. Mein Votum ist eigentlich von daher als Vertreter der Grünliberalen klar. Ich finde es richtig, dass man Einzelaufträge, wie beispielsweise die Markthalle oder auch eine Fotomuseum-Finanzierung, separat anschauen soll. Aber dies jetzt als Alternative zum Verkauf ist der falsche Weg für das Thema Kunstmuseum.

Philippe Ruf: Ich glaube, wir müssen bei ein paar Fakten bleiben. Über das Kunstmuseum haben wir nie abgestimmt. Das hat auch die Stadträtin gesagt. Es hat noch eine zweite Stadträtin gesprochen, was bei Geschäften nicht üblich ist. Aber okay. Was sie dort auch noch gesagt hat, war falsch. Wir haben nicht über das Kunstmuseum abgestimmt. Einfach, damit wir dies auch noch korrigiert haben. Das können wir alle noch nachlesen. Was wir aber im Ganzen anschauen müssen, ist, dass wir dies durchaus kombinieren können, und wir können eine Option dagegen schaffen. Hier widerspreche ich Christian, der in diesem Gedankengang durchaus gute, valable Punkte eingebracht hat. Ich glaube, was wir hier anschauen, ist, ob wir eine Variantenabstimmung zum Kunstmuseum haben. Ich sehe dies überhaupt nicht als trojanisches Pferd. Als trojanisches Pferd sehe ich ein Kunstmuseum, zu dem wir nie ja oder nein gesagt haben, das aber genau durch diese paar Elitären immer an uns vorbei gezügelt wurden. Wir haben über einen Standort abgestimmt. Wir haben über diverse Konzepte abgestimmt. Wir haben nie über das Kunstmuseum abgestimmt. Dort liegt etwas der Punkt. Ich habe selber zu Hause auch Kunst. Ich bin selber auch kunstinteressiert. Ich würde nicht sagen, ich sein ein Experte. Aber ich interessiere mich auch dafür. Da muss ich sagen, dass wir wenig Leute sind, die sich dafür interessieren. Christian, das hast Du richtig gesagt. Es hat auch unterschiedliche Frequentierungen. Aber dort haben wir jetzt einfach auch gesehen, und wir haben ja den Beweis über die letzten Jahrzehnte, dass es das Kunstmuseum nicht vermag, diese Leute anzuziehen und für das breite Publikum etwas zu machen. Dadurch wäre insofern eine Alternative, dass wir auch einmal anschauen müssen, ob wir dort, am zentralsten Punkt auch etwas machen können, was effektiv mehr belebt und wirklich nicht nur für die Kunstinteressierten ist, was halt jeweils etwas elitär ist, sondern könnte man irgendetwas anbieten, das alle, Dich und mich und sie und ihn anspricht? Eine Markthalle hat natürlich viel mehr Potenzial, weil sie alle ansprechen würde statt nur die Vereinzelt. Ich glaube, deshalb ist es auch richtig, dass wir eine solche Option einmal anschauen, und ich denke, es ist auch durchaus legitim, dass wir diesem Vorstoss deshalb zustimmen und sagen, lasst uns diese Variante einmal anschauen. Wir können dann immer noch zum einen oder anderen ja oder nein sagen.

Deny Sonderegger: Als oberster Touristiker möchte ich mich jetzt schon auch noch zu Wort melden. Mir ist eine vielfältige Kunst- und Museumslandschaft in der Stadt Olten aus touristischer Sicht selbstverständlich sehr, sehr wichtig und wertvoll. Dennoch bin ich mitunter ein Unterzeichner dieses Vorstosses und möchte auch noch einmal kurz etwas darlegen, was meine Beweggründe waren. Als ich angefragt wurde, ob ich dieses Schreiben unterzeichne, hatte ich zuerst auch gewisse Bedenken, ob es Sinn macht, dass man hier quasi ein Element mit einem anderen Element in eine Kontroverse stellt. Der Grund, weshalb ich es dann trotzdem gemacht habe, ist eigentlich ein einfacher. Deshalb möchte ich dieses Votum, das von verschiedener Seite gekommen ist, dass es nämlich ein Schnellschuss war und noch irgendwie Reaktionen entstanden ist, klar und entschieden von mir weisen. Wir haben zum Beispiel vor einem Jahr schon in der NOZ einen grossen Bericht oder einen Kolumnenbericht gemacht, in dem es um die Kostenentwicklung des Schulhauses Kleinholz ging, und in diesem Zusammenhang wurde nachher eigentlich gleich der Projektwettbewerb für den Architekturwettbewerb Kunstmuseum ausgeschrieben. Ich habe dort auch schon Fragen gestellt, ob es überhaupt Sinn macht, dass man beispielsweise die Kirchgasse 8 schon miteinbezieht, wenn man gar noch nicht genau weiss, was man machen möchte. Man hat dann gesagt, das muss man kostenmässig aufbereiten und wird es dann in einem späteren Zeitpunkt einmal präzisieren. Das passiert ja jetzt eigentlich auch hier mit dem Investorenwettbewerb. Das ist für mich ein zentrales Element, wo man sagen kann, ja, gut, aber dann wäre doch jetzt der Zeitpunkt, wenn man schon nicht genau weiss, was man

damit umsetzen möchte, dass man den Ball noch einmal aufnimmt. Es gibt ja durchaus auch PPP-Projekte, bei denen man mit einem Leuchtturmprojekt, wie es das Haus der Fotografie oder IPFO ist, vielleicht auch Geldgeber findet und man dies in diesen Investorenwettbewerb packen und entsprechend Geldgeber finden kann, die in diesem Zusammenhang noch auf diesen Zug aufspringen und auch ein Konzept abgeben. Zu Händen von Marion möchte ich einfach noch sagen, dass es schon spannend. Ihr argumentiert in fortlaufenden Projekten immer mit den aufgelaufenen Projektkosten. Letztendlich haben wir alle nichts davon, wenn es am Tag X irgendeinmal in der Zukunft vor das Volk kommt und der Souverän in Olten bei einem unausgegorenen Projekt den Stecker zieht und wir wieder auf Feld 1 stehen. Dann haben wir noch mehr Geld, das zwischenzeitlich aufgelaufen ist, ausgegeben. Wenn man dies im jetzigen Zeitpunkt einmal aufgleist und auch prüft, kann man dort vielleicht auch noch einmal Goodwill dafür schaffen. Ein Kostenthema muss ich gleichwohl auch noch bringen. Es wäre auch noch spannend zu wissen, wie viele Gelder dieser Fr. 460'000.— dafür verwendet wurden, als Ihr jetzt redimensionieren musstet. Die Jury des damaligen Kunstmuseums-wettbewerbs hat es nicht fertiggebracht. Das kann ich mit klarer Deutlichkeit sagen. Wir haben es bei uns auch im Eintretensvotum des Fraktionschefs gehört. Jedes Projekt, das eingegeben wurde, hat den vorgegebenen Kostenrahmen überschritten, und man ist jetzt daran, mit dem Siegerprojekt das Projekt so anzupassen, dass man unter diesen Kostenrahmen kommt. Wäre man dort auch ein wenig strenger gewesen, hätte auch von Anfang an hingeschaut und dies möglicherweise als Ausschlusskriterium gehabt, müsste man jetzt auch nicht Zeit und Geld aufwenden, die der Oltner Bürger zahlt, um in diesem Sinne wieder in eine valable Lösung kommt. Dies einfach zum Thema der auflaufenden Projektkosten und Investitionen. Letztendlich glaube ich, dass es wichtig ist, dass man eine tragfähige Lösung findet, die auch zukünftig in der Stadt bei der Bevölkerung auf ein positives Votum stösst und wo dies nachher auch getragen wird. Wenn es negativ aufgeladene Situationen gibt, wie es sie rund um das Museum leider auch immer wieder gegeben hat, dann glaube ich, dass es wichtig ist, und ich muss hier vielleicht auch noch Salome Kisker eine Antwort geben, dass nicht immer nur die Bürgerlichen, sondern auch die Kulturszene und vielleicht die linke Politik nicht immer nur auf Ohren zu und Durchzug schalten, sondern die Voten auch aufnehmen. Das hat man jetzt beispielsweise auch in den Budgetdebatten gesehen. Dann hat man am Schluss wirklich tragfähige Lösungen und steht nicht vor einem Scherbenhaufen. Ich glaube, als Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist es unser oberstes Ziel, dass wir am Ende des Tages keinen Scherbenhaufen haben.

Anna-LeaENZLER: Ich möchte gleichwohl noch einmal auf dieses Thema Interpretationsspielraum zurückkommen. Christine hat es vorgelesen. Man könnte es ja auch einmal ehrlich sagen. Es geht wirklich ganz klar nicht um Alternativen für diesen Platz oder darum, darüber zu diskutieren, sondern, es steht auch so, es geht nur um Alternativen und nur als Ersatz für das Kunstmuseum. Ich fände es auch gut, wenn man dies einfach einmal offen so sagen könnte. Dann kann man darüber reden, wie es Christian schon gesagt hat. Aber anyway: Die SP ist grundsätzlich immer für Angebote für alle statt für wenige. Aber es geht doch gerade nicht darum, sondern in einer coolen und guten Stadt gibt es immer Angebote, die von vielen genutzt werden, aber nicht von allen oder von wenigen und nicht von vielen. Es geht auch nicht nur um die persönlichen Interessen. Ich persönlich nutze zum Beispiel das Kunstmuseum auch überhaupt nicht, aber andere eben schon. Dafür gehe ich in die Badi und andere halt nicht. Ich hätte natürlich auch sehr gerne eine Markthalle und ein Fotomuseum. Aber erstens schliess das eine das andere nicht aus, und zweitens gibt es bereits einen demokratisch legitimierten Plan zum Vorgehen bezüglich Kunstmuseum und Renovation dieses Hauses. Deshalb finde ich es schlicht falsch, das eine Kulturangebot gegen das andere auszuspielen. Ihr merkt es schon. Ich bin kein Fan, von der Markthalle schon, vom Fotomuseum auch und von anderer Kultur auch, grundsätzlich auch von neuen Ideen, aber ganz sicher nicht von diesem Auftrag. Ich bin sehr fest dagegen.

Daniel KISSLING: Ich möchte nur noch kurz zwei Sachen klarstellen oder auch noch einmal anmerken, nämlich einerseits die ganze elende Diskussion darum, dass man nichts mehr sagen darf. Man darf doch nicht Fragen stellen. Das stimmt halt einfach so nicht. Wir diskutieren seit Jahren, die ganze Zeit, immer über dieses Thema. Das Abstimmungsresultat im Parlament ist einfach jedes Mal nicht so herausgekommen, wie Ihr wolltet. Deshalb ist es

am Schluss einfach auch eine elende Zwängerei. Wir werden darüber abstimmen. Das Volk wird das letzte Wort über das Kunstmuseum haben. Dort wird es auch darum gehen zu vermitteln, weshalb die Stadt für diejenigen, die es wollen, ein Kunstmuseum braucht. Dann kann man auch dagegen argumentieren. Aber wir argumentieren dann über dieses Haus und nicht über irgendwelche Wunschideen, was man eventuell auch noch machen könnte, nur, weil man sich nicht so darstellen will, wie es ist, nämlich, dass man gegen die Kulturausgaben ist. Dann könnt Ihr kommen und eine andere Kampagne fahren. Das ist okay. Ich möchte auch noch sagen, dass der Scherbenhaufen aus meiner Sicht auch zu verhindern ist. Aber wenn er kommt, geht es doch gerade darum, dass wir, wenn es abgelehnt würde, dann Kultur neu denken müssen. Dann kann man ein Kulturkonzept machen, das ohne das Kunstmuseum ist. Ich hoffe nicht, dass es abgelehnt wird. Aber dann kann man eigentlich wieder anfangen. Das ist auch gescheiter, als wenn man jetzt schon irgendwelche Ideen hineinpackt und dann kommt eine unausgereifte Idee eines eventuellen Hauses der Fotografie aber vielleicht doch nicht und vielleicht noch Ausstellungen im Stadthaus, obwohl dies auch so ein Ding ist, das mich unglaublich nervt. Dass eine Ausstellung im Stadthaus irgendetwas mit einem Kunstmuseum zu tun hat, ist einfach auch nicht wahr. Das wäre, wie wenn man im Dezember etwas Wasser auf die Kirchgasse kippen und warten würde, bis es gefriert und sagen würde, dann lassen wir den EHC Olten darauf spielen. Das ist ja auch egal. Dann brauchen wir kein Eisstadion mehr. Es ist einfach nicht das Gleiche. Man kann gegen dieses Kunstmuseum sein. Es gibt vielleicht auch ein paar Gründe dagegen. Aber dann lassen wir das Volk zu diesem Kunstmuseum einfach abstimmen, ja oder nein. Wenn es ein Nein gibt, reden wir wieder weiter, wie man von dort aus weitergeht, ob es ein kleineres Kunstmuseum gibt, ob es etwas Anderes gibt, ob man die Sammlung auflöst. Das kann man dann machen. Dann ist es auch ehrlich und legitim. Alles andere ist behauptet, dass man eine gute Idee hat. Aber wirklich da ist noch nichts. Deshalb würde ich sagen, überlassen wir die Entscheidung erstens im Juni uns, wenn wir über das endgültige Projekt abstimmen und den Kredit sprechen, überlassen wir es dann zweitens noch einmal dem Volk, das müssen wir im Herbst, wenn die Abstimmung kommen wird, und bringen jetzt nicht noch irgendwie neue Ideen hineinbringen, die das Ganze noch einmal verwirrt, und wo man eigentlich auch nicht halten kann, was jetzt gerade versprochen wird.

Philippe Ruf: Anna-Lea hat ein paar wichtige Punkte angesprochen. Sie waren sehr offen und ehrlich. Ich habe es auch so wie Du, Anna-Lea. Einmal war ich im Kunstmuseum. Mir hat es nicht viel gesagt. Ich habe es dann noch einmal probiert. Es hat mir immer noch nicht viel gesagt. Wenn ich jeweils die Flyers anschau, begeistert es mich nicht, um hinzugehen. Aber dafür habe ich andere Kulturstätten, die ich nutze. Ich glaube, wenn Du natürlich eine Zahlung von so vielen Millionen plus die laufenden Kosten hast, und sie sind jetzt bereits enorm, aber ich kann mir vorstellen, dass sie beim neuen noch viel höher sein werden, müssen wir einfach sehen, ob es auch verhältnismässig ist, wie bei einer Badi. Dort schauen wir, ob es auch mit den Leuten, die es beanspruchen, verhältnismässig ist. Wir müssen ja irgendwo mit einem beschränkten finanziellen Rahmen umgehen können und dann auch dort entscheiden können, wo wir eine vertretbare Menschenmenge ansprechen. Ich glaube, dort müssen wir effektiv die wichtigsten Plätze mitten in den Städten und das grosse Geld für möglichst breite Bevölkerungsgruppen sprechen können. Du hast es selber gesagt. Ich denke, das ist das Kunstmuseum nicht, hingegen kann es eine Alternative, wie wir sie jetzt hier ansprechen, durchaus auch bieten.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Noch kurz zwei Präzisierungen: Die Abstimmung für den Planungskredit wäre im Juni dieses Jahres, und wenn es dann im Prozess weitergeht, wäre der Realisierungskredit im nächsten Jahr, nicht im Herbst, sondern 2023. Natürlich ist das Kunstmuseum, sollte er abgelehnt werden, noch nicht weg. Es ist dann ein Bauprojekt weg. Wenn man das Kunstmuseum eliminieren möchte, was ich überhaupt nicht will, bräuchte es dann einen Prozess ähnlich, wie man es bei der Stadtpolizei hatte. Es braucht dann auch einen Auftrag, es braucht Varianten, es braucht natürlich Verhandlungen, es braucht die Auseinandersetzung mit denjenigen, die Leihgaben haben, die Schenkungen gemacht haben, auch Beiträge des Kantons. Es gibt einen Prozess, der noch über Jahre stattfinden müsste. Mit dem Bauprojekt bestimmt man die Hülle. Aber der Inhalt ist noch da.

Denise Spirig: Ich möchte ein sehr abstruses Beispiel machen, weil ich die Diskussion und den ganzen Vorstoss sehr abstrus finde. Viel lieber als einen Bahnhofplatz hätte ich dort einen Fussballplatz. Das ist selbstverständlich nichts gegen den Bahnhofplatz. Den kann man natürlich irgendwo anders machen, zum Beispiel auf der rechten Stadtseite. Um es in den Worten von Philippe zu sagen, ich glaube, das wäre viel lässiger. Dann hätten wir dort einen tollen Fussballplatz statt einen Bahnhofplatz. Das Beispiel ist natürlich völlig abstrus. Ihr müsst auch keine Angst haben. Ich reiche ihn noch nicht gleich ein. Ich werde ihn dann dringlich einreichen, wenn das Projekt richtig konkret wird. Macht Euch noch keine Gedanken dazu. Aber das Beispiel zeigt eigentlich, wie seltsam das Vorgehen ist, und ich glaube auch tatsächlich, und da würde ich mir wirklich auch von der bürgerlichen Seite mehr Ehrlichkeit wünschen, dass dieser Vorstoss wirklich nicht mit der Intention und Hoffnung eingereicht wird, dass er irgendwie überwiesen werden könnte, sondern man will einfach schon einmal das Narrativ setzen, man will beginnen, das Kunstmuseum zu torpedieren. Nachher kann man sagen, wir haben es Euch ja gesagt. Ich finde dies von der bürgerlichen Seite einfach wahnsinnig unehrlich und von all den Mitunterzeichnenden, dass man jetzt zwei Jahre lang geschwiegen hat und nun, als es langsam konkret wird, mit einem solchen Vorstoss kommt. Das Vorgehen finde ich wirklich nicht in Ordnung.

Thomas Fürst: Ich möchte mich doch auch noch kurz gegen diesen Vorwurf wehren. Schlussendlich kann ich nur für mich reden. Ich kann nur darüber sprechen, wie ich diesen Vorstoss verstanden habe, wie ich ihn immer noch verstehe und was ich erwarte. Ich erwarte eigentlich nur, dass man noch einmal überlegt, ob es zum jetzt vorliegenden Projekt eines sehr teuren, an diesem Ort alleinstehenden Kunsthauses möglicherweise Alternativen gibt. Das heisst nicht, dass die Leistung, die das Kunsthaus bisher erbringt, vollständig gestrichen werden soll. Wenn man sich dies nicht jetzt noch einmal überlegt, wann dann? Einfach so kurz als Klammerbemerkung: Ich selber bin immerhin relativ neu im Parlament.

Urs Knapp: Ich möchte vielleicht einfach noch etwas zu so abstruse Gedanken und Schnellschüsse sagen. Man könnte den Vorstoss auch anders anschauen. Wenn man so sicher ist, dass das Kunstmuseum absolut durchkommt, muss man keine Alternativen anschauen. Aber wir haben schon im September 2020 einen Rückweisungsantrag gestellt mit der sehr genauen gleichen Argumentation, nicht gegen das Kunstmuseum, sondern wo bringt ein Kunstmuseum am meisten Wirkung für die Stadt, was bringt am meisten Wirkung bei der Kirchgasse? Der Rückweisungsantrag wurde leider abgelehnt. Die Grundfrage, welche die Befürworter stellen müssen, ist, wollen wir in eine Volksabstimmung gehen, wo man keine Alternative hat, wo man sieht, dass man seit einem Jahr ein Fotomuseum, ein Haus der Fotografie hat, das im ersten Betriebsjahr mehr Zuspruch hat, als das Kunstmuseum je hatte. Will man in eine Volksabstimmung gehen, wo man keine Alternativen für das IPFO hat, und ist man der Meinung, dass man dies gewinnt? Jetzt kann man sagen, ja, gut, dann machen wir halt einen Scherbenhaufen. Wir sehen es eben genau anders. Es gibt eine kleine Verzögerung, vielleicht ein halbes Jahr. Dann haben wir eine Alternative. Wir können entscheiden, und man kann auch im Volk entscheiden, wo man die Gewichte setzen möchte. So hat man auch eine höhere Chance, einen guten, breit abgestützten Entscheid macht. Was man jetzt macht, ist, dass der Vorstoss abgelehnt wird, der Projektierungskredit wird knapp angenommen. Vielleicht gibt es ein Referendum, vielleicht nicht. Ganz sicher wird es im nächsten Jahr eine Volksabstimmung geben. Ich glaube, wenn man mit dieser Haltung in die Volksabstimmung hineingeht, muss man kein Prophet sein, um zu sagen, es wird ganz, ganz hart, sie zu gewinnen. Dann habt Ihr wirklich einen Scherbenhaufen, und diesen Scherbenhaufen möchten wir verhindern.

Tobias Oetiker: Ich habe eine Frage an Urs Knapp. Wie Du es dargestellt hast, möchtest Du eigentlich, dass die Kunstmuseums-Abstimmung gewonnen wird, dass das Projekt durchkommt. Es geht im Moment für mich nicht so ganz auf, was Du uns zu erzählen versuchst. Wo möchtest Du genau hinaus? Kannst Du mir dies noch kurz erklären oder bin ich der Einzige, der es nicht checkt?

Beschluss

Mit 20 : 16 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der Auftrag nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Stadtkanzlei, Andrea von Känel

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. März 2022

Prot.-Nr. 58

Vorschlag gem. Art. 16 GO Stefan Hagmann & Yolanda Stampfli betr. Schöngrundquartier: Mehr Sicherheit im Strassenverkehr – Schaffung von Begegnungszonen/Beantwortung/Wiedererwägung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 23. September 2021 wurde von den Erstunterzeichnenden Yolanda Stampfli & Stefan Hagmann der folgende Volksauftrag (Vorschlag gem. Art. 16 GO) eingereicht:

«Die Einwohnergemeinde der Stadt Olten führt im Schöngrundquartier – beinhaltend insbesondere die Strassen- und Kreuzungsperimeter der Halden-, der Homberg-, der Gallus-, der Weingarten-, der Tell-, der Seidenhof-, der Untergrund-, der Bann-, der Grund-, der Elsa-, der Bleichmatt-, der Hagberg-, und der Fridaustasse sowie des Katzenhubel-, Seidenhof-, Föhren-, Steinbruch-, Zehnder-, Burg-, und Fluhwegs wie auch Im Grundhof und der Hasenweid – eine umfassende Verkehrsberuhigung in Form von Begegnungszonen ein (Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 20).

Begründung:

- *Obwohl im Schöngrundquartier vor Jahren flächendeckend «Tempo-30» eingeführt wurde, hat sich nie eine nachhaltige Verkehrsberuhigung eingestellt. Für die Verkehrsteilnehmer, insbesondere auswärtige Besucher, ist es aufgrund wenig ersichtlicher Verkehrsmassnahmen nicht unbedingt klar, dass sie sich in einer verkehrsberuhigten Zone befinden. Die teilweise weiträumigen Kreuzungsareale (Bspw. Rainstrasse – Hombergstrasse oder Katzenhubelweg – Hombergstrasse) laden geradezu zum Schnellfahren ein. Gleiches gilt für die grosszügigen Strassenareale um das Schulhaus Bannfeld. Bislang hat es die Stadt Olten unterlassen, im «Schöngrund» durch bauliche Massnahmen und flächenbedeckte (Boden-) Markierungen Klarheit über das geltende Verkehrsregime zu schaffen.*
- *Im Weiteren münden viele Haus- und Liegenschaftseingänge historisch bedingt direkt in den Quartierstrassen. Eine Trennung vom Strassenverkehr, etwa durch angrenzende Trottoirs, besteht nicht und ist technisch auch nicht realisierbar. Dies birgt zusätzliche Gefahren – insbesondere für Kinder!*
- *Im Schöngrundquartier findet ein Generationenwechsel statt: Viele junge Familien sind ins «Schöngrund» gezogen. Die Quartierstrassen dienen inzwischen vielen Kindern als Schulweg, Begegnungs- und Spielort. Die Strassensignalisationsverordnung des Bundes (SSV; 741.21) bietet in Art. 22b die gesetzliche Grundlage (Begegnungszonen) den Strassenverkehr im Schöngrundquartier zu «entschleunigen» und damit mehr Sicherheit und Lebensqualität für die Anwohnerinnen und Anwohner zu schaffen. Letztlich wird durch die Einführung von Begegnungszonen auch die Attraktivität des Schöngrundquartiers – mit seiner teils historischen Bausubstanz – stark aufgewertet.»*

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Baudirektorin Marion Rauber** den Vorschlag wie folgt:

Selbstverständlich ist auch dem Stadtrat die Verkehrssicherheit und Lebensqualität in den Wohnquartieren ein wichtiges Anliegen. Olten ist mit der sehr frühen Einführung einer ersten Tempo 30-Zone im Säliquartier und der bestehenden flächendeckenden Temporeduktion in Innenstadt und Wohnquartieren im städtischen Vergleich äusserst fortschrittlich.

Gemäss dem Wortlaut des Volksvorschlags soll das vollständige Schöngrundquartier, allenfalls nur mit Ausnahme der Schöngrundstrasse und Feigelstrasse, in eine ganzheitliche Begegnungszone umgewandelt werden. Ob eine Mehrheit der Quartierbevölkerung diese Massnahme begrüessen würde, bleibt offen. Die Kommunalstrassen sind von gesamtstädtischem Interesse. Sie haben eine gesetzliche Erschliessungsfunktion für die Ortsansässigen wie auch für die Allgemeinheit zu leisten. Der Entscheid über eine so weitreichende Massnahme muss folglich gesamtstädtisch abgestützt sein, unter Berücksichtigung der verkehrlichen, baulichen und finanziellen Rahmenbedingungen und Konsequenzen. Zudem kann die Prüfung einer Begegnungszone nicht auf das Schöngrundquartier beschränkt werden, sondern müsste auch andere Stadtteile umfassen.

Sowohl die Einführung einer Tempo 30-Zone wie auch einer Begegnungszone (Tempo 20) ist gleichermassen eine verkehrsberuhigende Massnahme gemäss Art. 108 der Signalisationsverordnung. Die Abweichung von der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit (Tempo 50) dient der «Vermeidung oder Verminderung besonderer Gefahren im Strassenverkehr, zur Reduktion einer übermässigen Umweltbelastung oder zur Verbesserung des Verkehrsablaufs».

In der Begegnungszone gilt in Abweichung zur Tempo 30-Zone eine Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h. Zudem gilt ein Vortrittsrecht für Fussgänger und eine gemeinsame, anstelle einer getrennten, Verkehrsführung. Die Einführung einer solchen Zonensignalisation setzt bauliche oder gestalterische Massnahmen voraus, damit sich das Verkehrsverhalten auch wirklich ändert.

Die Änderung von Tempo 30 auf 20 hat keine verkehrsreduzierende Wirkung. Eine Verbesserung der Sichtverhältnisse bedingt in der Regel eine Aufhebung der Parkfelder, daher ist die Umwandlung in Begegnungszonen oftmals nur durch den Abbau von Parkflächen möglich.

Die Änderung der Zonenart setzt bauliche Massnahmen voraus. In der Innenstadt wurde daher die definitive Gestaltung im Zuge der anstehenden Sanierungen schrittweise umgesetzt. In den Wohnquartieren besteht in keinem Quartier noch ein zusammenhängender Sanierungsbedarf, der eine ganzheitliche Umgestaltung technisch und finanziell rechtfertigen würde. Infolgedessen könnten zumeist nur provisorische, gestalterisch ungenügende oder unbefriedigende Massnahmen realisiert werden, welche an den Zonenzweck einer Begegnungszone (flächige Gestaltung mit höherem Nutzwert und höherer Aufenthaltsqualität) wenig beitragen würden. Der Aufwand für die politischen, planerischen und baulichen Prozesse sind dennoch gross. Man erkennt dies auch am Beispiel der laufenden Verkehrsmassnahmen im Säliquartier.

Als Alternative könnte im Rahmen von Strassen- resp. Werkbauprojekten in den Quartieren die Einführung einer Begegnungszone jeweils fallweise geprüft werden. Denkbar wäre im Sinne der im Regierungsprogramm des Stadtrates postulierten Verkehrsberuhigung in den Quartieren (Ziff. IV) die Festlegung von Kriterien für die Beantragung von lokal begrenzten Begegnungszonen durch eine Mehrheit der Anrainer, wie dies beispielsweise in Basel und Aarau gehandhabt wird. In jedem Fall sind für die Umsetzung ein verkehrstechnisches Detailgutachten und ein Betriebs- und Gestaltungskonzept für die baulichen Massnahmen erforderlich. Die dafür erforderlichen Mittel bedingen eine entsprechende Budgetierung.

Da dieser Ansatz nicht dem Wortlaut des Vorschlags entspricht, hat die Baudirektorin im Vorfeld der Januar-Sitzung des Gemeindeparlaments, an welcher die Behandlung des

Vorstosses traktandiert war, mit den Unterzeichnenden des Vorschlags Kontakt aufgenommen. Dabei wurde die Durchführung eines runden Tisches vereinbart. Das Parlament stimmte in der Folge einem Antrag des Parlamentsbüros auf Verschiebung des Traktandums zu.

Der runde Tisch hat am 14. Februar 2022 mit einer Fünferdelegation der Unterzeichnenden sowie Stadtpräsident, Baudirektorin, Stadtschreiber und Bereichsleiter Verkehr stattgefunden. Dabei wurde nach Ansicht der Stadtvertretung klar, dass die Unterzeichnenden nicht auf einer flächendeckenden Begegnungszone beharren, sondern diese im Sinne einer «Maximalforderung» postuliert wurde. Vielmehr geht es primär darum, die bereits geltenden Massnahmen – insbesondere Tempo 30 – mit geeigneten Vorkehrungen erfahrbarer zu machen, um die Kinder im Quartier, das derzeit einen breiten Generationenwechsel erfährt, zu schützen. In einem weiteren Schritt soll – wie vom Stadtrat oben vorgeschlagen – fallweise die Einführung von lokal begrenzten Begegnungszonen geprüft werden.

Der Stadtrat hat den Unterzeichnenden folgendes Vorgehen vorgeschlagen: In einem ersten Schritt sollen Massnahmen getroffen werden, welche die Einhaltung der geltenden Vorschriften unterstützen bzw. verbessern. Konkret wird bis Sommer 2022 ein Konzept für rasche Massnahmen wie Markierungen und Signalisierungen erstellt, das anschliessend mit einer Delegation aus dem Quartier besprochen wird, bevor es zur Umsetzung gelangt. Bis Ende Jahr sollen zudem ein Prozess bzw. Spielregeln erarbeitet werden, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, dass Begegnungszonen eingeführt werden können, und wie das entsprechende Vorgehen aussieht. Dabei sind allfällige Anträge aus der Bevölkerung aus einer Gesamtsicht bzw. einem Gesamtkonzept heraus zu beurteilen, welches neben der Sicherheit auch die Erreichbarkeit des Quartiers gewährleistet.

Im Sinne dieses mit den Unterzeichnenden besprochenen Vorgehens empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Vorschlag erheblich zu erklären.

- - - -

Stefan Hagmann: Vorab möchte ich mich bedanken, dass ich hier im Namen der Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner zu dieser doch schon vorgerückten Stunde zum Vorschlag, den wir Ihnen unterbreiten, ein paar unserer Standpunkte darlegen kann. Ich werde mich nicht allzu lange halten. Von daher gesehen, es ist zeitlich schon relativ spät, gleich ein paar Worte vorab zur Vorgeschichte unseres Vorschlags, einfach damit Sie auch verstehen, wieso wir diesen Schritt überhaupt gegangen sind. Angefangen hat eigentlich alles im Jahr 2018 mit einer Anfrage bei der Stadtverwaltung, näher beim Fachbereich Verkehr. Wir, das sind die auf dem Vorschlag genannten Erstunterzeichner, Eltern von schul- und vorschulpflichtigen Kindern. Unser Anliegen war, ob man die bestehende Verkehrssituation bei uns im Schöngrund, die zum Teil sehr heikel ist, nicht ein wenig entschärfen könnte. Unser ursprüngliches Anliegen hat auch in die Richtung gezielt, dass wir eigentlich eine Verbesserung der Signalisation der bestehenden Tempo-30-Zone angestrebt haben. Wie im Vorschlag genannt, laden gewisse Strassenareale, die zum Teil sehr breit gefasst sind, insbesondere auch um das Schulhaus Bannfeld, geradezu zum schnellen Fahren ein. Bauliche Massnahmen oder flächendeckende Markierungen, die den Verkehr ein wenig entschleunigen oder auf das Verkehrsregime hinweisen würden, fehlen heute eigentlich grossmehrheitlich. Zudem, und das ist auch bei unserer Liegenschaft so, führen viele der Haus- und Liegenschaftszugänge, und das ist auch historisch bedingt, direkt auf das Strassenareal. Das verschärft die Situation zusätzlich. Wir sind dann mit unserem Anliegen bei der Stadt eigentlich ins Leere gelaufen. Wir haben in der Folge weiter das Gespräch gesucht und haben insbesondere einen runden Tisch angeregt, um unsere Anliegen näher darlegen zu können. Von der Seite der Stadt ist dann relativ rasch wiederum

eine negative Rückmeldung gekommen. Man sehe für einen runden Tisch keinen weiteren Bedarf. Aber wir haben einen guten Hinweis erhalten, wir könnten doch einfach einmal Unterschriften sammeln. Ehrlich gesagt, haben wir nachher diesen Schritt der Stadt auch an die Hand genommen und haben Unterschriften gesammelt. Wir konnten schliesslich sehr viele Anwohnerinnen und Anwohner, Stimmberechtigte hier im Quartier, gewinnen, dass sie diesen Volksvorschlag auch unterschreiben. Die Rückmeldungen, die wir erhielten, haben uns angespornt, auch entsprechend weiterzumachen. Dies zur Geschichte, aber jetzt auch noch zu unserem Anliegen: Im Vorschlag sprechen wir von einer umfassenden Verkehrsberuhigung in Form von Begegnungszonen oder anders ausgedrückt, Begegnungszonen seien gezielt so einzusetzen, dass im Quartier eine Verkehrsberuhigung stattfinden könnte. Umfassend haben wir als Begriff bewusst so gewählt, damit nicht nur in einem winzigen Teilstück eine wirkungslose Pro-Forma-Zone eingeführt wird. Deshalb haben wir eigentlich auch den Perimeter relativ weit gefasst. Klar ist uns, dass die Änderung einer Verkehrszone natürlich auch ein entsprechendes Gutachten voraussetzt und vermutlich im Quartier primär eine Schachtelung der Zonen im Raum steht. Uns ist auch klar, bei wem die kommunale Planungshoheit liegt. Viele der Unterzeichner haben auch von beruflicher Seite her einen architektur-, raumplanerischen oder rechtlichen Hintergrund. Von daher gesehen wussten wir schon, was wir tun und wieso wir es tun. Wir waren dann letztlich erfreut, dass der Stadtrat in diesem Februar das Gespräch mit uns gesucht hat. Das hat nachher auch zur Verschiebung dieses Vorschlags geführt. Wie es in der Beantwortung des Stadtrats aufgeführt ist, konnten wir das Gespräch führen. Es war ein sehr angeregtes, und ich glaube beidseits, auch ein sehr informatives Gespräch und ein sehr wichtiger Austausch. Ich möchte deshalb an dieser Stelle auch der Vertretung der Stadt danken, allen voran dem Stadtpräsidenten und der Baudirektorin. Ich glaube, es konnte sich beidseits Vieles daraus ergeben. Vielleicht war der Vorstoss, den wir hier gemacht haben, einfach auch wichtig. Ich habe es gesagt. Wir sind seit 2018 mit der Stadt am Diskutieren. Dieser Volksvorschlag war vielleicht auch wichtig, damit dieser Anstoss, das Gespräch überhaupt zu suchen, auch möglich war. Insgesamt können wir uns der gegenüber der ersten Beantwortung angepassten, modifizierten Antwort des Stadtrates anschliessen, nämlich die Umsetzung in Schritten, step by step. Wir denken, dass die Massnahmen, die man hier an die Hand nehmen möchte, aus unserer Sicht nicht zuletzt auch eine Chance für weitere planerische Schritte bieten, in anderen Quartieren wertvolle Bausteine liefern zu können, insbesondere was die Mitwirkung anbelangt. In diesem Sinne und im Namen von all den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern möchte ich auch im Sinne, wie es vom Stadtrat empfohlen wurde, bei Ihnen beantragen, dass dieser Volksvorschlag erheblich erklärt wird. Merci vielmals.

Stadträtin Marion Rauber: Ich bedanke mich im Namen des Gesamtstadtrats noch einmal bei den Initianten dieses Volksauftrags. Der Stadtrat teilt die Überlegungen bezüglich Verkehrssicherheit in den Quartieren vollumfänglich. Es ist für uns ein zentrales Anliegen, dass Quartierbewohnende und insbesondere Kinder sich möglichst gefahrenlos in ihrer Wohnumgebung bewegen können und alles darangesetzt wird, diesem Umstand auch Rechnung zu tragen. Ein ganzes Quartier, wie es der Vorschlag ursprünglich verlangt hat, in eine Begegnungszone umzuwandeln, da fand der Stadtrat dann aber doch, es sei ein wenig am Ziel vorbeigeschossen, insbesondere da es sich beim Schöngrundquartier von der Grösse her quasi um einen eigenen kleinen Stadtteil handelt. Aus diesem Grund wollten wir den Vorstoss ursprünglich auch als nicht erheblich erklären. Weil das Grundanliegen aber als solches ein wichtiges ist, haben wir uns dann entschieden, gleichwohl Kontakt mit dem Erstunterzeichner, Stefan Hagmann, aufzunehmen. Ich wollte auch noch ergründen, wie eigentlich die konkreten und differenzierten Anliegen der Initianten und Initiantinnen wirklich sind. Das Gespräch hat klar gesagt, Stefan hat es schon ausgeführt, dass es für die Betroffenen im Vordergrund stand, dass es Verkehrsberuhigungen gäbe, Tempo 30. In ihrem Quartier waren sie für sie etwas zu wenig sichtbar gemacht worden. Es hat auch gegolten, einige Punkte weiter zu entschärfen. Unter diesen Gesichtspunkten haben wir uns dann auch entschieden, die Vorstossbeantwortung im Parlament zu vertagen und zuerst zusammen einen runden Tisch abzumachen. Er hat am 14. Februar mit den Initianten und Initiantinnen stattgefunden. Teilnehmende waren auch der Stadtpräsident, der Stadtschreiber, wo auch die zuständige Direktion für Verkehrsanliegen ist, und Lukas

Müllegg, Leiter Verkehr. In diesem Gespräch haben wir wirklich sehr rasch einen gemeinsamen Konsens gefunden, und wir haben folgende Massnahmen zusammen besprochen und eingeleitet: Erstens würden wir ein Konzept erstellen, wie die Einhaltung der geltenden Verkehrsvorschriften im Schöngrund mit Markierungen und Signalisationen verbessert werden können. Der Konzeptentwurf wird vorgängig auch noch mit einer Delegation aus dem Quartier besprochen und soll im Sommer 2022 umgesetzt werden. Die zweite Massnahme wäre folgende: Wir würden bis Ende Jahr einen Prozess erarbeiten, unter welchen Rahmenbedingungen in Teilabschnitten innerhalb der Oltnen Quartiere Begegnungszonen eingeführt werden können und wie die Bevölkerung diese Anträge dann auch relativ niederschwellig stellen kann. Andere Städte machen dies schon so, und es bewährt sich sehr gut. Diese Vorgehensweise wird dann natürlich auch allen Oltnen Quartieren zu Gute kommen und nicht nur dem Schöngrund. Der Stadtrat hat im Rahmen einer Wiederwägung die Beantwortung noch einmal angepasst und schlägt jetzt im Sinne des mit den Unterzeichneten besprochenen Vorgehens vor, diesen Vorschlag erheblich zu erklären. Natürlich ist dieses Vorgehen ein wenig unkonventionell, und sicher wird es auch ein paar kritische Stimmen aus dem Parlament geben. Aber ich denke, wieso muss es immer kompliziert sein, wenn es manchmal auch einfach geht. Es zeigt sich, dass persönliche Gespräche oftmals zielführender als schriftliche Korrespondenzen oder eine Verpolitisierung aller Anliegen aus der Bevölkerung sind. Entsprechend konnten wir hier eine Lösung erarbeiten, mit der wir jetzt eigentlich alle zufrieden sind. Ich bitte Euch, diesen Vorstoss unter den neuen Gesichtspunkten erheblich zu erklären, und bedanke mich noch einmal vielmals für die gute Zusammenarbeit mit den Initianten und Initiantinnen. Dankeschön.

Christian Ginsig: Wir hatten bereits bei der Einreichung dieses Volksauftrags, als es die erste Vorlage gab, das Gefühl, dass vermutlich eine pragmatische Lösung angezeigt wäre. Die CVP/glp/EVP-Fraktion ist der Stadtregierung dankbar, dass sie diesen Vorstoss noch einmal zurückgezogen hat, noch einmal über die Bücher gegangen ist und den Dialog gesucht hat. Der Dialog mit den Initianten hat ja jetzt auch gezeigt, dass einfache und gangbare Lösungen im Dialog möglich sind. Danke auch an die Adresse von Marion Rauber. Irritierend ist es für uns ein wenig, wir haben es vorhin gehört, wenn es vier Jahre dauert, bis die Abteilung Verkehr hier Bewegung ermöglicht, eine Abteilung, die sich um die Mobilität kümmert. Das ist dann schon ein ziemlicher Langsamverkehr. So ist meine Wahrnehmung. Unsere Fraktion ist klar der Meinung, dass die Massnahmen zur Verkehrsberuhigung in den Quartieren wo immer sinnvoll umgesetzt und pragmatisch angegangen werden sollten. Da sind wir mit Baudirektorin Marion Rauber absolut einverstanden. Ob dies dann mit Tempo 20 oder 30 die sinnvolle Variante ist, muss man sicher situativ anschauen. Es darf, und dies ist auch die Meinung unserer Fraktion, aber kein Flickenteppich in der ganzen Stadt Olten geben. Die Quartiere sollten weiterhin befahrbar sein. Es will sicher niemand irgendeine Raserei oder Schleichverkehr in den Quartieren. Aber wir müssen uns einfach immer bewusst sein, jeder von uns ist Teil der Mobilität und verursacht selber auch Verkehr. Insofern bitten wir von unserer Fraktion den Stadtrat, sich im Rahmen der Ortsbildrevision auch konkret dazu Gedanken zu machen, wie man dort mittelfristig eine möglichst einheitliche Lösung hinbringt, damit man den Veloverkehr fördern kann, aber auch gezielt einzelne, vor allem einheitliche Massnahmen für die Quartiere definieren kann, die auch über das ganze Stadtgebiet definiert werden können. Die CVP/glp/EVP-Fraktion wird den Vorschlag Hagmann/Stampfli für den Schöngrund einstimmig erheblich erklären.

Gian Baumann: Es dürfte niemanden überraschen, dass wir Grüne und Junggrüne gegenüber dem Anliegen dieses Vorschlags positiv eingestellt sind. Die Grundsatzfrage, die dieser Vorstoss stellt, ist, wofür und für wen unsere Wohnquartiere und somit auch die Strassen in den Quartieren eigentlich sind. Im Bericht und Antrag schreibt der Stadtrat, dass die Kommunalstrassen von gesamtstädtischem Interesse sind. Sie haben eine gesetzliche Erschliessungsfunktion für die Ortsansässigen, ja die Allgemeinheit zu leisten. Im Zusammenhang mit unseren Wohnquartieren stimmt diese Aussage aber nur halb. Die Allgemeinheit hat nämlich in unseren Wohnquartieren grundsätzlich einmal nichts zu suchen, zumindest nicht mit dem Auto, weil sie nämlich in Olten alle zufahrtsbeschränkt sind. Der Stadtrat zählt ein paar Charakteristika einer Begegnungszone auf. Für uns ist namentlich das

Vortrittsrecht für den Fussverkehr eine ganz zentrale Frage. Dass für eine Umstellung von Tempo 30 auf Tempo 20 umfangreiche bauliche Massnahmen nötig sind, ist in der Innenstadt schon deutlich widerlegt worden. Dort hat man nämlich trotz Begegnungszone weiterhin völlig normale Trottoirs und Längsparkierungen entlang der Strasse. Deshalb ist es für uns das Argument des Stadtrates, das Kosten-/Nutzen-Verhältnis sei nicht günstig, nicht stichhaltig. Es geht auch ohne grossen Aufwand. Das hat der Stadtrat mit seiner Einigung jetzt auch schon bewiesen. Das Argument wiederum, dass der Wechsel auf Tempo 20 keine verkehrsreduzierende Wirkung hätte, ist schlicht und ergreifend irrelevant. Dafür haben wir die Zufahrtsbeschränkung, die einfach zu wenig konsequent umgesetzt wird. Das einzige Problem, das wir mit dieser Vorlage haben, ist, dass sie sich nur auf ein einzelnes Wohnquartier bezieht. Das langfristige Ziel muss sein, im räumlichen Leitbild der Grünen und Junggrünen eingebracht, dass in allen Wohnquartieren Tempo 20 gilt. Wir möchten nämlich eine Rechtsgleichheit. Wir möchten, dass sich die Aufenthaltsqualität auf allen Quartierstrassen verbessert, gerade auch für Kinder. Sie hat es nämlich in allen Wohnquartieren. Es würde sich natürlich jetzt anbieten, im Perimeter dieses Vorschlags einen Testbetrieb durchzuführen und ein erfolgreiches Regime auf alle Wohnquartiere auszuweiten. Vor ca. 25 Jahren ist Tempo 30 eingeführt worden. Das Schöngrundquartier war damals Pilotprojekt. Auch dort wurden allerlei algorithmische Argumente gegen eine Temporeduktion ins Feld geführt. Aber ich glaube, unterdessen wünscht sich niemand mehr Tempo 50 zurück. Jetzt müssen wir eigentlich nur noch den letzten Schritt machen und auch durch unser Verkehrsregime anerkennen, dass die Quartierstrassen in allererster Linie für eine Gruppe da sind, für die Bewohnerinnen und Bewohner der Quartiere. Wir danken Dir, Marion, dass Du konstruktiv mit den Initiantinnen und Initianten nach Lösungen gesucht hast, und begrüssen das neu vorgeschlagene Vorgehen. Ganz besonders freut es uns, dass die Spielregeln und ein ganzheitlicher Prozess erarbeitet werden sollen, wie Bewohnerinnen und Bewohner solche Begegnungszonen beantragen können. Ein solches Aufeinanderzugehen braucht es aus unserer Sicht, damit man unsere Stadt voranbringen kann und nicht starr politische Prozesse ablaufen lässt. Wir sind deswegen ohne Gegenstimme für Erheblich-erklärung.

Dr. David Plüss, FDP-Fraktion: Ich muss mich gleich noch ein wenig ordnen. Der Kontext des Initianten hat doch auch noch etwas zum Verständnis beigetragen, was genau vorgegangen ist. Grundsätzlich würde ich gerne ein, zwei Worte zum Vorgehen verlieren. Aus unserer Sicht ist es verständlich und eigentlich auch begrüssenswert, dass ein pragmatisches Vorgehen gewählt wird. Trotzdem sind wir von der FDP halt nicht unbedingt der Meinung, dass dieses Vorgehen Schule machen soll, dass man mit Maximalforderungen mit einem Volksauftrag an den Stadtrat herantreten und nachher einen Kompromiss hinter geschlossenen Türen aushandeln soll. Es wäre eigentlich wünschenswert gewesen, wenn man dies von Anfang an im Gemeinderat diskutiert hätte. Aber wir verstehen das Vorgehen durchaus. Es wirft jedoch einfach auch noch gewisse Fragen auf. Wer bestimmt die Delegation? Wie wird die Bevölkerung im Schöngrund abgeholt? Eigentlich gäbe es mehr oder weniger Delegierte dieses Quartiers. Sie sitzen in diesem Saal oder eben nicht in diesem Saal. Das wäre der Gemeinderat. Es wäre schon wünschenswert, wenn solche Themen auch hier diskutiert würden. Dem Rechtskonsulenten würden wir noch gerne die Frage stellen, worüber wir befinden? Wir stimmen ja eigentlich über den Auftragstext ab. Er fordert ja relativ deutlich eine Einführung von Tempo 20 im Schöngrund. Diese Frage hätten wir schon noch gerne beantwortet. Grundsätzlich sind wir nicht gegen eine Verkehrsberuhigung im Schöngrund oder auch in allen anderen Quartieren. Wir wüssten einfach gerne, worüber wir genau abstimmen. Aber inhaltlich könnte man auch noch einige Worte verlieren. Ich versuche, mich kürzer zu halten, als mein Votum angedacht ist. Seit knapp 40 Jahren wohne ich in diesem Quartier. Ich habe es noch erlebt, als noch mit 50 oder mehr als 50 durch das Quartier «geblocht» wurde und es mit dem Fluchtverkehr schon eher mühsam war. Unbestritten, da kann ich mich meinem Vorredner anschliessen, ist Tempo 30 ist grossartig, und niemand will zu Tempo 50 zurück, auch von uns nicht. Ob man das Quartiergefühl mit der Einführung von Tempo 20 noch steigern kann, da stellen wir uns einfach Fragen. Ich möchte es auch nicht nur «durechätsche». Der Verkehr kommt von den Anwohnern. Ob es die Sicherheit für die Kinder erhöht, da verweise ich gerne wieder auf die

Voten von Iris Schelbert, die hier öfters gesagt hat, dass es auch eine gewisse Verkehrserziehung, wenn man als Kind auf dem Schulweg teilnehmen muss usw. Weiter ist vielleicht auch noch wichtig zu erwähnen, dass wir eigentlich wenig Verständnis dafür haben, dass dies im Schöngrund als Insellösung eingeführt werden soll. Um dies alles noch einmal zusammenzufassen: Wir sind eigentlich für die Stossrichtung und den Weg, den der Stadtrat einschlagen möchte. Aber wir können dem Vorstosstext, wenn er als solcher bewertet werden soll, nicht zustimmen.

Dr. Patrik Stadler: Die Verkehrsmassnahmen sind, wie es Herr Hagmann festgestellt hat, in der Kompetenz des Stadtrates. Er hat geschrieben, wie er diesen Vorschlag umsetzen möchte. Von daher gesehen liegt es in seiner Kompetenz, dies nachher auch so umzusetzen, wie er dies vorsieht, wenn er dies erheblich erklärt. Die Absicht ist klar. Der Initiant respektive der Vertreter der Initianten ist damit einverstanden. Ich glaube, so wie es der Stadtrat beantwortet hat, wird es nachher auch umgesetzt.

Robin Kiefer: Die SVP hat sich in der Fraktionssitzung mit diesem Volksauftrag intensiv auseinandergesetzt und kann die Anliegen der Initianten durchaus verstehen. Es ist im Interesse von uns allen, dass die Wohnquartiere attraktiv und lebenswert bleiben, gerade auch für Familien mit Kindern. Gleichzeitig sieht die SVP-Fraktion die Thematik ähnlich wie der Stadtrat. In einem ganzen Quartier vollständig Begegnungszonen einzuführen, scheint aus unserer Sicht zu wenig differenziert. Es ist unserer Meinung nach deshalb erfreulich, dass man sich an einem runden Tisch zusammengesetzt und versucht hat, aufeinander zuzugehen und gemeinsame Lösungen zu finden. Der erste Punkt, der angesprochen wird, ist die umfassende und unmittelbare Durchsetzung der bisher geltenden Massnahmen wie zum Beispiel Tempo 30. Aus der Sicht der SVP-Fraktion ist dieser Schritt durchaus zu begrüssen. Es ist sinnvoll, die aktuell geltenden Verkehrsvorschriften für die Verkehrsteilnehmer klar ersichtlich zu signalisieren, so dass die Regelungen entsprechend eingehalten werden. Damit ist nicht nur den Verkehrsteilnehmern gedient, sondern allen Anwohnern des Schöngrundquartiers. Als zweiten Punkt möchte man ein Konzept für die Einführung von lokal begrenzten Begegnungszonen erstellen. Aus unserer Sicht kann es durchaus Sinn machen, eine Begegnungszone einzuführen und die Wohn- und Lebensqualität in den Quartieren insbesondere für Familien mit Kindern verbessern zu können. Dies natürlich unter dem Vorbehalt, dass die Erreichbarkeit des Quartiers weiterhin gewährleistet ist und neu eingeführte Verkehrsmassnahmen verhältnismässig ausfallen und nicht zu einem unkalkulierbaren Verkehrsproblem führen, wie zum Beispiel letztes Jahr im Säliquartier beobachtet werden konnte. Wir von der SVP-Fraktion fragen uns zudem, wie sichergestellt werden kann, dass der ganze Prozessablauf auch im Sinne der Anwohnerschaft abläuft und ob die Mehrheit der Anwohner am Schluss auch hinter den beschlossenen Massnahmen stehen kann. Wir können natürlich nicht beurteilen, wie viele Personen genau diesen Volksvorschlag unterschrieben haben respektive wie viel hinter diesem Vorhaben schlussendlich auch stehen. Auch ist es uns nicht ganz klar, wie sichergestellt werden kann, dass die Anwohnerschaft umfassend an diesem Prozess partizipieren kann und am Schluss ein Konzept vorgelegt werden kann, das auch im Sinne der Anwohnerschaft ist. Gerade auch mit den Erfahrungen im Säliquartier mit den eingeführten Verkehrsmassnahmen, bei denen der Ablauf teilweise sehr unstrukturiert und für viele Anwohner auch unverständlich vonstattenging, haben wir Vorbehalte gegen die geplante Umsetzung. Wie eingangs schon erwähnt, haben wir durchaus auch Sympathien für dieses Anliegen, sind aber mit dem geplanten Vorgehen nicht zwingend einverstanden. Aus diesem Grunde werden die Mitglieder der SVP-Fraktion unterschiedlich abstimmen.

Daniela Minikus, Fraktion SP/Junge SP: Es ist einiges schon bekannt und gesagt worden. Ich versuche mich kurz zu fassen. Diese Quartiere und die Qualität der öffentlichen Räume haben klar an Bedeutung gewonnen. Das wird uns in Zukunft noch länger beschäftigen. Mehr Anforderungen an diese Quartiere, an die städtischen Räume, und gut funktionierende öffentliche Räume haben etwas Gemeinsames. Sie sind zugänglich, sie sind offen, und sie sind belebt, sie sind sauber, und sie sind sicher. Ob diese Aufwertung im öffentlichen Raum temporär mittelfristig oder langfristig ist, steht immer etwas in Abhängigkeit mit der

städtischen Entwicklung und den Bedürfnissen der dort lebenden Anwohnerinnen und Anwohner. Die Anliegen der Anwohnerinnen und Anwohner im Schöngrundquartier zielen auf verbesserte Signalisierung, insbesondere bei der Erschliessung um das Schulhaus Bannfeld. Dort lädt es teilweise wirklich zum Schnellfahren ein. Bauliche Massnahmen, flächendeckende Markierungen sollen den Verkehr entschleunigen und auf die geltenden Verkehrsregimes hinweisen. Sie fehlen bis heute eigentlich mehrheitlich. Die Idee dieses Vorstosses, und dort möchten wir wirklich auch noch den Finger draufhalten, ist wirklich erst gekommen, weil trotz mehrerer Versuche, sich an den Tisch zu setzen und trotz der Verkehrszählung 2018 nichts passiert ist, und die Anwohnerinnen und Anwohner diesen Vorstoss unternommen. Erst am 14. Februar konnte man am Tisch über die Eingriffstiefe im Schöngrund kommunizieren und den Zeitplan konkreter werden lassen. Es geht primär darum, wie bereits erwähnt, die geltenden Massnahmen mit den geeigneten Vorkehrungen vorzunehmen und die Kinder und Nutzerinnen und Nutzer im Quartier, der Generationenwechsel, der jetzt hier auch stattfindet, diese Menschen zu schützen. In einem weiteren Schritt, das ist auch schon erwähnt, soll es eine Umsetzung in lokal begrenzte Begegnungszonen geben. Es zeigt uns einmal mehr, dass eine Quartiersentwicklung mit Begegnungszonen offensichtlich kurz-, mittel- oder langfristig möglich ist, wenn auch auf die Bedürfnisse der dort lebenden Anwohnerinnen und Anwohner eingegangen wird. In diesem Sinne würden wir von der SP/junge SP diesen Vorschlag unterstützen.

Tobias Oetiker, Olten jetzt!: Wir fanden, als dieser Vorstoss zum ersten Mal erschienen ist, es ist eigentlich noch nachvollziehbar, was die Leute möchten, die dies eingereicht haben. Gleichzeitig hat uns aber auch eingeleuchtet, welche Bedenken der Stadtrat geäussert hat. Deshalb hat es uns sehr gefreut, dass sich der Stadtrat und die Initiantinnen und Initianten zusammen an einen Tisch gesetzt und eine Lösung gefunden haben und dass diese Lösung jetzt sogar so ist, dass sie kleinteilig umgesetzt werden kann. Dass Leute, die sich an einer Strasse einig werden, dass sie gerne eine Begegnungszone einführen möchten, dies können und dass dies auch nicht nur im Schöngrundquartier so stattfinden kann, sondern in der ganzen Stadt. Von daher finden wir dies cool und sind dafür.

Deny Sonderegger: Ganz kurz noch eine Frage an Marion Rauber. Wir haben vorhin das Votum von Patrik Stadler gehört. Rein formal ist dies scheinbar umzusetzen, auch wenn der Wortlaut grundsätzlich anders lautet und man damit diesem Antrag in dieser Art und Weise eigentlich zustimmen könnte und dann durch den Stadtrat durchaus etwas Anderes erarbeitet werden kann. Mich würde aber interessieren, und das war ein Votum, das David Plüss ja auch schon erwähnt hat, wie wir oder der Stadtrat sicherstellen, dass es nachher nicht einfach eine Lex Stefan Hagmann oder eben Schöngrundquartier gibt und die Bewohnerinnen und Bewohner des Hausmattrains oder die Interessengemeinschaft Kleinholz oder wir als Vertreter der Sportstrasse wirklich davon profitieren können. Ich glaube, es ist wichtig, dass man dies nicht nur als Single-Element anschaut, sondern dass man es etwas grösser fasst, wir haben vorhin von der Ortsplanung gehört, und es in diesem Sinne nachher auch wirklich aufnimmt und in einer städtischen Planung aufnimmt. Ich habe einige Bedenken, dass es einfach ein konkretes Element und der Schöngrund ein wichtiges Quartier ist. Selbstverständlich, aber dass man es einfach lokal anschaut, was gibt mir die Sicherheit, dass man dies nachher wirklich gesamtstädtisch betrachtet? Da würde ich gerne eine Antwort hören.

Stadträtin Marion Rauber: Danke für das Nachfragen, Deny. Zur Umsetzung des Ganzen und zu dem, was auch David Plüss angesprochen hat: Der Schlusssatz der Beantwortung sagt es eigentlich aus. Wir schreiben: «Im Sinne dieses mit dem Unterzeichnenden besprochenen Vorgehens empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Vorschlag erheblich zu erklären». Wir nehmen dort Bezug auf das besprochene Vorgehen und nicht auf den ursprünglichen Text, der im Vorschlag stand. Ich habe es vorhin schon erwähnt. Das sind die zwei Sachen. Ich merke, es besteht eine gewisse Angst, dass man hier Partikularinteressen bevorzugt behandelt. Das wird aber nicht so sein. Wir würden lediglich diese zwei Massnahmen umsetzen. Erstens würden wir die Verkehrsberuhigung, die im Schöngrundquartier eigentlich bereits besteht, einfach etwas sichtbarer machen. Wir ändern

in diesem Sinne an diesem ganzen Verkehrsregime nichts. Das besteht ja eigentlich schon. Wir würden das Ganze einfach etwas sichtbarer machen. Es widerspricht auch nichts, dass man dies in den anderen Quartieren auch noch machen muss. Wir mussten dies im letzten Jahr zum Beispiel an der Sälistrasse auch machen, weil es dort einfach zu wenig sichtbar war, dass Tempo 30 gilt. Bei den Begegnungszonen stellen wir uns etwas vor. Ihr könnt auf der Webseite von Aarau schauen. Das ist ein gutes Beispiel. Dort hat man für die Bevölkerung Antragsformulare kreiert. Ich sage nicht, dass wir es gleich machen werden, aber in etwa ähnlich. Die Bevölkerung kann einen Antrag für eine Signalisation einer Begegnungszone in ihrem Wohnquartier. Dann gibt es ganz klare Kriterien, wann man eine Begegnungszone einrichten kann. Sie sind klar definiert, auch auf Bundesebene. In Aarau haben sie zum Beispiel das Regime so, dass man mit diesem Antrag Unterschriften der Anwohnenden miteinreichen muss. Mindestens 50 % der Haushalte an der betreffenden Strasse hinter diesem Vorgehen stehen. Das sind Sachen, die für die ganze Stadt gelten würden. Wir würden sicher nicht eine Lex Hagmann schaffen, die nur für das Schöngrundquartier gelten würde. Das Ganze, das man Euch dargelegt hat, ist natürlich immer noch in einem Gesamtkonzept, auch im Rahmen der Ortsplanung, zu sehen. Wir wollen sicher die Erreichbarkeit der Quartiere nicht gefährden. Dann gibt es noch gewisse andere Sachen, bei denen wir die Flughöhe immer etwas hochhalten müssen, damit wir wirklich sehen, wo es zum Beispiel Sinn macht, eine solche Begegnungszone zu haben, und wo es einfach keinen Sinn macht, weil es dem nicht entspricht. Als letztes Beispiel: Die Stadt Basel ist natürlich etwas grösser als wir. Aber sie haben insgesamt 90 Begegnungszonen in der Stadt. Das sind zum Teil einfach ganz kleine Sackgassen oder Strassenecken, die man in 20er-Zonen umgewandelt hat. So stellen wir uns dies etwa vor. Aber wie gesagt, wir würden dies noch erarbeiten.

Marc Winistörfer: Ich muss schon sagen, dass ich das ganze Vorgehen, was hier von Seiten des Stadtrats gemacht wird, höchst unsauber finde. Es wird auf das besprochene Vorgehen verwiesen. Wir waren nicht dort. Es wird skizziert. Aber wir delegieren, von dem wir am Schluss nicht ganz genau wissen, worüber wir abstimmen, anstatt dass man den Wortlaut dieses Volksvorschlags angepasst hätte. Ehrlich gesagt fehlt mir immer noch die Antwort des Rechtskonsulenten auf die zweite Frage von David Plüss. Er hat nämlich auch noch gefragt, wie sichergestellt werden kann, dass die Delegation aus dem Quartier, die auf der letzten Seite im zweitletzten Absatz erwähnt wird und sich mit dem Stadtrat treffen soll, repräsentativ ist. Ich habe darauf keine Antwort erhalten. Auch dort finde ich, dass es wirklich problematisch ist. Ich schätze Leute, die sich für ihr Quartier, ihre Strasse und sonst in der Zivilgesellschaft engagieren. Aber es ist keine demokratische Legitimation vorhanden, wenn man einfach diejenigen, ich möchte niemandem zu nahe treten, die am lautesten schreien, einlädt. Das kann es nicht sein. Da müsste mir der Stadtrat schon ein Konzept vorlegen und mir auch aufzeigen können, aufgrund welcher Kriterien diese Leute ausgewählt werden, um das Quartier, die Strasse, whatever zu vertreten. Das fehlt mir. Ich würde entweder vom Rechtskonsulenten auch noch gerne eine Antwort zu diesem Punkt hören oder Marion Rauber kann es vielleicht sagen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich gleichwohl noch etwas anfügen, wenn ich schon rede. Marion hat es vorhin gezeisselt, wir würden im falschen Moment mit dem Vorstoss zum Kunstmuseum kommen. Es sei eine Unzeit. Es sei völlig daneben, jetzt noch damit zu kommen. Ich fand dies demokratiepolitisch schon völlig daneben. Vorhin noch die Äusserung, es sei halt angenehmer, dies im kleinen Kreis zu diskutieren, als es zu verpolitisieren. Entschuldigung, mit Verlaub. Wir wurden gewählt. Es wäre etwas, das auch in diesem Parlament diskutiert werden könnte. Verpolitisieren, ich finde es höchst fragwürdig, dass man dies von Seiten des Stadtrates negativ kommentiert.

Luc Nünlist: Ich möchte in ein etwas anderes Horn blasen, als Marc dies gemacht hat, und ich finde, dass es Gian sehr schön ausgeführt hat. Es geht eigentlich um eine Grundsatzfrage, bevor wir uns hier auch wieder zu sehr in Formalismen verlieren. Ich finde eigentlich einen Volksauftrag ein sehr schönes demokratisches Mittel, und ich möchte mich bedanken, dass dieser Input kommt und zu uns ins Parlament getragen wird. Das ist eigentlich schätzenswert. Wie wird sichergestellt, dass es repräsentativ wird? Wir haben alle etwas anekdotisch gesprochen. David Plüss ist seit 40 Jahren im Quartier Schöngrund. Auch

ich habe im Kindergarten meinen Brüdern zugeschaut und oft um sie gebangt, wenn sie hinter Autos hervorsprangen. Ich glaube, dort kommen wir schon wieder einmal ganz konkret auf die Sache. Tempo 30 ist natürlich sehr, sehr langsam. Wenn man in einem schnellen Auto sitzt, darf man das Pedal kaum schief anschauen. Dann ist man schon hoch oben. Tempo 30 ist aber sehr schnell, wenn ein Kind zwischen zwei parkierten Autos hervorkommt. Dann ist nämlich der Bremsweg schon recht lange. Ich glaube, Autofahren im Quartier muss sich in erster Linie wirklich daran orientieren, wie eine möglichst hohe Aufenthaltsqualität, eine Sicherheit sichergestellt wird und nicht, wie ein möglichst hoher Fahrkomfort erreicht werden kann. Eine kleine Randnotiz, die nicht ganz ernst gemeint ist, aber zur Auflockerung. Wir haben auch von der Abstimmung zu Tempo 30 gesprochen und es waren so etwas die gleichen Diffusionsargumente vorhanden. In den Neunziger Jahren war ich noch nicht so aktiv dabei. Aber ich durfte als kleiner «Bodensuri» mit Roger Woehrle selig Poster-Boy für die Abstimmungskampagne sein und habe meine Haltung zu diesem Anliegen quasi mit dem Schoppen aufgenommen, und das hat sich seither auch nicht verändert. Ich finde, das ist die richtige Stossrichtung, dass man im Quartier grundsätzlich auch möglichst langsam unterwegs ist.

Stadträtin Marion Rauber: Die Delegierten werden sich aus Leuten zusammensetzen, die diesen Vorschlag unterschrieben haben. Das ist so definiert. Zweitens wollte ich noch zu Marc Winistörfer sagen. Es handelt sich hier um einen Volksvorschlag. Ich denke, diesen darf man etwas anders behandeln als einen politischen Auftrag. Es ist so. Wir haben jetzt hier ein pragmatisches Vorgehen gewählt, und im Sinne der Demokratie dürft Ihr natürlich hier das Ganze ablehnen. Es steht Euch frei, dies abzulehnen, wenn Ihr nicht damit einverstanden seid. Ich habe nicht das Gefühl, das ist unseriös gelaufen, und ich möchte Euch bitten, dass wir jetzt zur Abstimmung kommen.

Marc Winistörfer: Ich habe nichts gegen den Volksvorschlag, und ich weiss auch nicht mehr ganz genau, wie das Instrument, über das wir hier diskutieren, aktuell heisst. Früher hat es einmal Volksmotion geheissen. Ich habe nichts dagegen gesagt. Auch habe ich nicht gesagt, dass es undemokratisch ist, so etwas einzureichen. Im Gegenteil, ich habe gesagt, ich schätze gesellschaftliches Engagement sehr. Vielleicht auch hier, zuhören hilft immer. Es ist auch nicht der Text des Volksvorschlags, der für mich irgendwie stossend ist. Für mich ist nicht ganz klar, worüber wir abstimmen werden. Das ist stossend. Das habe ich gemeint. Sonst nichts, und es geht auch nicht gegen die Personen, die es eingereicht haben, gar nicht. Es geht konkret gegen den Stadtrat.

Beschluss

Mit 27 : 7 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird der Vorschlag erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktion Bau, Kurt Schneider, Urs Kissling
Direktion Bau, Lorenz Schmid, Markus Lack
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

Parlamentspräsident Florian Eberhard: Merci für das gute Mitmachen. Wir sind am Schluss dieser Sitzung angelangt. Es hat etwas länger als geplant gedauert. Wir haben jetzt einiges geschafft, und wir werden uns spätestens im Mai an der Doppelsitzung vor Ort im Parlamentssal sehen.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.